



# Politische Berichte

Nummer 13 / 12. Jahrgang

21. Juni 1991

In dieser Ausgabe: Verfassungsdiskussion: Grünliberaler Entwurf \* Spanien: Staatlicher Terrorismus \* Auswirkungen der DDR-Annexion im öffentlichen Dienst \* RSI — Verschleißkrankheit \* Chile: Interview mit dem Chefredakteur von „Punto Final“

G 7756 D Preis 1,50 DM

## Uneinigkeit bei Abtreibungsgesetz

Gibt es größere Chancen für eine Entkriminalisierung der Abtreibung?

Die Auseinandersetzung über die künftige rechtliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen wird gegenwärtig vor allem im rechten Spektrum heftig geführt. Mittlerweile sind so viele verschiedene Modelle und Vorschläge in der Diskussion, daß man sich fragen muß, ob es der Bewegung

Noch 1988 hatte die damalige Familienministerin Süßmuth mit dem Entwurf eines „Beratungsgesetzes“ auf verschärfen Druck auf die Schwangere gesetzt. In die „Beratung“ einbezogen werden sollten z.B. auch der Partner, die Eltern und ggf. der Arbeitgeber. Aufgrund des Widerstands aus der Frauenbewegung, den Gewerkschaften und auch der FDP verschwand der Entwurf dann aber in der Schublade.

Nach den Protesten gegen die Memminger und Neuwieder Abtreibungsprozesse und vor dem Hintergrund einer Bewegung für Selbstbestimmung in der DDR und Osteuropa, die, soweit sie sich gegen Sozialismus und Kommunismus richtete, von der westdeutschen Reaktion ja begrüßt und unterstützt wurde, fällt es den Lebensschützer offenbar schwer, allein mit staatlicher Verfugungsgewalt, sprich Strafgesetz, Wirkung zu erzielen. So hat z.B. der sächsische Wissenschaftsminister Meyer (CDU), Vorsitzender des katholischen „Gemeinsamen Aktionsausschusses“ (vergleichbar dem ZK der Deutschen Katholiken) festgestellt, daß „es bei uns noch eines längeren Weges (bedarf), damit hier die ethische Seite des Problems überhaupt deutlich wird.“ (1)

Also müssen soziale Hilfen für Schwangere her, oder wenigstens muß man vorgeben, solche zu wollen. Der

für Entkriminalisierung der Abtreibung gelingen kann, diese Uneinigkeit für eine Liberalisierung, wenn nicht gar Streichung des § 218 zu nutzen. Neben der erklärten Bezugnahme auf das „Recht des ungeborenen Lebens“ ist auffällig oft von der Notwendigkeit sozialer Hilfen die Rede.

Mainzer Bischof Karl Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz: „Die Hilfe für die Betroffenen (muß) im Vordergrund stehen.“ Und der CDU/CSU-Fraktionsvize Heiner Geißler meint, daß die Strafrechtsfrage nicht das Entscheidende sei.

Weil die Lebensschützer aber sehr genau wissen, daß ein paar Mark hier oder dort das Problem einer ungewollten Schwangerschaft in den meisten Fällen nicht aus der Welt schaffen können, muß gleichzeitig der moralische Druck weiter verschärft werden. Das „Mahnläuten“ am 28.12.89 war nicht so erfolgreich. Stattdessen soll künftig jedes Jahr eine „Woche für das Leben“ stattfinden, mit Gottesdiensten, Großkundgebungen, Podiumsdiskussionen und Wallfahrten. Damit darüber aber nicht die klare Linie in Vergessenheit gerät, hat der Papst bei seinem Polenbesuch eindeutig Stellung genommen und Abtreibung mit dem Holocaust von Auschwitz verglichen.

Die CDU-„Gruppe der 98“ will das Vorliegen einer sozialen Indikation künftig durch eine öffentlich bestellte Kommission feststellen lassen und spricht sich für die Abschaffung der Krankenkassenfinanzierung und für ein Verbot der „Pille danach“ aus. (2)

Weiter sei daran erinnert, daß beim Einigungsvertrag zwar die Regelung des

§ 218 ausklammert wurde, Bayern aber dort die „Unverzichtbarkeit des Bestandsschutzes des bayerischen Beratungsgesetzes auch bei einer Neuregelung“ hineinschreiben ließ. Auch der baden-württembergische Ministerpräsident Teufel will keine „Aufweichung“ der bestehenden Regelung begrüßen „im Grundsatz“ den Vorschlag der CDU-Parteikommission. (3)

Die liberaleren CDUler bzw. CSUler finden sich in der Frauengruppe der Unionsfraktion, in der Fraktionsarbeitsgruppe und in der CDU-Parteikommission. Außerdem hat Rita Süßmuth schon vor längerer Zeit einen eigenen Vorschlag vorgelegt. Auch Frauenministerin Angela Merkel hat schon Positionen formuliert: Gegen Fristenlösung, gegen ein „Recht auf Abtreibung“. Ebenso wie Rita Süßmuth unterstützt sie wohl den Entwurf der CDU-Parteikommission: Dieser neueste Vorschlag ist der Öffentlichkeit bisher noch nicht zugänglich gemacht worden.

Die FDP hat bereits einen eigenen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der eine Fristenregelung mit Zwangsberatung vorsieht. Die Indikationslösung sei in den vergangenen 15 Jahren gescheitert. Der Rönsch-Entwurf wird deshalb von der FDP abgelehnt. (1)

Quellen: (1) Stuttg. Zeitung, 10.6.91; (2) taz, 21.2.91, Stuttg. Zeitung, 6.6.91 — (anh)



Bei den Sachsenring Automobilwerken Zwickau GmbH wird gestreikt, damit die „Sächsische Aufbau- und Qualifizierungsgesellschaft“ Teil des Unternehmens bleibt — und so 3600 wenigstens über Qualifizierungs- und ABM-Maßnahmen „abgeführt“ werden können. Aber die Treuhand lehnt weiterhin jedwede Beteiligung der Unternehmen an „Beschäftigungsgesellschaften“ ab. — (mke)

## Hasselfeldt unterstützt Blüm

Konzertierte Aktion beriet über gravierende Maßnahmen

Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen hielt ihre Frühjahrssitzung am 6. Juni ab. Auf diesen zweimal im Jahr stattfindenden Treffen aller im Gesundheitswesen tätigen Organisationen (inklusive Gewerkschaften) findet eine Lageeinschätzung und Erörterung konkreter Maßnahmen statt.

Zur Lage stellten sie fest, daß nach vorläufigen Ergebnissen die Leistungsausgaben aller Krankenkassen in der alten BRD je Mitglied um durchschnittlich 8,4 % gestiegen sind. Dem gegenüber steht eine Steigerung der Einnahmen um durchschnittlich 3,3 %. Daraus ergibt sich für das erste Quartal ein Defizit von 1,8 Milliarden DM. Die Entschließung der Konzertierten Aktion dazu: „Es muß vermieden werden, daß dieser ungünstige Trend im weiteren Verlauf ... anhält.“ Und die neue Bundesgesundheitsministerin Hasselfeldt (CSU) bestätigte, daß die Beitragsstabilität und die Ausschöpfung von Einsparpotentialen einen zentralen Stellenwert haben. Geplant ist:

Demnächst will Frau Hasselfeldt die Negativliste über 2500 weitere sog. „unwirtschaftliche“ Arzneimittel veröffentlichen, die die Ärzte nicht mehr verordnen dürfen. Sie soll ab 1. Juli in Kraft treten. Darunter sind z.B. sehr umsatzstarke Kopfschmerztabletten, die die Patienten künftig selbst bezahlen müssen.

Das Gesundheitsreformgesetz legt fest, daß vom 1. Januar 1992 an für alle Medikamente ohne Festbetrag eine 15 %ige Selbstbeteiligung, höchstens 15 Mark je Arzneimittel, gezahlt werden

muß. Frau Hasselfeldt will die Zuzahlung auf 10 % und maximal 10 DM je Medikament senken, weil erst für wenige Präparate ein Festbetrag besteht. Die Krankenkassen wollen eine Verschiebung der Regelung um zwei Jahre.

Der Auftrag des Gesundheitsreformgesetzes, sog. Richtgrößen für den Umfang der von den niedergelassenen Ärzten verordneten Fremdleistungen, vor allem von Arzneimittelverordnungen, festzulegen, soll jetzt zügig in Angriff genommen werden. Im Klartext: Die Menge der von den Ärzten verschriebenen Medikamente pro Patient soll begrenzt werden. Ein scharfer Angriff auf Ärzte und Patienten.

Bis Mitte 1995 soll der Krankenversicherungsschein durch eine Art Scheckkarte ersetzt werden. Jederzeit möglich ist dann, daß darauf die einzelnen Leistungen für einen Patienten abgespeichert werden, um seine Inanspruchnahme des Gesundheitswesens weit über das bisherige Maß hinaus kontrollieren und reglementieren zu können. Dies ist übrigens eine Methode, um den Spardruck gegenüber den Patienten vom Arzt weg hin zu Krankenkassen- oder Staatsorganisationen zu verlagern.

Was haben die Krankenhäuser zu erwarten? Konkretisierung der Bestimmungen zur Kündigung sog. unwirtschaftlicher Krankenhäuser durch die Kassen. Entwicklung des Pflegesatzrechts zu einem leistungsorientierten Vergütungssystem; als erstes soll der allgemeine Pflegesatz durch Abteilungs-Pflegesätze abgelöst werden. — (evo)

## Hohe Haftstrafen wegen RAF-Mitgliedschaft bekräftigt



Mit der Verurteilung von Norbert Hofmeier, Thomas Thoene und Bärbel Perau wegen RAF-Mitgliedschaft zu acht Jahren Haft endete die Revision am 7. Juni vor dem OLG Düsseldorf.

Das Verfahren gegen die drei wegen ihrer Prozeßberichtigungen stellte das Gericht ein, Verfahren wegen Falschaussage gegen die Zeugen lehnte es ab. — (uld)

Postvertriebsstück G 7756 D

Gebühr bezahlt

### Presseerklärung von Anwälten

Zu den jüngsten Meldungen in „Der Spiegel“ und „Die Welt“ geben wir, die dort namentlich genannten Rechtsanwälte, auch im Namen aller anderen Anwälte der politischen Gefangenen, folgende Erklärung ab:

1. Den Vorwurf, „Anwälte dienen RAF als Kuriere“ und Aktionen draußen würden von den Gefangenen gesteuert, weisen wir schärfstens zurück. Er entbehrt jeder Grundlage.

2. Wir protestieren gegen die Art und Weise der öffentlichen Vorverurteilung.

Obwohl laut Meldung der Medien „Erkenntnisse“ schon teilweise über ein Jahr vorliegen sollen, werden wir durch Verweigerung von Aktenneinsicht daran gehindert, die „Beweismittel“ einer Prüfung zu unterziehen und inhaltlich Stellung nehmen zu können. Stattdessen wird von der Bundesanwaltschaft eine persönlichkeitsverletzende Rufmordkampagne in die Medien lanciert.

Die Kriminalisierung zielt auf die engagierte Verteidigung der Gefangenen, weil u.a. die Unterzeichner, auch öffentlich, sich seit Jahren gegen die Isolationshaft und für die Zusammenlegung einsetzen. Sie dient ausschließlich dem

Zweck, die Forderung nach Zusammenlegung, die im letzten Hungerstreik eine breite gesellschaftliche Akzeptanz gefunden hatte, zu diskreditieren und die Haftsituation wieder und weiter zu verschärfen.

17. Juni 1991, gez. Rechtsanwalt Dieter Adler, Hannover; Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer, Hannover; Rechtsanwalt Johannes Pausch, Düsseldorf; Rechtsanwältin Renate Trobitzsch, Hannover.“

### Faschisten durften ungehindert aufmarschieren

Der Aufmarsch von über 1500 Faschisten, die aus allen Gegenenden der DDR und aus Österreich anreisten, in Dresden ist eine weitere Demonstration nicht nur der Konzentration faschistischer Organisationenbemühungen auf die DDR, sondern auch der staatlichen Duldung und Förderung faschistischer Umrübe. Der Hitlergruß ist strafrechtlich verboten, ebenso die Benutzung anderer Symbole des Nationalsozialismus. Die behördliche Duldung solcher Gesetzesverstöße, ihre öffentliche Dokumentation in Zeitungen und Fernsehen fördert den Gebrauch solcher Symbole und ist eine unerträgliche Entwürdigung der Opfer des

faschistischen Terrors. Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat gegen die Demonstration heftig protestiert. CDU-Generalsekretär will unter dem Vorwand faschistischer Umtriebe den Aufbau des Verfassungsschutzes vorantreiben und erwägt ein Verbot einiger Vereine. — (uld)

### DS: Bundesverband aufgelöst, Weiterarbeit in Niedersachsen

Die Demokratischen Sozialisten haben sich aufgelöst. Am 19. Januar hatte der 7. Parteitag der DS die Auflösung beschlossen. In der folgenden Urabstimmung hätten sich fast drei Viertel der Mitglieder der DS für die Auflösung ausgesprochen, heißt es in einem jetzt verschickten Rundschreiben. In der Auflösungserklärung heißt es, die ehemaligen Mitglieder wollten auch nach der Auflösung der DS weiter „in einem langfristigen Prozeß gemeinsamer Diskussionen und Aktionen aus den vorhandenen Theorien, Interessenslagen und Widersprüchen eine emanzipatorische Bewegung neuer Qualität herausbilden“. In Niedersachsen, wo die DS noch bei den letzten Landtagswahlen kandidiert hatten, wollen Mitglieder als „Demokratische Sozialisten Niedersachsen e.V.“ weiterwirken. — (rul)

### VSP: Ergebnisse der fortgesetzten ZDK

Am 15. Juni wurde in Köln die ordentliche Zentrale Delegierten-Konferenz der VSP fortgesetzt. Zum Problem der wachsenden Entsolidarisierung von abhängigen Beschäftigten und Unterdrückten in Ost- und Westdeutschland verabschiedete die Konferenz eine Entschließung, die unter dem Motto „Verteilung von oben nach Osten“ zur Nutzung des günstigeren Kräfteverhältnisses im Westen aufruft, um z.B. ohne Verzicht in den Tarifrunden dem Kapital Geld für einen Fonds für Arbeitsplätze und sinnvolle Bedarfsproduktion in der ex-DDR abzutrotzen. Vorausgegangen war eine Diskussion verschiedener Aspekte der Problematik in Arbeitsgruppen. Die Konferenz wählte ein ausschließlich aus Genossinnen bestehendes Zentralkomitee, weil die bislang praktizierte Quotierung den gesteckten Zielen nicht gerecht geworden war. Manon Tuckfeld von der neuen „Ökologischen Linken“ hielt ein Grußwort, dem eine erste Aussprache zu dieser neuen linken Formierung folgte. Hiermit wird sich die VSP in den nächsten Monaten intensiv befassen, angefangen bei einem Ortsgruppenratschlag im Frühherbst. — (mke, VSP)

## Aktuell in Bonn

## D-Mark-„Deutsche“

Von 6 auf 10,8 Mio. DM gesteigert, also fast verdoppelt hat das Auswärtige Amt 1991 seine Aufwendungen für die „Förderung der deutschen Sprache“ und zur Förderung „deutscher Vereine“ in Polen. Das geht aus einer Übersicht hervor, die der revanchistische Vertriebenenverband veröffentlicht hat („Deutscher Ostdienst, 14.6.“). Gezahlt wurden „deutschsprachige Kindergarten“ und die Grundausrüstung für Kindergärten, „Sprachkurse für deutschsprachige Helfer“. Mittel für den Aufbau von Vereinen, Schulen. Ausstellungen, Konzerte wurden mit weiteren 3,1 Mio. DM gefördert. „Deutsch-Sein“ soll sich wieder lohnen in Polen.

## Geld für Golfkrieg

Aufgrund einer kleinen Anfrage der PDS/Linken Liste hat die Bundesregierung am 4.6. über ihre Unterstützungen für die Anti-Irak-Koalition informiert (Ds. 12/535). Der Gesamtwert beträgt ca. 12 Mrd. DM. 5,5 Mrd. US-\$ wurden den USA 1991 überwiesen, 1990 bereits 450 Mio. Mark für Transportkosten. Zugesagt wurden Ägypten 1,15 Mrd. Mark, der Türkei 260 Mio., Syrien 160 Mio., den USA 9,13 Mrd., Großbritannien 800 Mio., Frankreich 300 Mio. Hinzu kommen ABC-Abwehrarbeiten, Munition, ABC-Spürpanzer („Fuchs“) usw., unentgeltlich oder als Materialdarlehen. Gesondert aufgeführt wird: An Israel gingen acht „Fuchs“-Panzer, ABC-Schutzbekleidung usw.; 150 Mio. Mark für die Lieferung von US-Patriot-Abwehrakten und weitere 880 Mio. für den Bau von U-Booten wurden Israel zugesagt.

## Steuern: Große Koalition

Nur geringfügige Veränderungen am Steuerpaket der Regierung sind das Ergebnis des „Vermittlungsausschusses“ von Bundestag und Bundesrat, der sich mit den Steuergesetzen der Regierung zu befassen hatte. Die Gewerbezial- und Vermögenssteuer werden – wie geplant – in der DDR nicht eingeführt, offiziell ist ihre Einführung bis 1993 verschoben – wenn diese Steuern dann noch bestehen. Die 7,5%-Kolonialzulage zur Finanzierung der DDR-Annexion bleibt in Kraft. Lediglich bei der Mittelverteilung zwischen Bund und Ländern gelangen der SPD geringfügige Änderungen zugunsten der Länder. Schon angekündigt – und von der SPD nicht widersprochen – ist die Anhebung der Mehrwertsteuer auf 15 % 1993. „In der Finanzpolitik wurde damals die große Koalition eingeläutet“, resümiert das „Handelsblatt“.

## Konversionssteuer abgelehnt

Bündnis 90/Die Grünen hat einen Gesetzentwurf (Drucksache 12/74) eingebracht, der das Recht der Freistellung von Steuerzahlungen für Militär und Rüstung aus Gewissensgründen fordert. Ein Bundesmilitärfonds und ein Bundesfonds zur Rüstungskonversion sollen

eingerichtet werden, so daß diejenigen, die Rüstung nicht finanzieren wollen, die Konversion von Rüstungsproduktion in ökologisch und sozial verträgliche Produktionen finanzieren könnten. CDU/CSU, FDP und SPD lehnten den Entwurf am 22.5. im Haushaltsschluß ab – bei Nichtanwesenheit des B'90 und der PDS/LL.

## Juden: „Einzelfall“-Asyl

Die Bundesregierung will bei Flüchtlingen jüdischen Glaubens aus der Sowjetunion nach „Einzelfallprüfungen“ entscheiden, ob diese in der BRD Asyl erhalten. Das erklärte die Regierung Ende Mai in einer Antwort auf eine Anfrage der Gruppe Bündnis 90/Grüne (Ds. 12/610). Im vergangenen Jahr hatte die Bundesregierung noch – in Erwartung einer enormen Flüchtlingswelle aus der Sowjetunion – mit dem Zentralrat der Juden eine Absprache getroffen, keinen Aufnahmestopp für sowjetische Juden zu verhängen. Diese Praxis ist jetzt bekräftigt. Hintergrund der zynischen „Einzelfallprüfung“: Das zionistische Israel wünscht, die Flüchtlinge möglichst komplett als Siedler gegen die Palästinenser einzusetzen.

## Grenzschutz weltweit

Laut „Spiegel“ hat Innenminister Schäuble der UNO den Einsatz von Bundesgrenzschutz in der Westsahara angeboten. Die UNO will ein Beobachterkongress schicken, um das von der Polisario durchgesetzte Referendum über die Unabhängigkeit des von Marokko annexierten Landes zu überwachen. 1989 erfolgte ein solcher Einsatz von BGS anlässlich der Wahlen in Namibia (ehemals Deutsch-Südwestafrika).

## Zuschüsse gestrichen

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD hat die Bundesregierung die Streichung der Förderung der Verbraucherzentralen (im Westen schriftweise ab 1992, im Osten länger gestreckt) damit gerechtfertigt, daß dies Ländersache sei. Die Bundesanteile an der Förderung der Verbraucherzentralen bewegen sich bislang zwischen 250000 Mark (Saarland) und 1,1 Mio. Mark (NRW). In den Verhandlungen hätten die Länder „im wesentlichen“ zugestimmt, aber Kompen-sationen im Rahmen des Finanzausgleichs gefordert.

## Was kommt demnächst?

Am 20.6. will der Bundestag über den Regierungssitz entscheiden. Am 21.6. beginnt in Berlin der PDS-Parteitag. Am gleichen Tag beginnt die „Sommerpause“ des Bundestags. Am 22./23.6. beraten die Finanzminister der G-7-Gruppe über den Weltwirtschaftsgipfel Mitte Juli in London. Ende Juni findet in Luxemburg der EG-Gipfel statt, in Straßburg sollen die Verhandlungen EG-EFTA über einen „gemeinsamen Wirtschaftsraum“ abgeschlossen werden. Am 5. Juli ist die letzte Sitzung des Bundesrats vor der Sommerpause.

## SU-Kredite: Die BRD sammelt Schuldtitle ein

Deutsche Bank stoppt Ostkredite / von Amerongen: Nur noch „projektgebundene“ Kredite

Bundesdeutsche Regierungsstellen und Konzerne versuchen, die schwierige Wirtschaftslage der SU auszunutzen, um ihren Zugriff auf die Rohstoffreichtümer des Landes

auszuweiten. Ex-DIHT-Chef von Amerongen will nur noch „projektgebundene Kredite“ vergeben, zum Beispiel für Erdöl- und Erdgaslieferungen aus Tjumen, Westsibirien.

Am 4. Juni hatte der Chef der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, verkündet, die Deutsche Bank werde den Staaten Osteuropas vorerst keine neuen Kredite leihen. Die Ankündigung diente dazu, die Auflagen für solche Kredite zu verschärfen und eine stärkere Einschaltung des Staatsapparates in die Ost-Geschäfte der BRD-Konzerne zu erreichen. So verlangte Kopper auf der gleichen Pressekonferenz u.a. neue Regierungsbüroschaften für Ost-Kredite.

Zwei Tage zuvor hatte Gorbatschow mit dem Bonner Finanzstaatssekretär Köhler verhandelt. Auch hierbei ging es um Konditionen für neue Kredite. Die „Welt“ berichtete: Gorbatschow müsse „beweisen, daß er willens und zudem auch fähig ist, grundlegende Reformen im sowjetischen System durchzusetzen. Der Rat aus Bonn an ihn ist eindeutig: Über einen Abgrund kann man nicht mit zwei Schritten springen.“ (3.6.91)

Die BRD-Gläubiger der SU verlangen unwiderrufliche Maßnahmen der sowjetischen Regierung, um westlichen Konzernen das Eindringen ins Land zu erleichtern. Ex-DIHT-Chef von Ameron-

gen will nur noch projektgebundene Kredite vergeben, z.B. für Rohstoffplünderung: „Als solche einzelne Projekte könnten beispielsweise Vorhaben wie die Erschließung und der Ausbau des Erdöl- und Erdgasfeldes Tjumen in Westsibirien ausgewählt werden.“ (Handelsblatt, 6.6.91). Der Osthandelsexperte der BRD-Monopolbourgeoisie begrüßte u.a. das Recht der Einzelrepubliken, Kredite im Ausland aufzunehmen, sowie Absichten, einzelne Regionen wie Leningrad zu „Freihandelszonen“ für westliche Konzerne zu erklären. Als nächstes müsse die SU das Investitionsschutzabkommen für BRD-Konzerne verabschieden. Gleichzeitig lobte von Amerongen, daß die SU Erdöl und Erdgas weiter „wie vertraglich einbaut“ liefere. Dasselbe gelte für andere Rohstoffe.

Derweil brüten andere „Ostexperten“ der BRD an Plänen, wie auch auf anderen Gebieten die Vormachtstellung westdeutscher Konzerne im SU- und Ost-Geschäft weiter ausgebaut werden kann. Im Gespräch sind mehrere Maßnahmen, die alle darauf hinauslaufen,

## Grün-liberaler Verfassungsentwurf liegt vor

## Teilweise nützliche Anhaltspunkte für die Verfassungsdiskussion

Ca. 500 Verfassungsrechtler, Politiker, Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Umweltschützer u.a. – vor allem aus dem grün-liberalen Spektrum und aus den Bürgerbewegungen der DDR – trafen sich am 15./16.6. in der Frankfurter Paulskirche und diskutierten einen vom „Kuratorium für

einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder“ ausgearbeiteten Entwurf einer neuen Verfassung, der den Anspruch erhebt, ökologische Zielsetzungen in die Verfassung zu schreiben und Grundrechtspositionen zu stärken. Nachfolgend einige erste Anmerkungen.

## Grundrechte

Neu gegenüber der bestehenden Verfassung sind u.a. die Einführung eines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung. Die Einschränkung dieses Rechts (also staatliche Datenspeicherung) darf nur aufgrund eines Gesetzes erfolgen, wobei die Betroffenen Anspruch auf Benachrichtigung über solche Speicherungen haben sollen.

Positiv ist die weitgehende Aufhebung der Beschränkung von Grundrechten auf Deutsche. So sieht der Entwurf vor, die Versammlungsfreiheit, das Recht auf Freizügigkeit und die Vereinigungsfreiheit allen in der BRD lebenden Menschen unabhängig von der Staatsangehörigkeit zu gewähren. Art. 16 (Asylrecht) soll ergänzt werden um das Verbot von Abschiebungen in Länder, in denen Ausländern die Todesstrafe oder die Verletzung ihrer Menschenwürde drohen. Nicht nur politisch, sondern auch rassistisch und geschlechtlich Verfolgte sollen Asylrecht genießen. In Art. 116 soll die Deutschendefinition in bezug auf „deutsche Volkszugehörige“ aus anderen Staaten gestrichen werden. Dafür sollen Ausländer, die seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig ihren Wohnsitz in der BRD haben, Bürger im Sinne der Verfassung sein, was sie auch bezüglich anderer, bisher Deutschen vorbehaltener Rechten gleichstellt. Überhaupt wurde der Begriff „Deutsche“ im Verfassungsentwurf durchweg gestrichen und durch „Bürgerinnen und Bürger“ ersetzt. Danach haben dann auch Ausländer, die sich fünf Jahre rechtmäßig hier aufzuhalten, nach Art. 33 die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, also auch Wahlrecht, unabhängig von

ihrer Staatsangehörigkeit. Wichtig in dieser Hinsicht ist auch, daß das Diskriminierungsverbot des Art. 3 GG entsprechend internationaler Rechtsstandards erweitert werden soll: Niemand darf danach auch wegen seiner Nationalität und seiner sexuellen Orientierung benachteiligt oder bevorzugt werden.

Weiterhin soll Art. 3 ergänzt werden um die Bestimmung: „Bei Maßnahmen zur Förderung von Frauen ist eine Bevorzugung wegen des Geschlechts zum Ausgleich bestehender Nachteile zulässig.“ Bezuglich Schwangerschaftsabbrüchen soll ein Art. 3a eingeführt werden: „Jede Frau hat das Recht zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt oder nicht. Dieses Recht darf (bis zum Ende des dritten Monats, hier über keine Einigung im Arbeitsauschuß, d. Verf.) nicht beschränkt werden. Wer eine Schwangerschaft abbricht, darf strafrechtlich nicht verfolgt werden.“

Das Verbot von Vereinigungen, deren Ziele sich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ richten, sieht der Entwurf nicht mehr vor. Vereine dürfen danach nur verboten werden, wenn sie Strafgesetzen zuwiderlaufen oder sich „gegen die Gedanken der Völkerverständigung“ richten. Zusätzlich sollen Bürgerinitiativen entsprechende Vereinigungsrechte erhalten und z.B. in Volksvertretungen Anspruch auf Gehör erhalten.

Zusätzlich soll das Recht auf Kooperationsfreiheit zur „Wahrung und Förderung der Arbeits-, Wirtschaftsbedingungen, insbesondere der Lebensbedingungen abhängig Beschäftigter“ garantiert werden. Das Mitbestimmungsrecht, die Tarifautonomie und das Streikrecht wer-

den gewährleistet, die Aussperrung soll verboten werden. Das Recht auf Arbeit, soziale Sicherung und auf Wohnung sollen – allerdings nicht als einklagbare Rechte – garantiert werden.

## Staatschutzartikel

Positiv ist, daß der Art. 18 (Verwirkung von Grundrechten wegen Kampfes gegen die fdGO) gestrichen werden soll. Der Parteiverbotsartikel 21 soll aber grundsätzlich erhalten bleiben. Vorgesehen ist ein zeitlich befristetes Verbot von Parteien bzw. deren zeitweiliger Ausschließung von Wahlen, sofern sie den „Bestand des Bundes gefährden“ oder darauf ausgehen, die Art. 1-20 der Verfassung zu gefährden. Der Kampfbegriff freiheitlich-demokratische Grundordnung wurde gestrichen.

Art. 139 GG soll in die neue Verfassung übernommen werden, ohne daß sich die Verfasser des Entwurfs allerdings mit den diesbezüglichen Problemen nach Inkrafttreten des Zwei-Plus-Vier-Vertrages auseinandersetzen, der eine generelle Aufhebung sämtlicher aliierten Rechtsvorschriften aus den Jahren nach 1945 vorsieht. Auch entsprechende Regelungen zum Verbot faschistischer Organisationen bzw. faschistischer Propaganda sieht der Entwurf nicht vor.

## Bundeswehr

Zwar soll Art. 26 neben dem Verbot des Angriffskrieges und friedensgefährdender Handlungen vorsehen, daß der Staat auf Kriegsverhütung und das friedliche Zusammenleben der Völker hinwirken müsse; gleichzeitig soll allerdings durch eine Ergänzung des Art. 115a (Einsatz der Bundeswehr ausschließlich zur Verteidigung des Bundesgebietes) gewährleistet werden, daß der Verteidigungsfall sich auch auf ein Gebiet bezieht, „dessen Verteidigung dem Bund aufgrund völkerrechtlicher Beistandspflichten obliegt“. Das geht über den NATO-Vertrag hinaus und kann in Verbindung mit Art. 24 (Teilnahme an kollektiven Sicherheitssystemen) UNO- oder WEU-Einsätze grundsätzlich ermöglichen.

Ersatzlos gestrichen werden sollen dem gegenüber sämtliche Bestimmungen der derzeitigen Verfassung, die einen Einsatz der Bundeswehr im Innern zur „Abwehr einer drohenden Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung“ vorsehen.

Quellenhinweis: Der Verfassungsentwurf ist erhältlich über Kuratorium für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, Hans der Demokratie, Friedrichstr. 165, D-1080 Berlin – (ulb)



## Änderung des Namensrechts

Gesetzentwurf der SPD-Fraktion eingebracht

Das Bundesverfassungsgericht hat am 5. März 1991 beschlossen, daß das Namensrecht der Ehegatten geändert werden muß, da die derzeit geltende Regelung nicht mit dem Gleichberechtigungsgrundsatz des Grundgesetzes vereinbar sei. Demnach kann die Namens-einheit der Ehegatten nicht mehr zwangsläufig sein. Bisher mußten sich die Ehegatten für einen Ehenamen entscheiden. Der Geburtsname desjenigen, dessen Name nicht Ehename wurde, konnte zugewiesen werden. Der Name des Mannes hatte Vorrang.

Die SPD hat nun ihren Gesetzentwurf von 1990 in geänderter Form in den Bundestag eingebracht. Die erste Beratung fand am 13.6.1991 statt.

Die SPD will, daß die Ehegatten folgende Möglichkeiten bei der Wahl ihres Ehenamens haben: 1. Jeder der Ehegatten behält seinen Geburtsnamen bei. Die SPD beruft sich dabei auf bestehende Regelungen in acht Ländern der Europäischen Gemeinschaft. 2. Sowohl der Geburtsname des Mannes als auch der Frau können zum Ehenamen werden. Derjenige, dessen Geburtsname nicht Ehename wird, kann seinen Geburtsnamen vorstellen oder anfügen. 3. Beide Ehegatten können auch einen gemeinsamen Doppelnamen wählen. Wenn sie

sich nicht über die Reihenfolge einigen können, entscheidet der Standesbeamte durch einen Losentscheid. Wie dieser das Los zu werfen hätte, müßte noch durch Verordnung geregelt werden.

Entsprechend können die Eltern bestimmen, wie ihre Kinder mit Zunamen heißen sollen. Kinder können den Namen des Vaters oder der Mutter erhalten, wenn die Eltern verschiedene Namen haben. Wenn die Eltern sich nicht einigen, bekommen die Kinder einen Doppelnamen. Über die Reihenfolge entscheidet das Los.

Die SPD beabsichtigt, diese Regelungen auch rückwirkend auf alle bereits geschlossenen Ehen anzuwenden. Falls Ehegatten ihren Geburtsnamen wieder annehmen wollen oder ihren Ehenamen anders bestimmen wollen, so sollen Kinder, die über vierzehn Jahre alt sind, nicht gezwungen werden, einen neuen Namen anzunehmen, wenn sie sich dagegen aussprechen.

In der Bundestagsdebatte hielten CDU an der Einheit des Familiennamens fest. Abgeordnete von PDS und Bündnis 90/Grüne sprachen sich dafür aus, daß Kinder ausschließlich den Namen der Mutter bekommen.

Quellen: Bundesdrucksache 12/672 – deutsche Zeitung, 14.5. – (am)

# Die Bourgeoisie formiert sich: Gen Osten soll's gehen

Die Berlin-Bonn-Diskussion zeigt Differenzen über die Hauptstadt und Vereinheitlichungsbemühungen über die Expansionsstrategie

Beim Erscheinen dieser Zeitung will der Bundestag über die Frage des zukünftigen Regierungssitzes entschieden haben. Wenige Tage vor der Entscheidung ist zumindest der Öffentlichkeit nicht bekannt, worüber konkret abgestimmt werden soll. Die öffentliche Diskussion ist heftig und chaotisch. Verschiedene sogenannte Kompromißvorschläge tauchen auf und werden verworfen. Ein Kompromiß scheint auch schwierig, da die Differenz — auch innerhalb der herrschenden Klasse und ihren Institutionen — darin

besteht, ob die BRD überhaupt eine Hauptstadt im eigentlichen Sinne, Kapitale und Regierungssitz, haben soll. Fest steht, daß es eine starke Strömung gibt, Berlin über einen kürzeren oder mittleren Zeitraum und über mehr oder weniger Zwischenschritte zur Hauptstadt mit Regierungssitz zu machen. Diese Strömung, die von den großen Konzernen wie Daimler-Benz und Siemens getragen wird, wird u. a. von Richard von Weizsäcker politisch geführt und von der großbürgerlichen Frankfurter Allgemeinen massiv

unterstützt. Ihre regionale Basis hat sie v. a. in der Achse Hamburg/Berlin. — Dagegen steht die Position, die möglichst viel Teile der Regierungs- und Parlamentsfunktionen in Bonn belassen will, einer Stadt also, die die Westbindung der BRD symbolisiert, die aber nie Hauptstadt war, sein wird oder zu sein beanspruchen kann. Diese Position vertreten z. B. Otto Wolff von Amerongen und Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann, die nordrhein-westfälische SPD- und die bayerische CSU-Landesregierung.

## Hauptstadt oder keine?

### Bourgeoisie noch nicht einig

Daß Bonn keine Hauptstadt ist und sein kann, ist ein Hauptgrund dafür, daß die Bourgeoisie oder zumindest größere Teile die Metropole Berlin zur Hauptstadt will. Ihr wirtschaftlicher Zentralismus und Monopolismus drängt auf die Zentralisierung aller politischen und Wirtschaftsentscheidungen, drängt deshalb auf eine Hauptstadt. Die Konzerne, die Entscheidungen von größter Tragweite für die gesamte Gesellschaft fällen und mittels des Staatsapparates von oben nach unten durchzusetzen trachten, wollen gerade deshalb eine direkte Verbindung zur Regierung, eine Verbindung, die nicht durch das politisch-parlamentarische System vermittelt ist, was zu Reibungsverlusten führen kann. Der Regierungsstandort Bonn konnte und kann eine solche direkte Verbindung nicht herstellen. Auch deshalb ist z. B. im Bundesbankgesetz von 1957 in § 2 festgelegt, daß die Deutsche Bundesbank „ihren Sitz am Sitz der Bundesregierung“ hat, daß sie aber ihren Sitz in Frankfurt am Main habe, solange sich der Sitz der Bundesregierung nicht „in Berlin befindet“. (1)

Und Berlin? Berlin ermöglicht die direkte Kommunikation zwischen Konzernspitzen und Regierung durch gesellschaftliche Verbindung. „... braucht eine große Industrialisation“, fragte etwa die *Zeit* (2), „nicht doch die hauptstädtische Begegnung der verschiedenen Eliten aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Wissenschaft in einer Metropole, um weltweite Zukunftsperspektiven richtig zu erfassen? In Berlin begegnen sich, wie in keiner anderen deutschen Stadt, unterschiedliche Lebensstile, Kulturen und Gesellschaftsentwürfe. Die Eliten können zusammenkommen, um politische, ökonomische, wissenschaftliche und kulturelle Gedanken auszutauschen — nicht nur im nationalen, sondern auch internationalen Rahmen.“

Man braucht nicht einmal sehr zwischen den Zeilen zu lesen. Es geht um größere Handlungsfähigkeit für die Konzerne, um direkte Einwirkung auf die Exekutive, um größere Elastizität, Flexibilität bei der Auslegung von Gesetzen und der Umgehung des Parlamentarischen. Wenn Berlin zur Hauptstadt mit Regierungssitz wird, dann wird dies nicht nur zur Schwächung des Föderalismus führen. In der Tendenz wird der gesamte Parlamentarismus geschwächt und wird eine politische Machtverschiebung hin zur Finanzoligarchie stattfinden, die sich selbst bürgerlich-parlamentarischer Kontrolle entzieht.

Auf der anderen Seite jedoch, und deshalb ist die Bourgeoisie auch nicht einig, ist die Wirtschaft der BRD polyzentrisch geprägt, und die polyzentrische Struktur ist für die Wiedererstarkung der BRD nach dem zweiten Weltkrieg, für ihren Aufstieg zur führenden westeuropäischen Macht auch von Bedeutung gewesen. So beharrt etwa der Bonn-Befürworter und NRW-Ministerpräsident Rau in der *Frankfurter Rundschau* (3) darauf, „daß die Vielfalt eigenständiger Regionen mit kräftigen Metropolen unsere wahre Stärke ausmacht“.

Daimler-Benz baut bereits in Berlin: „Hier es gibt auch Kapitalisten, die fürchten, daß „ihre“ Standorte bei einer Zentralisierung in und um Berlin in die Unzertrennlichkeit absinken. So sorgt sich Otto Wolff von Amerongen um die Westbindung der BRD im allgemeinen und die Bedeutung der Rhein-Schiene im besonderen. Die Geschäftsführung der Frankfurter Börsen AG betont, daß ihr Bonn als „einem Symbol der Westbindung und an der Aufrechterhaltung der hohen Dezentralität in Deutschland“ gelegen sei. Der Bayerische Arbeitgeberverband sieht zwei Drittel seiner Mitglieder aus gleichgelagerten Städten als Bonn-Befürworter. (4)

Der erste Gesichtspunkt der Hauptstadt-Diskussion hat Auswirkungen vor

Macht und Allmacht der Konzerne und ihres Staates.

Der zweite Gesichtspunkt der Hauptstadt-Diskussion betrifft vor allem die strategische Ausrichtung der deutschen Bourgeoisie, ihre zukünftige Rolle in Europa und der Welt. Erkenntbar wird dabei, daß sie den Kampf um die Hegemonie in Europa verschärft. Auch hier ist die Bourgeoisie noch nicht vereinheitlicht: Noch wägt sie die Chancen und Risiken ab.

### Hauptstadtdiskussion bereitet forcierte Ostexpansion vor

Der kritische Historiker Fritz Fischer warnte in der *Zeit* (5) vor der Hauptstadt Berlin, die als ehemalige Hauptstadt Preußens und ab 1871 des Deutschen Reiches die preußische Staatsidee und die Gewalttätigkeit des Reichs (Bismarck: „Haut die Polen, daß sie am Leben verzagen ...“) symbolisiere. „Die Namen Wilhelm II. und Hitler sind mit der Idee von deutschem Herrschaftsanspruch verbunden, und beide sind mit Berlin verbunden. Sollten die Deutschen nicht begreifen, daß eine Umsiedlung der Regierung — gerade im Zusammenhang mit der „Wiedervereinigung“ im Jahre 1990 — aus dem ruhigen Bonn in das geschichtsbeladene Berlin im gesamten Ausland verstanden werden muß als ein Bekenntnis zu einer Tradition des Militarismus, des Machtanspruchs und der Expansion?“

Das wird nicht nur so verstanden werden können, das ist auch so gemeint.



Angehörigen der „deutschen Volksgruppe“ in Polen marschieren zur Begrüßung deutscher Kriegsschiffe in Gdansk auf. Der Text auf dem schwarz-rot-gold umrandeten Transparent lautet: „Deutsche Minderheit in Danzig grüßt die Bundesmarine“.

„Wer damals A(nschluß) meinte, muß jetzt auch B(erlin) sagen“, hatte die *Zeit* eine Woche zuvor (6) gefordert. Mit dem Anschluß der DDR hat die deutsche Monopolbourgeoisie den Jahrzehntelangen Status quo in Europa beendet und ihren unmittelbaren Herrschaftsbereich wieder ein Stück nach Osten vorgeschoßen. Dies soll, wie in der Hauptstadt-Diskussion deutlich wird, nur der Aufstieg zur Neuaufgabe Jahrhundertelanger deutscher Ostexpansion sein.

Die Hauptstadtfrage, schrieb Richard von Weizsäcker in seinem im März bekanntgewordenen Memorandum (7), „hängt ... zentral mit der Politik zusammen, die Deutschland langfristig machen muß und wird ... (Die politische Führung) muß ... dafür sorgen, daß im Bewußtsein der großen politischen Herausforderungen entschieden wird, vor denen wir stehen, und nicht mit bloßem Status-Quo-Denken. Die Fragen, um die es geht, lauten: Wie sieht die politische Landkarte Europas in zwanzig Jahren aus? Welche verantwortliche Rolle fällt dem vereinigten Deutschland dafür zu? Hat dies Auswirkungen auf die Hauptstadt?“ Weizsäckers Antworten: Die europäische Landkarte werde sich durch Erweiterung der EG entscheidend verändern. Deutschland komme die treibende Rolle zu. „Die Homogenisierung des größeren und zentralen werdenden Europas ist das historische Gebot der kommenden Zeit ... Die sich in die Mitte des Kontinents ausweitende EG wird für ihr langfristiges Zusammenwachsen mit seinen neu-

en Linien und zentralen Bereichen auf Berlin überhaupt nicht verzichten können.“

Die *Zeit* (8) führt den Gedanken weiter aus: „Berlin stellt die Frage nach Qualität und Zukunft der deutschen Politik. In der europäischen Perspektive kann Berlin mit seiner günstigen Lage zu Mittel- und Osteuropa ein entscheidendes Verbindungsglied der Europäischen Gemeinschaft für die Osterweiterung werden. Aus der großen Nord-Süd-Schiene, die von London über Paris nach Rom reicht, könnte eine über Paris und Berlin nach Budapest, Prag und Warschau laufende Linie das neue Europa markieren. Deshalb brauchen nicht nur die neuen Länder im Osten Deutschlands, sondern auch die EG Berlin als Drehscheibe zwischen Ost- und Westeuropa. Gerade weil die Bundesregierung sich als weiteren Zielpunkt des wiedervereinigten Deutschlands das vereinigte Europa gesetzt hat, ist eine Hauptstadt mit Ost-West-Funktion wie Berlin der richtige Sitz für Regierung und Parlament. Berlin könnte eine Dolmetscherfunktion im kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bereich übernehmen, wenn das größere Europa zusammenwächst. Es ist zu einer Führungsfrage in der deutschen Politik geworden, ob die Chancen des Neuanfangs, die mit der deutschen Einheit verbunden sind, tatsächlich begripen und auch angenommen werden.“

Die *Süddeutsche Zeitung* (9) will die „Verantwortung eines 80-Millionen-

von Amerongen schrieb zwar im *Handelsblatt* (11):

„Es ist heute wichtiger denn je, die viel zitierte Westbindung der Bundesrepublik politisch noch deutlicher zu machen als vor dem 3. Oktober ... Wir stehen eineinhalb Jahre vor der Vollennung des größten Binnenmarktes der Welt. Dieser gewaltige Kraftakt ist nur zu schaffen, wenn die Westintegration politisch und wirtschaftlich nachhaltig unterstützt wird. Eine Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin schafft nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern gerade im Westen einen neuen Orientierungsfaktor, nämlich ein eindeutiges Signal in Richtung Osten. Deutschland muß mit seiner Regierung weiterhin nah an London, Brüssel und Paris sein.“

Aber er schloß dann auch: „Diese Gedanken schließen ein, daß Berlin eine Drehscheibe für das östliche Zentraleuropa werden soll — hoffentlich. Allein durch ihre geographische Lage ist diese Stadt ... prädestiniert, diese Rolle erfolgreich wahrzunehmen. Sie wird damit ein Baustein für die kommende Architektur.“

Die Konzernbourgeoisie ist sich des Risikos bewußt, das von einer Schwerpunktverschiebung nach Osten ausgeht. Sie fürchtet, daß eine zu drastische Wendung sie in schwere Konflikte zum restlichen Westeuropa bringt und die BRD so des Hinterlandes berauben kann, das sie für die Ostexpansion natürlich auch braucht. Die mit der Hauptstadtdiskussion eng verknüpfte Diskussion über die Rolle Deutschlands in Europa dient vor allem dem Zweck der Formierung der Vereinheitlichung der Bourgeoisie auf eine erfolgsträchtige Expansionsstrategie, die ihr zur unangefochtenen Hegemoniestellung in ganz Europa verhilft.

In dieser Diskussion zeichnet sich im Zusammenhang mit einer Gewichtsverlagerung nach Osten auch eine völkisch-nationale Schwerpunktbildung in Europa ab.

Vor dem Anschluß der DDR hatte die BRD in der Tradition der deutschen Geschichte auch — ein wenig jedenfalls — den Charakter von Deutsch-Ländern. Dies zeigte z. B. die Verteilung von zentralen Institutionen über die ganze Republik und die Tatsache, daß der Regierungssitz alles andere als gesellschaftliches Zentrum der BRD war.

Die Errichtung einer Hauptstadt Berlin hebt dies völlig auf zugunsten einer wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zentralisierung. Die Befürworter knüpfen großteils ganz bewußt an die Deutsche-Reichs-Tradition an, an die Einigung Deutschlands unter der Führung Preußens und Berlins, an eine Geschichte also, die untrennbar mit deutscher Expansion und Aggression verbunden ist.

Schon vor Jahren hatte Richard von Weizsäcker, der sich jetzt in der Berlin-Diskussion so exponiert, die führende Rolle des „Deutsch-Seins“, der Deutschen angemahnt. In seiner viel beachteten und auch in der politischen Opposition begrüßten, scheinbar beschwichtigenden, tatsächlich aggressiven Rede auf dem Kirchentag 1985 hatte er vorausblickend unter Berufung auf einen französischen Dichter ausgerufen:

„Deutschland ist nicht dazu da, die Völker zu spalten, sondern um sie zu versammeln. Seine Rolle ist es: Über einstimmung zu schaffen — all die unterschiedlichen Nationen, die es umgeben, spüren zu lassen, daß sie ohne einander nicht leben können.“ Daß sie aufeinander angewiesen sind. Das ist ein großer, ein zuversichtlicher Auftrag für uns ... Es ist unsere Sache, dem Begriff „deutsch“ einen Inhalt zu geben, mit dem wir selbst und mit dem die Welt gern und in Frieden leben können.“ (12)

Der Inhalt des Begriffs „deutsch“ konkretisiert sich in der aktuellen Diskussion in dem Anspruch, Deutschland zur Ordnungsmacht im Osten zu machen. Dieser mit Macht vertretende Führungsanspruch wird noch stets unter Berufung auf die Geschichte vertreten:

„Die historischen und kulturellen

Bindungen der Deutschen an die benachbarten Völker Mittel- und Osteuropas sind jahrhundertealt und waren stets wesentliche Gestaltungsfaktoren der europäischen Politik“, schreibt ein Ministerialdirektor des Auswärtigen Amts im *Europa-Archiv* (13). Er zieht daraus unter anderem die beiden Schlüssefolgerungen: die deutsche auswärtige Kulturpolitik gen Osten zu verstärken (Verbreitung der deutschen Sprache, Aufbau deutscher Auslandsschulen) und die Entfaltungsmöglichkeiten der deutschen Minderheiten in Osteuropa zu fördern.

Es ist hier nicht der Platz, die unselige Geschichte der deutschen Volksgruppenpolitik zu resümieren. Doch muß in diesem Zusammenhang in Erinnerung gerufen werden, was aus dem politischen Bewußtsein der westdeutschen Bevölkerung heute fast verschwunden ist, aber keineswegs aus dem Bewußtsein der deutschen Konzernbourgeoisie: daß nämlich „Mittel- und Osteuropa“, von dem wieder so häufig die Rede ist, „der alte Raum der deutschen Kolonisation“ ist. (14)

Die Errichtung des realen Sozialismus in den Ländern östlich der Elbe hatte die Tradition deutscher Ostkolonisation für mehr als vier Jahrzehnte unterbrochen. Der Zerfall des realen Sozialismus schafft ihm unter den gegebenen Umständen ziemlich freie Bahn, alte Kolonialfäden wieder aufzunehmen. Den Rückschlag, den die deutsche Reaktion mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze hat hinnehmen müssen, hofft sie wettzumachen durch die neuen Möglichkeiten, sich der „deutschen Volksgruppen“ im Osten als Agenten des deutschen Expansionismus zu bedienen. Schon zu Zeiten Bismarcks hatte das von Berlin aus regierte Reich nicht einfach eine „Heim-ins-Reich“-Politik, also eine reine Politik der territorialen Expansion, betrieben, sondern die „deutschen Stämme“ als „Vorposten“ und „Bildungsträger in einem großen kolonialistischen Raum“ (14) betrachtet, mit deren Hilfe sich das deutsche Kapital den gesamten Osten unterordnen versuchte.

Heute ist immer wieder davon die Rede, daß es ein schroffes wirtschaftliches und politisches Gefälle zwischen Ost- und Westeuropa gebe. Dieses Gefälle berge die Gefahr politischer Instabilität. Hinzu komme, „daß in vielen dieser (ost- und südosteuropäischen — Red.) Staaten jahrhundertealte Nationalitätenkonflikte für große Unruhen sorgen. Die Beispiele Rumäniens und Jugoslawiens zeigen, daß sich bürgerkriegsähnliche Situationen auch grenzüberschreitend auswirken können. Mittel- und Südosteuropa könnte sich zu einer durch bewaffnete innerstaatliche Konflikte geschüttelte Region entwickeln mit bürgerkriegsähnlichem Charakter.“ (15) Eine solche Entwicklung paßt, trotz aller Unwägbarkeiten, der deutschen Konzernbourgeoisie nicht schlecht ins Konzept, kann sich Deutschland doch erst recht als Ordnungsmacht im Osten entfalten.

Die Abstimmung im Bundestag wird voraussichtlich keine definitive Entscheidung in der Hauptstadtauseinandersetzung bringen und erst recht nicht die Diskussion über die Entwicklung der Expansionsstrategie des deutschen Kapitals abschließen. Diese Diskussion zeigt gewaltige Aufgaben auf, denen sich die revolutionären Kräfte stellen müssen.

Quellen: (1) Zitiert nach Frankfurter Allgemeine (FAZ), II. 3.91; (2) Zeit, 29.3.91; (3) Frankfurter Rundschau (FR), 12.4.91; (4) FAZ, 16.4.91; (5) Zeit, 29.3.91; (6) Zeit, 22.3.91; (7) abgedruckt z. B. in der FR, 12.3.91; (8) Zeit, 29.3.91; (9) Süddeutsche Zeitung (SZ), 16.3.91; (10) FAZ, 18.4.91; (11) Handelsblatt, 21.3.91; (12) zitiert nach Politische Berichte 13/85; (13) Europa-Archiv 7/91; (14) Hans Rothfels, Bismarck, der Osten und das Reich, Darmstadt 1960; (15) Gerd Langguth, lange Jahre Bevollmächtigter Berlins bei der Bundesregierung, heute Leiter der deutschen Vertretung der EG-Kommission, in: Deutschland, die EG und die Architektur, Außenpolitik II/91 — (sec)

**Internationale Umschau**

Mehrere zehntausend Ärzte, Apotheker, Heilgymnästen, Hebammen und freiberufliche Krankenschwestern demonstrierten am 12.6. in Paris (Bild) gegen die geplante Gesundheitsreform der französischen Regierung. Bereits die Woche zuvor hatten die Angehörigen freier Berufe im Gesundheitswesen zwei Tage lang gestreikt. Um das für 1991 auf 23 Mrd. Francs (ca. 7 Mrd. DM) geschätzte Defizit der Sozialversicherung (Kranken- und Rentenkassen) auszugleichen, will die Regierung eine 0,9 prozentige Erhöhung der Beiträge beschließen. Gleichzeitig sollen die Honorare für Ärzte, Privatkliniken und Labors sowie die Verdienstspannen der Apotheker gesenkt oder „eingefroren“ werden. Außerdem ist die Einschränkung der freien Arztwahl geplant. Die Maßnahmen werden kritisiert als Einführung der Zweiklassenmedizin, wobei sich gute medizinische Behandlung nur noch Gutsituierte leisten können. — (wje/evo, AGG)

**Polen: Papst gegen Streiks erfolglos**

Der Besuch des Papstes in Polen hat der Regierung gegen die zunehmenden Streiks der Arbeiter nicht geholfen. Reportert berichtet die polnische Nachrichtenagentur PAP, trotz Aufrufen des Papstes zu „Mäßigung“ würden die Streiks fortgesetzt, und für die kommenden Tage hätten weitere Organisationen Proteste angekündigt, darunter die Fluglotsen des internationalen Flughafens in Warschau, die Polizei, die Taxifahrer und die Lehrer. Direkt nach der Abreise des Papstes seien landesweit Besetzungen von Straßen und Brücken angekündigt. Walea wünscht jetzt Notstandsvollmachten, damit sein Kabinett notfalls am Parlament vorbei Wirtschaftsdekrete verhängen kann.

Quelle: Katholische Nachrichtenagentur, 11. Juni 1991 — (rül)

**Kuwait: Sechs weitere Todesurteile gegen Opposition**

Am 15. Juni hat ein Kriegsgericht in Kuwait sechs Beschuldigte der Tageszeitung „al Nida“ zum Tode und zehn weitere zu je 10 Jahren Haft wegen Unterstützung der irakischen Besetzung des Landes verurteilt. Unter den zum Tode Verurteilten ist auch eine Frau. Die Verteidigung der Angeklagten hatte während des Verfahrens mehrfach beklagt, daß viele „Beweise“ des als Hauptzeugen geladenen Polizeioffiziers aus nicht bekanntgegebenen „geheimen Quellen“ stammten. Gegen die Urteile ist wegen des Kriegsrechts in Kuwait keine Berufung mehr möglich. — (rül)

**Schweden: EG-Beitrittsantrag ohne Neutralitäts-Vorbehalt**

Zum 1. Juli wird die schwedische Regierung ihren Beitrittsantrag zur EG einreichen. Der Antrag wird ohne jeden Vorbehalt gestellt werden, d.h. im Gegensatz zu Österreich verzichtet die schwedische Regierung auf jeden Hinweis auf die schwedische Neutralität. Ministerpräsident Carlsson begründete dies im schwedischen Reichstag so: Nach der Auflösung des Warschauer Pakts, dem Rückzug der sowjetischen Truppen und der „Wiedervereinigung Deutschlands“ sei der Beitritt zur EG mit der schwedischen Verteidigungspolitik ohne Vorbehalt vereinbar. Man erwarte von der EG-Kommission auch keinen Beitrittszwang zu einem EG-Militärbündnis, behauptete er. Tatsächlich erwägt die schwedische Regierung offenbar eine stärker antisowjetische Außenpolitik im Bündnis mit der EG. In der Debatte im Reichstag betonte Carlsson das Interesse seiner Regierung, an der EG-„Sicherheitspolitik“ mitzuwirken, und warnte vor einer „destabilisierenden“ Krise in der Sowjetunion. Die Linksallianz und die Grünen erneuerten ihren Widerstand gegen einen EG-Beitritt des Landes, während die bürgerlichen Parteien die Regierung uneingeschränkt unterstützen. Ministerpräsident Carlsson und die Vorsitzenden der Konservativen und der Zentrumspartei erklärten, sie würden eine Volksabstimmung über den Beitritt zur EG befürworten. — (rül)

**Große Demonstrationen am Soweto-Tag in Südafrika/Azania**

Zehntausende Azanier gedachten am 16. Juni in großen Demonstrationen in über 80 Orten des Landes des Aufstandes von Soweto, mit dem am 16. Juni 1976 eine landesweite Aufstandsbewegung gegen das rassistische Südafrika begann. Mehr als 500 Schüler wurden im Verlauf des Aufstands erschossen, führende Mitglieder des PAC, darunter der verstorbene Präsident Zeph Mothopeng, wurden als Verantwortliche für den Aufstand zu langen Haftstrafen verurteilt. Die Aktionen und Kundgebungen richteten sich auch gegen die aktuelle Politik der Rassisten-Regierung, die die Forderungen der Befreiungsbewegungen nicht erfüllt. Die Gewerkschaftskongresse COSATU und NACTU, PAC und ANC wandten sich aus Anlaß des Soweto-Gedenktages an die Weltöffentlichkeit und fordern dazu auf, an den Sanktionen gegen Südafrika festzuhalten. Noch habe die Regierung keinen einzigen Schritt getan, der die Änderungen im Land wirklich unumkehrbar mache — noch immer lehne die weiße Herrschaft das Prinzip „ein Mensch, eine Stimme“ für die Wahlen ab und beansprucht das politische Mandat allein und exklusiv für sich. Noch immer seien viele politische Gefangene in Haft — die Regierung verweigert z.B. die Freilassung derjenigen, deren Todesstrafe in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt wurde, darunter die Sharpeville Six und die Upington 14. Alle bisher zugestandenen Rechte könnten nur von wenigen genutzt werden, denn ihre Nutzung — wie z.B. das Recht für Schwarze, Land zu erwerben — sei an Besitz gebunden. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vermerkt befriedigt, daß sich ANC, PAC und AZAPO nicht auf eine gemeinsame Aktion einigen könnten und so die Bemühungen um die Bildung einer gemeinsamen Front einen Rückschlag erlitten hätten. — (uld)



Mit einem viertägigen Streik haben die 35 000 Lohnabhängigen im niederländischen Malereigewerbe Lohnsenkungspläne der Kapitalisten und Angriffe auf die Lohnfortzahlung zurückgeschlagen. Bis zu 3700 Lohnabhängige beteiligten sich Ende Mai an den Streikaktionen, an einer Kundgebung in Utrecht nahmen 2300 Lohnabhängige teil (Bild). Die Kapitalisten hatten die Löhne „einfrieren“ und bei der Lohnfortzahlung zwei „Karenztag“ sowie eine Senkung der Lohnfortzahlung auf 80% durchsetzen wollen. Diese Angriffe wurden zurückgeschlagen. Der jetzt ausgehandelte zweijährige Tarifvertrag enthält außerdem eine Lohnerhöhung um 4,5% und Verbesserungen für Teilzeitbeschäftigte und behinderte Lohnabhängige. — (rül)

**Türkei: Kämpfe der Arbeiter nehmen zu**

Die Kämpfe der Arbeiterklasse in der Türkei weiten sich immer mehr aus, und zahlreiche Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bereitschaft zunimmt, die Regierung Özal, die zur zunehmenden Verschlechterung der Lage der Arbeiter beiträgt und sie immer mehr ins Elend drückt, auch mit einem längeren Generalstreik unter Druck zu setzen und womöglich zu stürzen. In den letzten sechs Wochen beteiligten sich nach verschiedenen Berichten fast 240 000 Arbeiterinnen und Arbeiter an Aktionen wie Essensboykotts, kollektiven Besuchen bei Verantwortlichen, Demonstrationen, Kundgebungen, Sitzstreiks, Arbeitsverlangsamungen und Streiks.

In Izmir besetzten am 5. Mai auch 200 Arbeiter das Gewerkschaftsgebäude. Die Gewerkschaft Türk-İş verhält sich ziemlich passiv und vertreibt nicht offenbar die Interessen der Arbeiter, die inzwischen ihre Sache selbst in die Hand nehmen. Nach der Kundgebung vom 2. Juni in Bursa, an der 60 000 Arbeiterinnen und Arbeiter teilnahmen, warnen die Arbeiter die Türk-İş davor, in einer Nacht- und Nebelaktion, ohne sie zu fragen, eine Einigung im Tarifstreit mit zu geringen Forderungen zu beschließen.

Am 4. Juni begannen die Tarifverhandlungen zwischen Türk-İş-Chef Yilmaz und dem Staatsminister Çiçek. Der Folgetermin am 6. Juni endete schon nach 15 Minuten, weil Çiçek einfach wegging. Trotzdem sprach Türk-İş noch von „Signalen der Einigung“.

Einige Vorsitzende von Einzelgewerkschaften, wie zum Beispiel Bayram Meral von Yol-İş (Straßenbau), beurteilten die Verhandlungen als gescheitert. Er erklärte, daß er kein Klima der Verständigung erkennen kann und er mit der Vorbereitung eines Streiks beschäftigt ist. Der erste Sekretär der Gewerkschaft Harb-İş erklärte: „Bis 1980 haben die Gewerkschaften das gelöst. Nach 80 begannen die Arbeiter das zu lösen. Und es werden wieder sie sein, die das lösen werden.“

Gewerkschafter, die den nachgiebigen Kurs von Türk-İş nicht mitfahren, werden schnell mit staatlichen Repressionsmaßnahmen und innergewerkschaftlichen Disziplinarausträsschüssen konfrontiert. So wurde am Abend des 5. Juni der Finanzsekretär Hasan Gülyasar der ersten Abteilung der Yol-İş von der politischen Polizei verhaftet. Arbeiter von Yol-İş äußerten ihre Empörung und erklärten, daß die eher passiven Aktionen nicht mehr ausreichen und sie an einen Blockade der E-5 denken.

Wie schon beim Streik von Zonguldak und dem Marsch auf Ankara sind die Arbeiter zum Generalstreik entschlossen und verfolgen mit ihm auch das Ziel, die Regierung zu stürzen. Ein Arbeiter von Yol-İş: „Es ist genau der richtige Zeitpunkt, Özal zu stürzen. Ich glaube daran, daß Özal durch die Bewegung der Arbeiterklasse gestürzt werden wird. Und das wird nicht mehr lange dauern.“ Ein städtischer Arbeiter aus Ankara: „Der Generalstreik ist jetzt keine Utopie mehr. Ein fünf- bis zehntägiger Generalstreik stürzt die Regierung. Die Arbeiter sind entschlossen. Durch den Druck der Basis werden die Gewerkschaftsvertreter zum Handeln gezwungen.“

Quelle: Kurdistán-Rundbrief 13/91 — (rül)

**Gegen Mafia — „saubere Politik“?****Referendum über Wahlrechtsänderung in Italien**

Die Organisatoren des Referendums vom 9./10. Juni jubeln: ein Schlag gegen die Mafia, ein Sieg für die Demokratie. 62,5 % der Wahlberechtigten, erheblich mehr als die vorgeschriebene Mindestzahl von 50 %, haben sich an der Abstimmung beteiligt. 95,6 % der Abstimmenden haben für die beantragte Änderung im Wahlgesetz über die Abgeordnetenkammer gestimmt. Bisher konnte man neben der Wahlliste einer Partei zusätzlich maximal vier Kandidaten dieser Liste eine Vorzugsstimme geben. Diese Vorzugsstimmen zählten dann bei der Entscheidung, welche Kandidaten die Parteien entsprechend ihren

Kampf gegen die Mafia nichts zu tun haben. Mafiose Wahlpraktiken setzen sich vor allem auf den unteren Wahlbezirken ab. Eine Änderung des Wahlrechts zur zentralen Abgeordnetenkammer ändert daran nichts. Aber auch die Entwicklungsgeschichte des Referendums weist in eine andere Richtung: Die jetzige Gesetzesänderung war ursprünglich Teil eines Vier-Punkte-Pakets, mit dem das Verhältniswahlrecht zugunsten eines Mehrheitswahlrechts gekippt werden sollte. Aufgrund von Gerichtsentscheidungen wurden drei Punkte nicht zum Referendum zugelassen, übrig blieb der Punkt Vorzugsstimmen.

Die Reaktionen zeigen, daß das Referendum als Einstieg in undemokratische Verfassungsänderungen benutzt werden soll. Über die Einführung eines Mehrheitswahlrechts wird wieder verstärkt diskutiert. Oppositionelle Kräfte, die bisher auch im Parlament eine Chance hatten, würden dadurch ausgeschaltet. Auch die Demokratische Partei der Linken (PDS) erträumt sich über das Mehrheitswahlrecht auf Kosten linker Opposition eine Stärkung. Andererseits sehen die Reaktionäre mit dem Referendum auch für ihre Pläne einer Präsidialherrschaft Aufwind. So deutete der Staatspräsident Cossiga das Referendum als Beleg, daß er das Parlament eigenmächtig auflösen könnte, wie er schon in den letzten Monaten behauptet hat. — (rok)

**Streik an der „Altstadtschule“****Norwegen: Widerstand gegen Schulschließungen in Oslo**

Seit Mitte April wird an der „Altstadtschule“ in Oslo gestreikt. Lehrer und Schüler verweigern, unterstützt von den Eltern, den Schulunterricht. In einer anderen Schule wurde eine Schulbesetzung beschlossen. Beide Schulen sollen zum nächsten Schuljahresbeginn geschlossen, eine weitere von neun Schuljahren auf die ersten drei gekürzt werden. Begrundet wird dies mit Sparmaßnahmen. Viele Eltern und Lehrer bezweifeln, daß dies der wahre Grund ist, zumal in Folge der Schließung hohe Kosten für den Ausbau der Schulen entstehen, die die Schüler der drei Schulen aufnehmen müssen.

Auffallend ist, daß die drei von der Schließung betroffenen Schulen im Osten Oslos und dort in „sozialen Brennpunkten“ liegen. Insbesondere trifft dies auf die „Altstadtschule“ zu. Sie war zunächst nicht in die Liste der betroffenen Schulen aufgenommen und ziemlich unvermittelt mit einer anderen Schule ausgetauscht worden, nachdem die rechte Mehrheit im Schulverwaltungsausschuß (Konservative und Rechtsradikale) den Antrag gestellt hatten.

An der 110 Jahre alten „Altstadtschule“ werden 85 Schüler unterrichtet, au-

ßer drei norwegischen sind dies alles Kinder von Einwanderern. Etwa die Hälfte kommt aus Pakistan, ein weiterer großer Teil aus Marokko, Türkei und aus Jugoslawien. Es wird Sonderunterricht in Urdu und Arabisch angeboten. Diese Leistung, so wird befürchtet, könnte bei der Verteilung der Schüler in andere Schulen entfallen.

Die Vertreterin der Partei der Rechten im Schulverwaltungsausschuß hat den Antrag auf Schließung dieser Schule damit begründet, daß keine reinen Einwandererschulen gewünscht sind. Dem hält das Aktionskomitee gegen die Schließung der Schule, dem auch Abwohner ohne schulpflichtige Kinder angehören, entgegen, daß vielmehr dem Problem der zunehmenden Slumbildung entgegengewirkt werden müsse. Das Gebiet solle, bspw. durch Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, wieder attraktiv zum Wohnen gemacht werden. Das Gegenteil wäre der Fall, wenn mit Wegfall der Schule ein kultureller Mittelpunkt fehlen würde. Gefordert wird das Recht auf eine wohnortnahe Schule — auch für Einwanderer.

Quelle: div. „Klassekampen“ (Norwegen) April/Mai 1991 — (ces)

**Spanien: Staatlicher Terrorismus****Zwei Polizisten wegen mehrerer Morde der „GAL“ angeklagt**

Am 11. Juni begann in einem gepanzerten Gerichtssaal in Madrid der Prozeß gegen zwei Polizisten. Ihnen wird vorworgehen, als Leiter der Terrororganisation „Antiterroristische Befreiungsgruppen“ (GAL) für zahlreiche Morde vor allem an Basken verantwortlich zu sein. Von 1983 bis 1987 kamen durch Aktionen der „GAL“ mindestens 23 Personen ums Leben. Die GAL soll bis in höchste spanische und französische Regierungskreise Verbindungen haben. Der spanische Regierungschef Gonzales und Innenminister Corcera sind als Zeugen geladen.

Die baskischen Befreiungskämpfer verpflichtete Partei „Herri Batasuna“ hat in einer Presseerklärung zur Prozeßeröffnung u.a. erklärt: „So wie das „GLADIO“-Netzwerk von der NATO eingerichtet war, als eine „schlafende“ Terrororganisation in Aktion zu treten im Fall eines Wahlsieges der revolutionären Linken oder einer starken Zunahme der Massenbewegung, so ist die „GAL“ ein konkreter Ausdruck von Staatsterrorismus ...“ Aber die spanischen herrschenden Mächte (die Finanzoligarchie, die Armee, der Staatsapparat) haben sich nicht auf die Anwendung des Terrorismus in den Jahren 1983 bis 1987 beschränkt: sie haben ihn vorher angewendet, und sie tun es seitdem.

Die Geheimdienste bildeten bereits unter der Regierung des von Franco eingesetzten Admiral Carrero Blanco (der 1973 von der ETA hingerichtet wurde) die erste faschistische Terrorgruppe, die die spanische Linke und baskische Patrioten während der 70er und 80er Jahre angriff. Die Tatsache, daß sie vom faschistischen Staatsapparat nicht verfolgt wurden, ermöglichte diesen Geheimdiensten und Gruppen, bis heute aktiv zu bleiben. Seit 1987 war auch Herni Batasuna das Opfer von zwei tödlichen Angriffen. Die spanische Regierung unter Gonzales hat alles in ihrer Macht stehende getan, um die Aufklärung der Verbrechen der GAL und die Bestrafung der Verantwortlichen zu verhindern ...“ Herri Batasuna ruft dazu auf, in Protestbriefen und -telegrammen die Aufklärung der Verbrechen der GAL und die Bestrafung der Verantwortlichen zu verlangen. Die Telegramme sollen gerichtet werden an:

Audiencia Nacional. Sección Tercera de 10 Penal, C/ García Gutiérrez 1. 28004 Madrid, Spain und an Consejo General del Poder Judicial. Paseo de la Habana 140. 28071 Madrid, Spain.

Quellen: Neue Zürcher Zeitung, 13. Mai 1991. Erklärung von Herni Batasuna, 22. Mai 1991 — (rül)

Nach Beendigung des Golfkriegs hat die türkische Regierung ihren Terror gegen die Bevölkerung in Nordwest-Kurdistan noch mehr verschärft. In der letzten Ausgabe der „Politischen Berichte“ hatten wir über die zahlreichen Protestaktionen berichtet, die vor allem in den kurdischen Gebieten gegen die sogenannten „Anti-Terror-Gesetze“ und die damit verbundenen Angriffe auf die kurdischen politischen Gefangenen berichtet. Die Hungerstreikaktionen wurden nach letzten Nachrichten am 13. Juni beendet, das Ergebnis ist noch nicht bekannt. Wir dokumentieren an dieser Stelle einige Berichte aus dem neuesten „Kurdistan-Rundbrief“, die zeigen, daß das türkische Regime in dem Versuch, den kurdischen Widerstand zu unterdrücken, auch vor der Ermordung von Kindern nicht zurückschrekt. Die Massenverhaftungen und die gewalttätige Entvölkerung ganzer Regionen halten unvermindert an. — (rül)

#### Militär schießt auf Konvoi Erklärung der IHD-Delegation

Die Vorfälle vom 10. Juni 1991 in Hazro und den umliegenden Dörfern wurde von einer 25-köpfigen Untersuchungskommission an Ort und Stelle untersucht. Der Kommission gehörten an: der IHD (Menschenrechtsvereins)-Vorsitzende der Sektion Diyarbakır, Hatip Dicle und das IHD-Vorstandsmitglied Hasan Beksek; der Kreissekretär von Diyarbakır der Partei HEP (Partei der Arbeit des Volkes), RA Sedat Yurtas sowie eine Parteidelegation des Vorstands; der Vorsitzende der Abteilung Diyarbakır der Gewerkschaft Petrol-Is (Erdöl) mit einer Gruppe Mitglieder des Gewerkschaftsvorstands, in- und ausländische Pressevertreter.

Diese Delegation bittet die Öffentlichkeit um Aufmerksamkeit für folgende festgestellte Umstände, die im nachfolgenden Untersuchungsbericht dargestellt werden, der von ihr verabschiedet worden ist:

1. Am 8. Juni wurde ein aus zehn Fahrzeugen bestehender Konvoi, der von Lice Richtung Silvan aufgebrochen war, um der Familie eines erschossenen Guerilleros einen Beileidsbesuch abzustatten, in der Nähe von Hazro aufgehalten und die Personalien aller Mitaufreisenden registriert. Nachdem dieser Vorfall in Hazro bekanntgeworden ist, kam eine Gruppe von 300 bis 350 Menschen mit Fahrzeugen nach Zergus Çeşmesi, dem Ort, an dem die aus Lice Gekommenen festgehalten wurden. Sie wurden umzingelt und bis zum nächsten Morgen dort

## Nordwest-Kurdistan: Nach dem Golfkrieg hat der Staatsterror weiter zugenommen

### Weitere Massenverhaftungen und Deportationen / 8-jähriges Mädchen durch Polizei getötet

festgehalten. Erst nachdem am nächsten Morgen Foto- und Videoaufnahmen von ihnen gemacht worden waren, wurden sie wieder freigelassen. Allerdings wurden der HEP-Kreisvorsitzende von Hazro, Mahfuz Mehmetoğlu und von der Gruppe aus Lice Riza Dinç, Cemal İzra, Samet Akdemir und Seygi Pehlivan festgenommen. Daraufhin gingen die Leute aus Hazro vor das Präfekturgebäude und wollten dort warten, bis die Festgenommenen wieder freigelassen werden. Das Militär schoß auf die vor dem Gebäude Wartenden und verletzte das zehnjährige Mädchen Linda Latifeci schwer.

2. Nach Bekanntwerden dieses Vorfalls brach am 9. Juni 1991 gegen 15 Uhr ein Konvoi von 70 bis 80 Fahrzeugen aus Silvan und Lice Richtung Hazro auf. Ihnen wurde in der Nähe des Dorfes Zohbirin von den Wachleuten des genannten Dorfes der Weg abgeschnitten. Auf Befehl der anwesenden Spezialteams schossen die Wachleute wild durcheinander auf den Konvoi. Dabei wurden Vedat Aydin, Ihsan Ülkü, Mehmet Yağmur und A. Vahap Uyanık verletzt. Danach wurde der Konvoi von Militäreinheiten umstellt und alle mußten bis zum nächsten Morgen im freien Gelände übernachten. Erst nachdem am darauffolgenden Tag um 14 Uhr die Personalkontrollen, Foto- und Videoaufnahmen abgeschlossen waren, durften sie weiterfahren.

3. Als unsere Delegation am 10. Juni 1991 zu Untersuchungen nach Hazro ging, begegnete sie dem gerade freigelassenen Konvoi, der nach Silvan zurückkehrte. Wir haben die Einschüsse an den Fahrzeugen mit den Nummernschildern 21 AD 152 und 21 EA 213 selbst gesehen. Wir haben auch Schußwunden bei einigen Menschen selbst gesehen. Als wir wegen unserer Untersuchungen zu dem Ort gingen, an dem die Menschen festgehalten worden waren, begegneten auch wir dem gleichen Klima des Terrors. Nach der Registrierung der Personalien, Foto- und Videoaufnahmen wurden wir und vor allem die Pressevertreter unter uns von den Polizisten und Soldaten schwer beleidigt und es wurden uns alle Filme beschlagen. Vor uns aller Augen wurden

Mitglieder unserer Delegation, vor allem eine deutsche Journalistin, entwürdigend behandelt.

4. Als wir nach Hazro gingen, erlebten wir eine sehr angespannte Lage. Der ganze Bezirk war von Spezialteamkräften eingekesselt. Eine Gruppe von 300 Menschen, Männer wie Frauen, machten gerade einen Sitzstreik vor dem Kreisbüro der Partei HEP, mit dem sie die Freilassung der Verhafteten forderten. Unsere Delegation erfuhr vom HEP-Kreisvorstand, daß sich eine Gruppe von 1500 bis 2000 Männern, Frauen und Kindern aus den Dörfern Beni, Licok, Halhal, Misrif, Zenge, Şimşim und Hundrof mit einem Schweigemarsch dem Provinzzentrum nähert. Nachdem wir erfahren hatten, daß auch Militäreinheiten in diese Richtung aufbrechen, ging unsere Delegation zu diesem Ort. Nach drei Kilometern, in der Nähe des Dorfes Hundrof, trafen wir auf eine Militärsperre. Der diese Militäreinheit kommandierende Major verlangte unter Drohungen, daß wir sofort umkehren. Er brachte zum Ausdruck, daß sich die Bauern mit Steinen und Stöcken wehren würden. Aber unsere Delegation hat durch die Unmengen leerer Patronenhülsen auf der Straße lebendige Beweise für den starken Staatsterror gegen die Bauern festgestellt. Wir waren gezwungen, nach Hazro zurückzukehren und nahmen dabei auch die von Soldaten durch Schläge auf den Kopf verletzte 60-jährige Fatma Çakırçı mit. Unsere Delegation ist ernsthaft besorgt, wie es für die Bauern weitergeht.

Durch diese Vorfälle zeigen sich die neuen Dimensionen der Staatsterrors in unserer Region, der durch das so bezeichnete Antiterrorter Gesetz legalisiert wird. Das natürlichste Recht unserer Menschen, ihr Recht auf Leben, ist ernsthaft bedroht. In der Region wird ein neues großes Massaker geprägt...

Es ist das Recht des kurdischen Volkes, auf seinem eigenen Boden frei und menschlich zu leben. Diejenigen, die dieses Recht verletzen, müssen wissen, daß sie nicht nur ein Verbrechen gegen unser Volk, sondern gegen die ganze Menschheit begehen. Der Staat muß diese illegale und unmenschliche Politik

schnell aufgeben und alle Kanäle für eine friedliche und demokratische Lösung der Kurdenfrage öffnen.

Die gesamte nationale und internationale Öffentlichkeit ist zur Solidarität mit unserem in die Zange genommenen Volk aufgerufen, und wir verurteilen diese Art illegaler Maßnahmen aufs Schärfste.

*Hatip Dicle / IHD-Vorsitzender der Sektion Diyarbakır, RA Sedat Yurtas / HEP-Bezirksvorsitzender, Mehmet Yıldız / Gewerkschaftsvorsitzender Petrol-Is, 11. 6. 1991*

#### Derik: Mädchen bei Polizeiangegriff auf Hungerstreikende getötet

Am 1. Juni führte in Derik ein Polizeitrupp einen etwa halbstündigen bewaffneten Angriff auf die hungerstreikenden Angehörigen und Freunde der politischen Gefangenen durch. Danach wurde die achtjährige Aysel Önen bewußtlos gefunden. Obwohl sie sofort ins Krankenhaus nach Diyarbakır gebracht wurde, konnte sie nicht mehr gerettet werden und starb. Die Polizei nahm vier Leute ihrer Familie fest und wollte sie damit dazu zwingen, die falsche Behauptung, das Mädchen sei nicht durch die Gewalt des Polizeiangegriffs, sondern einfach nur an Atemnot gestorben, zu bestätigen.

Außerdem wurde bei diesem bewaffneten Polizeiübergriff auch der elfjährige Junge Mustafa Zeren mit einem Schock ins Krankenhaus eingeliefert.

#### Malatya: Newroz-Prozeß

Am 28. Mai begann vor dem Staatsgericht Malatya der Prozeß gegen 30 kurdische Patrioten wegen Beteiligung an Newrozfesten. Sie sind alle seit dem 20./21. März in Haft. Am ersten Verhandlungstag wurden acht Angeklagte freigesprochen und freigesetzt, der Prozeß gegen die anderen 22 Angeklagten, unter ihnen auch der Bezirksvorsitzende der Partei HEP, geht noch weiter, sie sind auch weiterhin in Haft.

#### Von Spezialteams ermordet

Am 18. Mai führten Spezialteams in Zusammenarbeit mit drei Konterguerilla-

kräften einen Überfall auf das in Pazarçık gelegene Dorf Rovyan (Tilkiler) durch. Sie durchsuchten und verwüsteten die Häuser der Bauern und verlangten Lebensmittel von ihnen. Das als patriotisch bekannte Ehepaar Serindag weigerte sich, den Spezialteams etwas zu geben. Deshalb wurde es mit einem Kugelhagel beschossen. Obwohl sie ins Krankenhaus gebracht wurden, überlebte Mehmet Serindag nicht. Seine Frau Zehra liegt noch immer im Koma und befindet sich in Lebensgefahr.

#### Massaker in Pazarçık

Am 28. Mai ermordete die türkische kolonialfaschistische Armee auf grausame Weise in der Gegend zwischen den Dörfern Kamikan (Yarbaşı) und Dibiyen (Söğütlü) eine Gruppe von zehn Menschen, die sich neu der ARGK-Guerilla anschließen wollten. Die meisten der Gruppe waren unbewaffnet, einige von ihnen sind erst vor kurzem aus dem Gefängnis gekommen. Augenzeugen berichten davon, daß die Toten nicht wiedererkennbar waren und vermuten, daß Giftgas oder Flammenwerfer eingesetzt wurden. Außerdem fehlten ihnen zum Beispiel Augen oder Ohren.

#### Staatsterror gegen Nomaden und Hirten

Die Weiden der Nomaden wurden zu verbotenen Zonen erklärt. Am 22. Mai wurde den Nomadenstämme in Cizre-Botan der Zutritt zu ihren Weiden in den Bergen verwehrt, wodurch ihre Tiere durch die große Hitze in den Tälern an Krankheiten verenden. Damit wird zehntausenden Nomaden ihre einzige Quelle des Lebensunterhalts genommen. Die Kolonialisten wollen sie auf diese Weise dazu zwingen, die Region zu verlassen. Der Staat befürchtet, daß die Nomaden mit der PKK sympathisieren und sie die Befreiungskämpfer in den Bergen unterstützen. Diese Maßnahme wurde vor allem in Botan angewendet, wo der Befreiungskampf weitentwickelt und verankert ist.

Eine IHD-Delegation berichtete über Operationen in Kulp, bei denen etwa zwanzig Hirten, unter ihnen Kinder zwischen 11 und 13 Jahren, ohne jeden Grund festgenommen worden sind. Durch diese Verhaftungen haben sie die unbeaufsichtigten gebliebenen Tiere verloren. Außerdem wurde das Haus von Abdullatif und Sadik Gündüz unter dem Vorwand, es könne der Guerilla gehören, mit sämtlichen Inventar niedergebrannt und die beiden verhaftet.

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 13/91

## Süd-Euskadi: BRD-Konzerne unter Druck

### Gewerkschaftlicher und politischer Widerstand im Baskenland gegen EG-Kolonialpolitik

Süd-Euskadi (von Spanien beherrschter Teil des Baskenlandes) besaß früher den Ruf einer Region mit hoch entwickelter, eigenständiger Industrie. Doch was hat die Politik der EG und der spanischen Regierung daraus gemacht? Heute herrscht hier eine Arbeitslosigkeit von 23 Prozent mit wachsender Tendenz! Der Grund liegt in der drastischen Verkürzung der Industriebetriebe, vor allem in der Schiffsbauindustrie und der stahlverarbeitenden Industrie. In den letzten acht Jahren hat die Anzahl der Metallbetriebe um 55 Prozent abgenommen! Diese De-Industrialisierung ist nicht mit einem Strukturwandel zu verwechseln, denn in Süd-Euskadi werden keine anderen Industrien aufgebaut.

Entsprechend den EG-Planungen wird Süd-Euskadi die Rolle eines Hinterlandes für den Superhafen von Bilbao zugeschlagen. Was sich derzeit in Süd-Euskadi breitmacht, das ist spekulative Kapital (Versicherungen, Immobilien) und das sind die internationalen Konzerne, die hier hoffen. Standards an Ausbeutung durchzusetzen, die international zum Dammbruch bei Arbeitszeit, Löhnen, Flexibilisierung, sozialer Absicherung usw. führen sollen. Aber es gibt ein großes Hindernis auf diesem Weg: Das ist der Jahrhunderte dauernde, aufopferungsvolle Kampf der baskischen Arbeiter und des baskischen Volkes für politische und soziale Befreiung, wobei die betrieblichen Kämpfe zunehmend mit dem weitergehenden politischen Ziel der Befreiung verbunden sind.

#### Mercedes-Benz und SEAT

Die führenden BRD-Automobilkonzerne Mercedes-Benz und VW/SEAT stehen mit ihren Forderungen nach Unterwerfung unter Konzernbedürfnisse wie

Überzeit, Samstagsarbeit und Nacharbeiten auf wachsende Ablehnung in den baskischen Belegschaften. Mercedes-Benz unterschrieb letztes Jahr für seine vier Werke in Spanien einschließlich der Fabrik in Gasteiz einen Haustarifvertrag, der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Lohnnerhöhung bis 1993 festlegt. Aber es gab auch Kritik an diesem dreijährigen Tarifvertrag und an den abgehobenen Verhandlungen, die nur in Madrid geführt wurden. So lehnten die Betriebsräte der baskischen Gewerkschaft LAB diese Vereinbarung ab. Bei den Betriebsratswahlen 1990 erhielt dann LAB in Gasteiz doppelt soviel Stimmen wie bei der letzten Wahl. In der gewerkschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzung haben besonders zwei Gruppierungen an Einfluß gewonnen, auch wenn sie heute noch in den Betriebsräten die Minderheit stellen: Einmal die Linken in den CCOO (Arbeiterkommissionen, der KP Spaniens nahestehend) und dann LAB (Langile Abertzaleen Battordeak, Versammlung baskischer Arbeiter).

Bei SEAT in Landaben verlangte die Firmenleitung Anfang des Jahres die Zustimmung der Gewerkschaftsvertreter zur Samstagsarbeit. Als diese ablehnten, legte die Firma ein neues Angebot vor: 40000 Peseten Sonderzahlung (circa 635 DM) und Abfeiern der Überstunden in zusätzlichen freien Tagen. Außerdem sollten dann 170 Arbeiter befristet eingestellt werden, wenn der Arbeitstag um eine halbe Stunde verlängert wird, also 8.5 Stunden Arbeitszeit pro Tag. Dieser Firmenvorschlag richtete sich direkt gegen die Tarifforderung nach Arbeitszeitverkürzung. Trotzdem nahm die Mehrheit des Gewerkschaftsgremiums (entspricht unserem Betriebs-

rat) das Angebot an.

Dagegen stimmten die Linken in den CCOO und die LAB. Ein großer Teil der Belegschaft war ebenfalls nicht bereit, die Abmachung zu annehmen. Daraufhin zog die Direktion ihren Antrag zurück, stellte weitere 380 Arbeiter befristet ein und bot Freiwilligen Nachschichten an.

Die Gewerkschafter von LAB streben nach Einbeziehung der Belegschaft in die Verhandlungen, sind mißtrauisch gegenüber der Direktion, wollen die Belegschaft zum Kampf anregen und wollen die gewerkschaftliche Einheit erreichen.

Nach der UGT ist heute LAB die zweitstärkste Kraft im Betriebsrat von SEAT Landaben, während die offizielle CCOO bei den Gewerkschaftswahlen im Dezember 1990 stark verloren hat.

#### Die Bedeutung von LAB

Die Durchdringung der Wirtschaft mit multinationalem Konzernen nimmt dem baskischen Volk die Möglichkeit, Grundlagen für eine wirtschaftliche Erholung aufzubauen und zu festigen. Das wirtschaftliche Leben wird einseitig ausgerichtet auf die EG-weiten Monopolinteressen. Die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Das derzeitige Verhältnis von Zeitarbeitsverträgen zu festen Verträgen beträgt 30 Prozent, in einem Zeitraum von vier oder fünf Jahren könnten 50 Prozent schon Wirklichkeit sein.

Der Anpassungsprozeß an die EG-Bedürfnisse ruft natürlich Widerstand hervor. In Süd-Euskadi hat dieser Widerstand bestimmte Bedingungen, weil der Kampf der baskischen Arbeiter und hier von LAB die Festigung der Madrider Hegemonie behindert. Die anderen



Die baskische Gewerkschaft LAB versteht sich als Teil des Prozesses der nationalen und sozialen Befreiung der Basken und setzt sich für die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und eine auf die gesamte Volkswirtschaft bezogene vermehrte Planung ein. Bei den Gewerkschaftswahlen Ende 1990 (hier ein Bild mit den Kandidaten von LAB) errang LAB große Stimmengewinne und wurde in den Werkstätten bei VW/SEAT Landaben und Mercedes-Benz Gasteiz zweitstärkste Gewerkschaft. LAB setzt sich für Belegschaftsversammlungen und dortige Abstimmungen ein.

Gewerkschaften sind gezwungen, sich dem Kampf der gesamten Befreiungsbewegung anzuschließen. Die Madrider Regierung ist gezwungen, Fonds zur Anhebung der Beschäftigung ebenso anzubieten wie vorzeitige Pensionierungsregelungen. Die staatliche Befriedungspolitik ist immer mehr oder weniger beschränkt, weil die Politik der Unterordnung auch das Staatsdefizit erhöht, die Inflation beschleunigt, den Staatsaus-

halt aufbläht usw. Damit hat der soziale Konflikt in Süd-Euskadi der Madrider Regierung nicht nur zusätzliche wirtschaftliche Kosten beschert. Er ist auch ein sehr wichtiger Faktor des sozialen und politischen Widerstandes im spanischen Staat.

Quellen: Informationen von LAB Sector Metales, Irunea (Navarra) — 31001, C. Nueva, 2-3. Zeitung „COMBATE“, verschiedene Ausgaben. — (ros)

## DDR-Annexion: Auswirkung im öffentlichen Dienst

### Diskriminierung der Beschäftigten, Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse

Das BVG hat die Errichtung einer funktionsfähigen Verwaltung in der ehemaligen DDR für so gewichtig befunden, daß selbst die Einschränkung von Grundrechten gerechtfertigt wird. Mit verschiedensten Maßnahmen versucht der westdeutsche Staatsapparat, diese Verwaltung zu installieren — wie es scheint, mit mäßigem Erfolg. Die Auswirkungen auf die Beschäftigungsverhältnisse sind bereits spürbar. Sie greifen Arbeitsbedingungen und Einkommensniveau

der Beschäftigten im öffentlichen Dienst an. In den Gewerkschaften führt dies zu Spannungen. So halten die einen das ABM-Programm, die Durchmischung der Verwaltung und die Übertragung des BAT/BMT-G auf die ehemalige DDR für erforderlich, während andere erkämpfte Positionen wegbrechen sehen. Am Beispiel Berlins, das durch seine Besonderheit die Auswirkungen direkter erfährt, soll auf einige Punkte eingegangen werden. — (har)

Ein wesentliches Mittel, die Diskriminierung bestimmter Tätigkeiten zum Ausdruck zu bringen, besteht in der Bezahlung. Im öffentlichen Dienst herrscht ein streng hierarchisches Vergütungssystem; für die Höhe des Einkommens und das Fortkommen des einzelnen ist es nicht nur wichtig, wo er eingruppiert wird, sondern auch mit welchen anrechenbaren Berufs-/ Dienstjahren.

Im März wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, der ab 1. Juli die Übernahme des Vergütungssystems nach dem BAT bzw. des Lohnsystems nach dem BMT-G vorsieht und zwar in einer Höhe von 60 % des westlichen Niveaus. Seitdem herrscht permanenter Ausnahmestand in den Personalabteilungen. Voraussetzung für die Bezahlung nach Westtarif ist die vorherige Eingruppierung in eine Vergütungsgruppe bzw. Lohngruppe und davor wiederum eine exakte Beschreibung der jeweiligen Tätigkeit. Unterschiedliche Auffassungen zwischen Beschäftigten und Vorgesetzten bleiben da nicht aus, lautet doch die Vorgabe des öffentlichen Dienstherrn, daß die Verteilung der Einkommens-/ Lohngruppen derjenigen in Westdeutschland zu entsprechen hat. Da die Beschäftigten in der ehemaligen DDR in der Regel jedoch alle mindestens eine Ausbildung als Facharbeiter haben und häufig zusätzliche, teils akademische Qualifikationen vorweisen können, kann dies nur durch einen Gewaltakt, sprich Abwertung, geschehen.

Heftige Kritik hat vor allem die Tatsache hervorgerufen, daß die Beschäftigungszeiten in Dienststellen der ehemaligen DDR nicht anerkannt werden sollen. Die Bundesregierung betrachtet

sich nicht als Rechtsnachfolgerin des DDR-Staates, folglich wird der öffentliche Dienst der DDR nicht übernommen, sondern die Beschäftigten werden zum 1. Juli neu eingestellt. Zwar hat das BVG in dem sogenannten Warteschleifenurteil hierzu Gegenstelleges festgelegt (vgl. Politische Berichte 12/91), es gibt aber keine Anzeichen dafür, daß die Bundesregierung ihre Haltung ändert. Allerdings macht auch die ÖTV keine Anstrengungen. Nachverhandlungen einzufordern. Da die DDR-Beschäftigten in der Regel auch wesentlich längere, meist ununterbrochene Beschäftigungszeiten haben, wird diese Diskriminierung im Geldbeutel deutlich spürbar sein.

Die Auswirkungen dieses Abschlusses haben für Berlin besondere Bedeutung. Da mittlerweile die Verwaltungseinheit besteht, aber geteiltes Tarifrecht gilt, führt die Nichtanerkennung von Beschäftigungszeiten zu zusätzlicher Diskriminierung und unterschiedlichem Einkommensniveau in den beiden Stadtteilen. Die Reaktion der Beschäftigten sowie der Personalräte war entsprechend scharf; in Verhandlungen auf bezirklicher Ebene wurde erreicht, daß wenigstens in Fragen wie Kündigungsfristen und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die nämlich ebenfalls von der Beschäftigungszeit abhängen, eine Gleichstellung stattfindet.

Auf die Auswirkungen der Nichtanerkennung von Beschäftigungszeiten für den Bewährungs- und Zeitauftrag hat der Hauptpersonalrat rechtzeitig in einem Schreiben an die Senatsverwaltung für Inneres hingewiesen: „... Wenn es tatsächlich zu solch einer Rege-

lung im Tarifvertrag kommen sollte, weisen wir Sie auf einige Punkte hin, die den Beschäftigten im Ostteil der Stadt und in den 5 neuen Ländern nicht zu erklären wären. Eine 40jährige Krankenschwester, die 20 Jahre lang im selben Krankenhaus arbeitet, würde nach Kr. IV, Fallgr. 1, Lebensaltersstufe 8 eingruppiert. Am 1. 7. 1993 würde sie nach 2-jähriger Tätigkeit in die Kr. V, Fallgr. 1 höhergruppiert, nach weiteren 4 Jahren käme sie am 1. 7. 1997 in die Kr. Va. Fallgr. 7. Eine Krankenschwester, die am 30. 6. 1991 60 Jahre alt würde und die seit 40 Jahren ihren Beruf im selben Krankenhaus als Krankenschwester ausführt, käme nach dieser Regel nicht mehr in die Kr. IVa ... Eine 60jährige MTA, die ihren Beruf seit 35 Jahren ausübt, würde wie eine Berufsanfängerin in die Vgr. BAT VII, Fallgr. 27 eingruppiert werden ...“

Diese Beispiele könnten von uns für alle Berufsfelder im öffentlichen Dienst aufgeführt werden. Wir ersparen es uns und verbleiben bei den hier aufgezeigten exemplarischen Eingruppierungsmustern.

Es ist von niemandem einzusehen, daß man eine Tätigkeit über Jahrzehnte erfolgreich ausübt, und dann von einem fiktiven Datum an Tätigkeits- und Bewährungszeiten erneut ableisten muß ... Um soziale Spannungen in wieder vereinten Berlin und die Abwanderung von qualifizierten Kräften aus dem Ostteil der Stadt und den 5 neuen Ländern zu vermeiden, erwarten wir von Ihnen, daß Sie sich ... als Mitglied der TdL dafür einsetzen, daß Tätigkeits- und Bewährungszeiten vor dem 1. 7. voll ... angerechnet werden.“



Innensenator Heckelmann auf Besuch im Grundbuchamt des Berliner Bezirks Pankow. Mit öffentlichen Besuchen und scheinheiligem Mitgefühl für die schlechten Arbeitsbedingungen soll dem Unmut der Beschäftigten begegnet werden.

## Durchmischung der Verwaltungen

### Berliner Senat: „Freiwilligkeit mit begrenzten Anreizen“

Auf vielfältige Weise versuchen Bundes- und Länderregierungen derzeit, Beamte und Angestellte für einen Einsatz im öffentlichen Dienst auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu bewegen. Doch weder finanzielle Anreize noch öffentliche Appelle haben bisher zu nennenswertem Erfolg geführt. Inzwischen wird deshalb offen über Möglichkeiten der Zwangsausbildung/-versetzung für Beamte und Angestellte bzw. über gegebenenfalls notwendige Gesetzesänderungen diskutiert.

Seit dem 3. Oktober 90 ist Berlin eine Verwaltungseinheit. Obwohl hier bestimmte Probleme wie z. B. das der Familientreffen, doppelten Haushaltsführung usw. nicht auftreten, hält sich gerade hier die Begeisterung für „Pionieraktivität“ im Ostteil der Stadt stark in Grenzen. Ein öffentlicher Aufruf an pensionierte Staatsanwälte und Richter erbrachte das für die Verwaltung beschämende Ergebnis von 2 Interessenten aus diesem Personenkreis.

Inzwischen sind es zwar mehr, aber für die die Überstülpung der Verwaltung entstandenen Probleme noch lange nicht genug. Deshalb hat der Senat am 16. 4. Maßnahmen ergriffen, um diesen Zustand zu ändern. In einer ersten Vorlage steckte sich der Senat das Ziel, im Laufe dieses Jahres 10 % aller Mitarbeiter im Verwaltungsbereich zwecks Personalhilfe in den Ostteil Berlins zu schicken. Geldprämien von 3000 Mark bei sechsmonatiger erfolgreicher Tätigkeit, wahlweise 3 Wochen Urlaub, bessere Aufstiegsschancen (z. B. durch Vorrangshandlung von Dienstaltersstufen) sowie Erleichterung der Abgeltung von Überstundenarbeit, die aufgrund des fehlenden Personals im Westteil entstehen, waren als Anreize geplant.

Von diesen Zielvorgaben rückte der Senat in der nun beschlossenen Fassung ab. Jetzt sollen nur noch „möglichst viele Mitarbeiter“, diese allerdings ohne direkte finanzielle Anreize, zur Personalhilfe nach Ostberlin. Alle tarifrechtlich fragwürdigen Belohnungssysteme (Prämie, mehr Urlaub) wurden wieder gestrichen. Lediglich die Aussicht auf zügigere Beförderung/Höhergruppierung („... über den Einsatz ... wird ein spezieller Dienstleistungsbericht zu den Personalakten genommen“) wird Beamten und Angestellten versprochen.

Angesichts des Umfangs der Maßnahmen und der Tatsache, daß 20 % der ABM-Vergütungen aus dem Berliner Landeshaushalt kommen, muß mit Angriffen auf das Erreichte gerechnet werden. Innensenator Heckelmann hütete sich jedenfalls, eine von ihm auf der Gesamtberliner Personalrätekonferenz diesbezüglich geforderte Zusicherung zu geben.

Quellen: Der Tagesspiegel, die taz von April und Mai 91; Vorlage für die BV-Sitzung der ÖTV Berlin

aus beiden Stadthälften, etwa 400 davon sind „brauchbar“, nach 14 Tagen waren es zwar immerhin 900, seitdem sind keine Zahlen mehr genannt worden (auch 6 Wochen nach Einrichtung der Personalbörse sprach Innensenator Heckelmann auf einer Gesamtpersonalrätekonferenz noch immer von 900 Freiwilligen). Um einen Vergleich mit dem ursprünglich angestrebten Umfang zu ziehen: 10 % der Beschäftigten im Verwaltungsbereich wären etwa 10000!

Da auch der Senat nicht so recht an das „Wir-sind-ein-Volk“-Gefühl seiner Beschäftigten glaubt, hat er sich auch gleich Möglichkeiten vorbehalten, durch Zwangsmassnahmen die Verwaltungseinheit herzustellen. „Sollten nicht genug Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zur Personalhilfe bereit sein, so muß auch geprüft werden, in welchem Umfang auch ohne Zustimmung des Betroffenen ein befristeter Arbeitsplatzwechsel vorgesehen werden kann.“ Und er hält gleich fest, wer wohin versetzt werden kann: „a) Angestellte aus dem gesamten Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Inneres und aus den Bezirksämtern (West) in ein Bezirksamt (Ost), b) Lehrkräfte aus dem gesamten Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Schule, Berufsbildung und Sport und aus den Abteilungen Volksbildung der Bezirksämter (West) in ein Bezirksamt (Ost).“

Hier setzt dann allerdings die Kritik der Gewerkschaften und des Hauptpersonalsrates ein. Obwohl grundsätzlich einer Meinung mit dem Senator in bezug auf die Notwendigkeit der Durchmischung, setzen sie ausschließlich auf Freiwilligkeit und Befristung. Letzteres deshalb, weil die benötigten Fachkräfte aus dem Bereich des mittleren bis gehobenen Dienstes kommen müssen und ansonsten die Gefahr besteht, daß die Ostberliner Beschäftigten auf den unteren Rängen der Hierarchie sitzen bleiben.

Was hält nun die Mehrzahl der Beschäftigten in Westberlin ab? Zwei Gründe werden — mehr nebenbei — in der Senatsvorlage angesprochen. Der eine Grund liegt in der bereits seit langem knappen Personalausstattung in Westberlin. Hierzu heißt es in dem genannten Papier: „... der Weggang von

Mitarbeitern (kann) die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen im bisherigen West-Berlin beeinträchtigen. Bisher wird Verwaltungshilfe in dem Umfang geleistet, wie es im Hinblick auf die Arbeitsaufgaben vertretbar ist. Vorübergehende Verzögerungen oder Einschränkungen im bisherigen West-Berlin werden unumgänglich werden.“

Der zweite und vermutlich wesentlichere Grund dürfte in der letztlich noch immer ungeklärten Tarifsituation liegen. Denn obgleich einerseits die Verwaltungseinheit besteht, gilt in Berlin geteiltes Tarifrecht.

Quellen: div. Tageszeitungen vom April. Senatsvorlage 225/91

## 30 000 ABM-Maßnahmen für Ostberlin

### Mit der Größe erhält das Programm für die Beschäftigten eine neue Qualität



Noch vor wenigen Jahren waren Aktionen gegen ABM-Maßnahmen selbstverständlich (hier Jugendliche vor dem Sitz der Senatsverwaltung für Arbeit und Betriebe). Heute erhoffen sich viele eine solche Stelle — trotz aller Bedenken.

Knapp 170000 Arbeitslose (davon etwa 80000 in Ostberlin), 90000 Kurzarbeiter und rund 30000 Beschäftigte in der Warteschleife, das ist die derzeitige Arbeitsmarktsituation in Berlin. Nicht wenige der Ostberliner Arbeitslosen sowie praktisch alle in der Warteschleife sind Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gewesen. Mit Hilfe eines großangelegten Arbeitsbeschaffungsprogramms (ABM) soll ein Teil der Arbeitslosigkeit aufgefangen werden. War in den Koalitionsvereinbarungen von CDU und SPD noch von 20 bis 25 000 ABM-Stellen die Rede, so plant man inzwischen den Einsatz von 30 bis 40000 im Ostteil der Stadt. Bisher gab es ca. 6000 in Westberlin.

Bedeutet schon die Anzahl eine neue Qualität, so erst recht die geänderten Bedingungen für die Bewilligung von ABM-Stellen:

— ABM-Stellen können nicht nur von Einrichtungen des öffentlichen Dienstes sowie Freien Trägern beantragt werden, sondern auch von Privatfirmen. Einzige Bedingung ist, daß ihnen keine „Wettbewerbsvorteile“ daraus entstehen dürfen.

— Bisher wurden Arbeitslose erst nach

einem Jahr in ABM-Stellen vermittelt. Diese Wartezeit entfällt nicht nur, sondern es soll sogar ermöglicht werden, direkt aus einem Arbeitsverhältnis in eine ABM-Stelle zu wechseln. Ganz konkret bedeutet dies, daß Beschäftigte — statt arbeitslos zu werden — ihr Arbeitsverhältnis ruhen lassen und ihre bisherige Tätigkeit als ABM-Beschäftigte (beim selben Arbeitgeber oder bei derselben Dienststelle) weiterführen können.

— Das Ganze hat natürlich nur Sinn, wenn die Bestimmung, daß ABM-Beschäftigte keine Planstellenarbeit verrichten dürfen, entfällt.

— Neu ist auch, daß die Höchstdauer von 2 auf 3 Jahre heraufgesetzt wurde.

— Allein 12000 ABM-Stellen pro Jahr werden im Bereich der Landschaftspflege eingesetzt, 1300 im Ostberliner Gesundheitswesen. Weitere Tätigkeitsfelder sind Kindertagesstätten und Altenheime. (So plant die brandenburgische Arbeitsministerin, grundsätzlich jeweils 1/3 der Beschäftigten z. B. in Kitas oder Beratungsdiensten der Polikliniken über ABM-Programm zu finanzieren.) Die Ostberliner Bezirksämter erhalten jeweils 250 ABM-Beschäftigte. Insgesamt

sind 8 bis 9000 ABM-Stellen in der Ostberliner Verwaltung vorgesehen; das entspricht einem Beschäftigtenanteil von fast 15 %. Die Kritik am ABM-Programm ist verhalten und schwach: Die inhaltliche Arbeit leide unter ständigem Wechsel, ein Argument, das bei dreijähriger Dauer entwertet wird und eher zu noch längeren Bewilligungszeiträumen führt. Von Seiten der ÖTV kommt Kritik an dem geringen Anteil und niedrigen Niveau an Weiterbildung während der ABM-Zeit. Sie fordert die Verpflichtung der Antragsteller auf Übernahme eines bestimmten Prozentsatzes der ABM-Beschäftigten in feste Arbeitsverhältnisse. Die Forderung nach Abschaffung des ABM-Programms, obwohl Beschlußlage in der ÖTV, ist in der gegenwärtigen Situation wieder umstritten. Insbesondere die Mitglieder im Ostteil der Stadt knüpfen größtenteils überhöhte Hoffnungen daran.

Die negativen Auswirkungen eines solch umfangreichen ABM-Einsatzes auf die Arbeitsbedingungen insbesondere im öffentlichen Dienst sind absehbar und zum Teil schon eingetreten. Z. B. sollen die für die Wohngeldbewilligung genehmigten ABM-Beschäftigten in den Bezirksämtern im Schichtbetrieb arbeiten, ein absolutes Novum für Verwaltungsangestellte. Zu befürchten ist aber auch Druck auf die Einkommenshöhe. Ist es doch erst wenige Jahre her, daß die Bezahlung der ABM-Beschäftigten nach Höhe und Eingruppierung dem BAT/BMT-G angeglichen worden ist. Und noch immer fallen sie nicht unter das Berliner Personalvertretungsgesetz.

Angesichts des Umfangs der Maßnahmen und der Tatsache, daß 20 % der ABM-Vergütungen aus dem Berliner Landeshaushalt kommen, muß mit Angriffen auf das Erreichte gerechnet werden. Innensenator Heckelmann hütete sich jedenfalls, eine von ihm auf der Gesamtberliner Personalrätekonferenz diesbezüglich geforderte Zusicherung zu geben.

Quellen: Der Tagesspiegel, die taz von April und Mai 91; Vorlage für die BV-Sitzung der ÖTV Berlin

## Hetze gegen Flüchtlinge

Faschisten und CDU nutzten Bürgerschaftswahlkampf

2,3 % bzw. 18337 Stimmen gaben die faschistischen Organisationen bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, davon 9966 (1,2 %) die Republikaner und 5844 (0,7 %) die HLA (Hamburger Liste für Ausländerstopp). Mit weitgehend übereinstimmenden Forderungen haben diese Organisationen und die Hamburger CDU die Bürgerschaftswahlen zum Anlaß genommen, ihre Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge zu intensivieren.

Demagogisch behaupten sie, Hamburg werde von einer „Asylantenflut“ überschwemmt. Die „Flut“ bestand 1990 aus 20134 registrierten Asylbewerbern, das sind unter 1 % der Wohnbevölkerung. Selbst wenn sich weitere 20000 nichtregistrierte Flüchtlinge in Hamburg aufhalten würden, wäre das immer noch eine lächerlich geringe Zahl angesichts der weltweiten Flüchtlingsströme. Nach Schätzungen des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge befanden sich 1990 17 Millionen Menschen auf der Flucht. Von diesen nahmen und nehmen die Staaten der Dritten Welt trotz eigener Armut 90 % auf, wobei der Anteil der Flüchtlinge an der gesamten Bevölkerung teilweise über 20 % beträgt; in der BRD sind es insgesamt nur 0,3 %.

Übereinstimmend fordern CDU und die faschistischen Organisationen die sofortige Abschiebung aller abgelehnter Asylbewerber. Das bedeutet, daß sie auch den Schutz, den die Genfer Flüchtlingskonvention bietet (z. B. keine Abschiebungen in Bürgerkriegsgebiete), abschaffen wollen. Einig sind sich CDU, Reps usw. auch darin, daß die eher menschenwürdigen Lebensbedingungen der Flüchtlinge noch unerträglicher werden müssen. Sie fordern Gemeinschaftsunterkünfte einfacher Art, Gutscheine statt Geld, „gemeinnützige“ Zwangsarbeit.

Die Annäherung des SPD/FDP-Senats an CDU-Forderungen ist erschreckend weitreichend. Wie die CDU will der Senat den Rechtschutz für Flüchtlinge weiter einschränken, z. B. durch Verkürzung des Rechtsweges bei Asylgerichtsverfahren. Der Gesetzesantrag von Nordrhein-Westfalen, der Asylverfahren grundsätzlich auf eine Instanz beschränken will und damit die Möglichkeit von Berufung und Revisionsverfahren beseitigt, wird vom Senat unterstützt.

Bei den Abschiebungen liegt Hamburg ganz vorn: 1990 waren es 782, in diesem Jahr bereits 347. Innensenator Hackmann „Hamburg schiebt damit vergleichsweise mehr ab als andere Bundesländer, auch CDU-regierte“. Mit als erster hat Hackmann auch die Forderung Stoibers (CSU) nach drastischer Einschränkung

der Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge unterstützt.

Gutscheine statt Geld lehnt der Senat zwar bisher ab, nicht aber die Kürzung der Sozialhilfeleistungen. Die durchschnittlichen monatlichen Kosten für Lebensunterhalt und Unterkunft pro Flüchtling sanken von 417,- DM 1987 auf 324,- DM 1989. Der leichte Anstieg im Jahr 1990 auf 367,- DM liegt vermutlich an den gestiegenen Unterkunftskosten. Seit Anfang letzten Jahres wird Flüchtlingen in Hamburg, insbesondere denjenigen, die Asylfolgeanträge stellen, die Sozialhilfe um 20 % gekürzt.

CDU, HLA usw. behaupten, daß fast alle Flüchtlinge das Asylrecht missbrauchen. Als Beleg dafür verweist die CDU auf die niedrigen Anerkennungsquoten bei den Asylverfahren. Richtig ist, daß die Anerkennungsquote seit Anfang der 80er Jahre stetig sinkt. Das liegt vor allem daran, daß die Verwaltungsgerichte die Kriterien für „politische Verfolgung“ in den letzten Jahren kontinuierlich verschärft haben.

Beispiel: Die meisten Flüchtlinge, die lt. Statistik aus der Türkei kommen, sind Kurden. In Hamburg waren sie 1989 und 1990 die deutlich größte Gruppe, die einen Asylantrag stellte. Seit Jahrzehnten werden die Kurden in Nordwest-Kurdistan von der türkischen Regierung unterdrückt und verfolgt. Dagegen führt das kurdische Volk seit 1984 einen bewaffneten Befreiungskrieg. Wegen dieses Widerstandes — so ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts — haben Kurden in der BRD kein Recht auf politisches Asyl, oder anders ausgedrückt: Ihre Verfolgung durch den türkischen Staat ist nach Auffassung des Gerichtes legitim, weil sie der Herrschaftssicherung dieses Staates dient.

Auch die Tatsache, daß eine Regierung ihren Herrschaftsanspruch gegenüber der Bevölkerung mit terroristischen Mitteln durchsetzt, ist seit 1983 nicht mehr asylrechtsrelevant. Damals urteilte das Bundesverfassungsgericht, daß z. B. drohende oder erlittene Folter „nicht stets als politische Verfolgung zu qualifizieren“ sei (BVerfG-Urteil vom 17.5.1983). Bereits 1982 hatte das Verwaltungsgericht Karlsruhe Folter zum traditionellen Kulturgut mancher Länder erklärt und als Asylgrund zurückgewiesen: „Die Folterung Inhaftierter stellt eine in der Türkei seit eh und je auch unter dem demokratischen Regime geübte Praxis dar, die praktisch allgemein ist, also auch „gewöhnliche“ Kriminelle trifft“ (Urteil vom 2.3.1982).

Trotz drohender Gefängnis- und Todesstrafen wird in die Türkei abgeschoben, 1990 von Hamburg aus 470 Flüchtlinge. — (bab)

## ZAST: Flüchtlinge stürmten die Ausländerpolizeibehörde

**Karlsruhe.** Verzweifelte Flüchtlinge stürmten am 23.5.91 die Ausländerpolizeibehörde in der ZAST, um eine Entgegennahme ihrer Asylanträge durchzusetzen. Die Zahl der wartenden Flüchtlinge war auf mehrere Hundert angewachsen. Viele Flüchtlinge hatten schon bis zu zwei Wochen jeden Tag mehrere Stunden in der Schlange angestanden, ohne soweit zu kommen, ihren Antrag stellen zu können. Die Ausländerpolizei weigert sich, Nummern an die Flüchtlinge auszugeben. Wer an einem Tag nicht mehr dran kommt, muß von neuem anstehen. — Die alarmierte Polizei nahm zwei Albaner fest, eine schwangere Frau mußte verletzt ins Krankenhaus. Die Polizei sicherte mit Sperrgittern und Hunden die Asylantragstelle. Seither hat sich an dem Verfahren der Antragstellung nichts geändert, aber neun Polizisten sind dauernd in der ZAST. — (bab)

## Besser eins mit dem Gummiknöppel als mit der Faust“

**Hannover.** Diese menschenfreundliche Haltung zeigte auf einer „Pressekonferenz“ von Compass und „Anliegerverein Passerelle“ einer der schwarzen Sheriffs. Bedrohlich müsse man schon wirken. Alle Einsätze dieser Privatarmee werden auf Video- und Tonband aufgezeichnet, aber nicht nur die, es wird auch so verdeckt gefilmt in der Passerelle. Das Bildmaterial wird dann so genannten Opfern zur Identifizierung von sogenannten Tätern vorgelegt. Die Gabl will das rechtswidrige Vorgehen der Compass-Leute mit eidesstattlichen Erklärungen von Betroffenen nachweisen und fordert die Stadt zu Maßnahmen auf. 300 Betroffene nahmen am 31.5., etwa 70 am 1. Juni an Kundgebungen in der Passerelle teil. Gefordert wurde die sofortige Rücknahme der Kündigungen von Mecki-Laden (Kontaktladen für Wohnunglose) und Cafe Connection, die Aufhebung der Passerellenordnung und das Verbot des privaten Wachdienstes. — (rec)

## Solidarität mit dem Hungerstreik in Kurdistan

**Karlsruhe.** Rund 50 kurdische und einige deutsche Leute von ERNK und Kurdistan Komitee Karlsruhe führten am 12. Juni eine fünfstündige Kundgebung vor der Hauptpost in der Karlsruher Innenstadt durch. Sie unterstützten damit den Hungerstreik der rund 2000 politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen sowie ihrer Angehörigen in Kurdistan und der Türkei gegen das neue „Antiterror“-Gesetz in der Türkei. Die ganze Zeit über wurden Ansprachen in kurdischer, türkischer und deutscher Sprache gehalten und kurdische Musik und Tänze vorgetragen. Eine Grußadresse wurde an die Angehörigen der Gefangenen nach Diyarbakir geschickt. — (rub)

## 6000 Abschiebungen in Niedersachsen geplant

**Hannover.** Im Rahmen der bundesweiten Aktionen gegen die ab 1.7.1991 vom Bundesinnenminister verfügten Abschieberegelungen wurden am 10./11.6. Aktionen in Hannover durchgeführt. Der Demonstrationsaufruf des niedersächsischen Flüchtlingsrats wurde von einem hannoverschen Aktionsbündnis aus verschiedenen Ausländerinitiativen unterstützt. Ca. hundert Beteiligte — Ausländer und Deutsche — forderten uneingeschränktes Asylrecht. Eine Delegation der Demonstranten setzte sich gegenüber den Beschäftigten des Ordnungsamtes für den Erhalt der bishergen Duldungserlaße und für ein Bleiberecht nach den Flüchtlingsbestimmungen der Vereinten Nationen ein. Am 11.6. protestierten Flüchtlinge vor dem Innenministerium. Sie wiesen u.a. mit einem Transparent auf einen Hungerstreik in Salzgitter gegen befürchtete Massenabschiebungen hin. Ein Vertreter des Innenministeriums erklärte gegenüber den Demonstranten, daß die Landesregierung das neue Ausländergesetz ablehne. Eine weitere Duldung komme insbesondere bei individueller Bedrohung durch Folter oder Todesstrafe in Betracht. Nicht berücksichtigt werden könnten die Verfolgung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Auch die Gefahr einer nach der Rechtsordnung des Heimatstaates gesetzmäßigen Bestrafung könne die Abschiebung nicht verhindern. Im Juli sollen 2000 bis 3000 Flüchtlinge verschiedener Nationalität und bis Oktober eine ähnliche Anzahl Kurden ausgewiesen werden. Der Innenminister sieht darin keine Massenausweisungen. Am 28.6. findet in Oldenburg die erste Tagung über „kulturelle Vielfalt in Niedersachsen“ statt. — (bee)

## AWO-Jugend fordert Beibehaltung des Art. 16 GG

**Karlsruhe.** An die Bürgermeister im Kreis wandte sich die AWO-Jugend Karlsruhe-Land. In dem Offenen Brief heißt es u.a.: „Die Konferenz des Kreisjugendwerks ... fordert Sie einstimmig auf, sich über den Gemeinde- bzw. Städteitag Baden-Württemberg einzusetzen, daß die Landesregierung die vollen Kosten für die Unterbringung von Asylbewerbern in unserem Bundesland übernimmt, um auch diesen Menschen ein würdiges Wohnen zu ermöglichen, und sich dabei insbesondere für die Beibehaltung des Art. 16 GG einzusetzen ... sprechen wir uns vehement gegen das Vorhaben führender Politiker aus, Europa zu einer Festung gegen Verfolgten aus aller Welt auszubauen ... Menschen aus der „Dritten Welt“ dürfen unserer Meinung nicht zu Menschen zweiter Klasse degradiert werden ...“ — (bef)

## Trotz Protest: IGfM am Evangel. Kirchentag beteiligt

**Essen.** Auch die erzreaktionäre Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGfM) beteiligte sich am Evangelischen Kirchentag. Beim letzten Kirchentag war ihr Antrag auf einen Stand abgelehnt worden, eine Podiumsdiskussion mit der IGfM wurde gesprengt. In diesem Jahr durfte sie beim „Markt der Möglichkeiten“ wieder mitmachen. Die „Christen für den Sozialismus“ schlossen deswegen ihren Stand und verbreiteten Material gegen die IGfM. 23 weitere Gruppen protestierten in einer Erklärung. Am Donnerstag, 6.6., räumten Besucher den Stand der IGfM vorübergehend ab. Mehrere Gruppen wollen die Kritik an der Beteiligung der IGfM am Kirchentag weiterverfolgen. — (wof)



**Hamburg.** Am 6. Juni fand vor der Geschäftsstelle des „Hamburger Abendblatts“ in der Dammtorstraße eine Kundgebung statt. Sie richtete sich gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit im Prozeß gegen Holger Deilke und gegen die mangelnden Berichterstattung über den Prozeß in der bürgerlichen Presse. Es beteiligten sich ca. 50 Menschen. — (jeh, jes)

## Veranstaltung für Zusammenlegung durchgesetzt

Polizei und Regierung von Mittelfranken forderten Stadt Nürnberg zu Verbot auf

**Nürnberg.** An einer Veranstaltung für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen beteiligten sich am 15.6. über 200 Leute. Die Regierung von Mittelfranken und die Polizei wollten von der Stadt ein Verbot. Das gelang nicht.

Zuvor waren Hausdurchsuchungen wegen der Zusammenlegungsforderung. Es wird mit § 129a ermittelt. Im März wurde erfolglos versucht, einen der Brandstiftung beschuldigen in der Psychiatrie aussagebereit zu machen.

Seit dem 19.2.91 ist Sven L. in U-Haft. Ihm wird vorgeworfen, einen Brandanschlag gegen das Nürnberger Einwohnermeldeamt versucht zu haben. Sven verweigert die Aussage. Am 28.2. war er überraschend in das berüchtigte Haus III der JVA Straubing (psychiatrische Abteilung) verlegt worden. In Straubing kam er zunächst in eine „Trockenzelle“. Er soll sogar viermal gegen seinen Willen und unter Gewaltanwendung gespritzt worden sein, angeblich mit Plazebos. Dabei habe ihm der Arzt gedroht, dies solange fortzusetzen, bis er rede. Eine beantragte Untersuchung seines Urins auf Medikamentenrückstände sei abgelehnt worden. Später sei er bei Dauereleuchtung und Videoüberwachung gefangen gehalten worden. Drei Wochen später, nach massiven Protesten, ist Sven am 20.3. nach Nürnberg zurückverlegt worden. Hier werden die Besuchszeit eingeschränkt und die Postzensiert oder zurückhalten. Die Ermittlungen sind abgeschlossen, und mit der Anklageerhebung ist demnächst zu rechnen. Lautet sie auf „verdeckte Brandstiftung“, muß Sven freigesprochen werden.

Die Veranstaltung am 15.6. wurde von über 30 Gruppen unterstützt. Die Regierung von Mittelfranken schrieb am 29.5. an die Stadt Nürnberg zu der Veranstaltung: „Die Begehung von Straftaten kann nicht ausgeschlossen werden. Es wird um Mitteilung gebeten, welche Maßnahmen seitens der Stadt Nürnberg

beabsichtigt sind.“ Und am 4.6. die Polizei: „Die Polizeidirektion Nürnberg ist der Ansicht, daß die Versammlung im Kommt am 15.6.91 gem. § 5 Nr. 4 VersammlG verboten werden sollte, da aufgrund nachfolgend begründeter Tatbestände mit hoher Wahrscheinlichkeit die Gefahr der Tatbestandsverwirklichung nach § 90a und 129a Abs. 3 StGB zu erwarten ist ...“ Die Stadt war aber nicht bereit, Auflagen oder ein Verbot zu erlassen. Die Polizei verzichtete auf den Versuch. Uniformierte in den Veranstaltungsräum zu schicken.

Auf der Veranstaltung berichtete RA Rolf Gössner über die Entwicklung der Anwendung des Gesinnungsstrafrechts nach § 129a. Eine Vertreterin der Angehörigengruppe der politischen Gefangenen berichtete, daß die laufende Schmutzkampagne (Stichworte: „Zellentensteuer“, „legale RAF“, „Kassiber“-Funde) Wirkung zeige. So hatte es die Angehörigengruppe bei ihrem Infostand auf dem Kirchentag schwer. Der Beitrag aus dem Widerstand erhob die Zusammenlegungsforderung als Bedingung für politische Diskussion und als Schutz für die Gefangenen. — (mak)

## Ein Transparenttext hat Folgen

Urteil gegen DFG/VK-Mitglieder wg. Bundeswehrbeleidigung

**München.** Zwei Mitglieder der DFG/VK München standen am 5. Juni zum zweiten Mal wegen angeblicher Beleidigung der Bundeswehr vor Gericht. Sie hatten vor eineinhalb Jahren an einem Werbestand der Bundeswehr in der Olympiahalle ein Transparent mit der Aufschrift „Soldaten sind potentielle Mörder“ hochgehalten, bei dem das Wort „Mörder“ mit dem Begriff „Kriegsdienstverweigerer“ überschrieben war.

Mit der Wortkombination „Mörder/Kriegsdienstverweigerer“ auf dem Transparent sollte ausgedrückt werden, daß einem Soldaten nur die Alternative bleibt, zum potentiellen Mörder zu werden oder zu verweigern.

Im ersten Verfahren vor dem Amtsgericht München am 21. September 1990 erkannte der Richter in seinem Urteil auf Beleidigung. Soldaten, so die Argumentation des Richters, würden zwar tatsächlich zum Töten ausgebildet, mit Mörtern könne man sie aber trotzdem nicht vergleichen. Denn ihr Einsatz zur Verteidigung des Landes müsse als „rechtmäßiges Töten“ angesehen werden.

Am 5. und 7. Juni wurde nun in zweiter Instanz vor dem Landgericht verhandelt. Mit dem gleichen Ergebnis: Sowohl der Einspruch der zwei PazifistInnen als auch der der Staatsanwaltschaft

wurden abgewiesen, es blieb bei einer Strafe von je 750 Mark. Zwei als Zeugen geladene Soldaten behaupteten, sie seien bei der Bundeswehr nicht zum Töten ausgebildet worden, sie verteidigten nur tapfer das Vaterland. Der Staatsanwalt meinte, daß man Soldaten straflos allenfalls als „potentielle Töter“ bezeichnen könne und riet den Angeklagten, doch nächstes Mal diesen Text auf ein Transparent zu schreiben. Mensch fragt sich bloß, wo er den Ausdruck „Töter“ gehört haben könnte. Ein Mensch, der einen oder mehrere andere tötet, heißt nun mal Mörder, es gibt in der deutschen Sprache — aus gutem Grund — nur dieses Wort dafür.

Auch der Richter glänzte in seiner mündlichen Urteilsbegründung nicht gerade mit Scharfsinn: Die Soldaten, die Hiroshima oder Dresden bombardierten, könne man korrekt als Mörder bezeichnen, bei Bundeswehrsoldaten sei das aber nicht der Fall. Sie töten im Krieg nur aus „Staatsnotwehr“.

Mit dem Gewaltmonopol des Staates wird also letztendlich *alles* legitimiert, egal, ob sich die staatliche Gewalt gegen einen äußeren oder einen inneren „Feind“ richtet. Wer sich als Gewaltfreier/e bezeichnet, muß daher auch das Gewaltmonopol des Staates in Frage stellen — und damit die Legitimation eines jeden Staates! — (chw, ecg)

## „In Zukunft chronisch krank?“

DAG-Broschüre über Krankheiten bei Angestellten

1989 hat die DAG eine Broschüre mit dem Titel „Angestellte: In Zukunft chronisch krank?“ herausgegeben. Die Autoren wenden sich entschieden gegen Auffassungen, die immer weiter sich verbreitenden chronischen Erkrankungen seien Ergebnis individuellen Fehlverhaltens wie Rauchen, Trinken, Fressen: „Wohlstandskrankheiten“. Sie versuchen den Nachweis zu erbringen, daß für die meisten Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-Krankheiten, chronische Stoffwechsel- und Verdauungserkrankungen und die große Gruppe der Abnutzungserkrankungen die Bedingungen am Arbeitsplatz ursächlich sind und gerade die Angestellten die Masse der chronisch Kranken der Zukunft darstellen werden. Da Angestellte selten körperlich schwer arbeiten und weniger Gefahrstoffen ausgesetzt sind, gilt ihre Arbeit als „leicht“. Mit diesem Vorurteil räumt die Broschüre auf.

Dargestellt wird eine Untersuchung aus einem Elektronikkonzern. Dort hatte der Betriebsrat, aufgeschreckt durch mehrere tödliche Herzinfarkte unter Kollegen, eine umfangreiche Fragebogenaktion mit den Beschäftigten organisiert. Eine zentrale Überlegung war, daß die Beschäftigten selbst die sichersten Diagnosen liefern und „Befindlichkeitstorungen“ oder „gesundheitliche Beschwerden“ als Vorboten ernsthafter

Erkrankungen gewertet werden müssen und also auch erfragt wurden neben ärztlichen Diagnosen. Weiter wurden zahlreiche Fragen nach den Belastungen am Arbeitsplatz gestellt, z. B. nach Unterbrechungen der Arbeit, Monotonie der Arbeitsabläufe, Leistungsverdichtung, Vorgesetztenverhalten, Angst vor Arbeitsplatzverlust, aber auch Lärm, einseitige Körperhaltungen.

Der Betriebsrat hatte die Umfrage mit dem direkten Ziel der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und unter Einbeziehung der Erfahrungen der Beschäftigten gestartet, entsprechend hoch war der Rücklauf von Fragebögen, nämlich 92 %. Die Auswertung brachte Schreckliches ans Licht: 71 % der Beschäftigten klagten über innere Unruhe, Anspannung, 55 % über Reizbarkeit, 53 % über Nervosität. Diese Beschäftigten sahen an Arbeitsplätzen, die durch Arbeitsdruck und Stress, widersprüchliche und ständig wechselnde Anordnungen oder extreme Monotonie gekennzeichnet waren. Die häufigsten Diagnosen der Ärzte der Kolleginnen und Kollegen waren: Kreislaufstörungen, Allergien, häufige Erkältungs- und Bluthochdruck und Magenerkrankungen.

Im Anhang findet man den Fragebogen sowie eine Literaturliste. Zu beziehen ist die Broschüre über DAG, Karl-Muck-Platz 1, 2 Hamburg 36. — (mek)

## Privatisierungen bei der Stadt: OSTD Busch will ÖTV isolieren

**Essen.** Mit der Fremdvergabe der Reinigung des Rathauses ab 1992 will die Stadtverwaltung Essen die Privatisierung vorantreiben. Die 57 betroffenen Frauen sollen umgesetzt werden. Angeblich lassen sich 473.550 DM ohne Qualitätsverlust einsparen. Die ruinöse Arbeit führt jedoch heute schon zu einem Krankenstand von 18 %. Privatfirmen haben noch härtere Arbeitsbedingungen bei weniger Lohn. Dies kümmert Oberstadtdirektor Busch nicht. Kritik will er möglichst unterdrücken. Heftig hatten die Beschäftigten die Privatisierungspläne auf ihrer Personalversammlung Anfang Mai angegriffen, unterstützt durch die ÖTV. Busch versuchte, die ÖTV zu isolieren: Für ihn sei die Personalversammlung „kein Forum mehr, wenn die ÖTV dort Regie führt“. — (syb)

## Karlsruhe: Warnstreiks im Einzelhandel

**Karlsruhe.** Im HBV-Bereich Karlsruhe beteiligten sich an sechs Warnstreiks über 1000 Leute. In Ettlingen war am langen Donnerstag das Kaufhaus Schneider ganzjährig zu. Am 24.5. streikten ganzjährig 500 Leute im Lager und Versand beim Versandhaus Mona, im Warenverteilzentrum beim Versandhaus Heine und im Zentrallager des Lebensmittelkonzerns Pfannkuch. Am 4.6. streikten wieder 200 in den Lagern von Mona und Heine. Bei Heine war es der dritte, bei Mona der zweite Warnstreik. Für Arbeiten im Lager und im Versand fordert die HBV eine Höhergruppierung des Mindestlohnes von 2126 DM auf 2302 DM zuzüglich 10 %. Die Kapitalisten boten 6,7 %. — (rub)

## Erzieher: Umsetzung des Eingruppierungsvertrags

**Stuttgart.** Auf den beiden Teilpersonalversammlungen des Jugendamtes Stuttgart für den Erziehungsdienst wurde über die Umsetzung des Eingruppierungsvertrags diskutiert: Kinderpflegerinnen, die auch alleinverantwortlich arbeiten (also faktisch alle) sollen nach einem Jahr in die Fallgruppe VII,1 und nach weiteren fünf Jahren in BAT Vb kommen. Bis sie dies erreichen, sollen sie Altersstufen vorweg gewährt bekommen. Frühdiensste ohne sozialpädagogische Ausbildung kommen von BAT IX in VII. Große Debatten gab es um die Stigmatisierung von Kindern, laut Tarifvertrag wird bei besonderen Erziehungsschwierigkeiten in BAT Vb eingruppiert. Diese Besonderheiten sind nicht festgelegt, damit Sache des Ortes. Abgelehnt wurde, die Kinder auf Störungen überprüfen zu lassen. Die Tendenz ging dahin, bestimmte Wohngebiete festzulegen, in denen es viele Kinder mit Erziehungsschwierigkeiten geben soll. Viele wollen sich auf diese Stigmatisierung gar nicht einlassen. Ein Kompromiß wäre, anhand der Wohndichte, die den Lebensraum einschränkt, besondere Aufgaben im Auffangen dieser Probleme geltend zu machen. Auf Empörung stieß, daß die Vorzeiten, die zur Höhergruppierung nötig sind, nur anerkannt werden, wenn die vorherige Tätigkeit nach BAT bezahlt wurde, das heißt vor allem für alle Beschäftigten der ehemaligen DDR, für die der Vertrag mit finanziellen Einschränkungen ab Juli 1991 gilt, daß sie die Bewährungszeiten neu abarbeiten müssen. Von der Sozialbürgermeisterin wurde gefordert, schnellstens für Kinderpflegerinnen Kurse zur Ausbildung zur Erzieherin einzurichten. — (unb)

**Mannheim.** Die Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgeellschaft (MVV) wird sich mit einem Pilotprojekt am Aufbau einer kommunalen Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung der Stadt Meißen im Freistaat Sachsen

beteiligen. Die Grundidee der Hilfe ist der Gedanke, daß mehr kommunale Selbstverwaltung bedeutet, wenn eine kommunale Gebietskörperschaft ihre eigene Energie- und Wasserversorgung samt Nahverkehr aufbaut.

Genau das will Meißen tun, hat aber dazu nicht genügend Geld und auch keine Erfahrung auf diesem Gebiet.

Geld soll nun in Höhe von 7 Mio. DM aus Mannheim kommen, samt dem know-how.

Wie der Meißener Bürgermeister Dr. Bartosch vor dem Haupptausschuß des Mannheimer Gemeinderates ausführte, kam die Stadt besonders auf dem Gebiet der Fernwärme in Schwierigkeiten. Der bisherige Produzent und Lieferant der Meißener Fernwärme war das dortige Kabelwerk. Das wurde von der Treuhand an den Siemens-Konzern verkauft. Die Konzernleitung aber hat kategorisch erklärt, daß Siemens mit Fernwärme nichts zu tun haben will. Selbst das Argument, daß auch das Kreiskrankenhaus Meißen dann ohne Fernwärme wäre, hat die Manager des Siemens-Konzerns nicht beeindruckt.

Der Appell des Meißener Bürgermeisters an die Mannheimer Gemeinderäte, schnell zu helfen, da schon im Oktober kalte Nächte in Meißen die Regel seien, hat nun nicht dazu geführt, daß gleich so ohne weiteres das Geld von Mannheim nach Meißen fließt. Der Gemeinderat in

Mannheim wollte Sicherheit. Er war z.B. nicht damit einverstanden, daß die Stadt Meißen nur höchstens 49 % Anteile an dem künftigen kommunalen Versorgungsunternehmen besitzen darf. (Im Einigungsvertrag ist eine solche Klausel enthalten.) Mindestens 51 % für Meißen (jetzt 65 %) und 35 % für die MVV, das war die Bedingung der Mannheimer, und anscheinend macht die Treuhand dieses Zugeständnis, womit sie natürlich auch gleich einen Präzedenzfall schafft.

Für den Aufbau von Stadtwerken in den anderen Kommunen der ehemaligen DDR ist das Projekt Meißen ein Prüfstein dafür, ob die Treuhand — trotz Eingangsvertragsklausel — bereit ist, den Städten und Gemeinden in den fünf neuen Bundesländern beim Aufbau eigener Versorgungsunternehmen mehr als nur 49 % Beteiligung zuzugestehen.

Aus Mannheimer Sicht interessant an der Sache ist, daß der Oberbürgermeister bei seinem Eintreten für die Mannheimer „Finanzspritz“ für Meißen“ total vergessen hat, was er in seiner Rede zur Etatberatung Ende Februar diesen Jahres zur finanziellen Situation der MVV sagte: „Die Verlustabdeckung

(aus dem Bereich Nahverkehr) wird überwiegend durch den Versorgungsbereich innerhalb der Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgeellschaft übernommen. Da dem Versorgungsbereich nach der Verlustabdeckung des Verkehrsberichts keine Finanzmittel zur Verfügung standen und die Konzessionsabgabe von der Stadt nur in geringem Umfang der MVV für zukunftsweisende Investitionen zur Verfügung gestellt werden konnte, mußten diese mit Fremdkapital finanziert werden. Hieraus resultiert eine besorgniserregende Verschlechterung der Eigenkapitalquote der Versorgungsbetriebe. Während bei den Energieversorgungsunternehmen in der Bundesrepublik die Eigenkapitalquote bei ca. 39 % liegt, deckt der Versorgungsbereich der MVV sein Anlagevermögen nur zu 19,1 % mit Eigenkapital.“

Anscheinend waren die „ernsten Worte“ des Oberbürgermeisters nur dazu gesagt, den Bürgern kommende Tarif erhöhung im Bereich ÖPNV und Energieversorgung als dringend erforderlich schmackhaft zu machen.

— (Walter Ebert, Stadtrat der DPK)

## Warnstreik bei Ikea Urabstimmungsergebnisse

**Hannover.** Am verkaufsoffenen Sonnabend, dem 1.6.91, kam es zu kurzen Warnstreiks der Beschäftigten in drei hannoverschen Kaufhäusern. Während die HBV Strukturverbesserungen und 300 DM mehr Lohn für die im Einzelhandel Beschäftigten fordert, haben die die Arbeitgeber 6,5 %, d. h. 160 DM mehr, angeboten. Am 5.6.91 beteiligten sich bei Ikea in Großburgwedel 50 der anwesenden 70 Beschäftigten an einem vierstündigen Warnstreik der HBV. Die Warenannahme und Teile des Verkaufs waren unbesetzt. Nach einer Demonstration durch Großburgwedel gingen die Ikea-Beschäftigten um 11.00 Uhr zur Arbeit. Am 13.6.91 sprachen sich nach einer Urabstimmung bei Horten mit 82,1 % auch die in der HBV organisierten Beschäftigten von Karlsruhe (78,6 %), Kaufhof (76,9 %) und Quelle (79,6 %) für Streik aus. — (anr)

## Ausländische Arbeitskräfte sollen in die Pflege

**Heidelberg.** Der Direktor der Orthopädischen Klinik machte sich auf der Personalversammlung im letzten Jahr stark für den Pflegenotstand. Er wolle seine internationale Kontakte pflegen und Krankenschwestern aus dem Ausland anheuern. Über zehn jugoslawische Krankenschwestern sollten zu Jahresbeginn anfangen, vier kamen. Die Aufenthaltsbestimmungen und die Form der Arbeitserlaubnis blieb im Dunkeln, bis jetzt einer Schwester in der Probezeit gekündigt werden soll. Die Arbeitserlaubnis bezieht sich nur auf die Orthopädische Klinik und beträgt analog der Probezeit ein halbes Jahr. Ist der Dienstherr mit der Leistung nicht zufrieden, verliert sie die Arbeitsstelle bzw. die Klinik hat sich verpflichtet, die Rückfahrt zu zahlen. Mit Ablauf der Probezeit wird die Krankenschwester jetzt zurückverfrachtet. Die anderen drei Schwestern werden vorläufig bis 1992 übernommen, dann endet ihre Aufenthalterlaubnis. — (irs/AGG)

## Weiter Warnstreiks im Einzelhandel NRW

**Köln.** Bei den Tarifverhandlungen für den Einzelhandel in NRW am 13.6. hat der Einzelhandelsverband sich nicht bewegt. Die Verhandlungen wurden auf den 20.6. vertagt. Noch immer wurden nicht mehr als 6,8 % Erhöhung von Löhnen und Gehältern angeboten. Vor allem gab es keinerlei Angebot zur Öffnung der Gehaltsgruppe II für Verkäuferinnen mit erhöhter Verantwortung und Belastung. Einige Kaufhäuser wie Hertie sind auf Empfehlung ihres Verbandes dazu übergegangen, schon jetzt einen Teil der zu erwartenden Tarif erhöhung zu zahlen. Die Beschäftigten ließen sich dadurch aber nicht von Warnstreiks abhalten, um eine bessere Eingruppierung durchzusetzen. — (anl)

das vom PC erzwungene ewige Sitzen die Wirbelsäule schädigt, ist leicht nachzuholzen. RSI aber ist eine Erkrankung, deren Ursache in der Intensivierung der Arbeit im Bereich Schreiben, Programmieren liegt. Ihr ist nicht mit irgendwelchen ergonomischen Maßnahmen beizukommen, sondern nur mit einer drastischen Einschränkung der Arbeitsintensität.

Diese Krankheit ist tückisch, denn sie läßt sich, da Gewebe- und Weichteile betroffen sind, durch Röntgenaufnahmen nicht feststellen. Oft beginnt sie mit harmlosen Symptomen wie nicht-schmerzenden Überbeinen. Dann stellen sich Schmerzen im Handgelenk oder Ellbogenbereich ein bei bestimmten Tätigkeiten wie Heben einer vollen Kaffeetasse, Lochen von Schriftstücken, Gangschalten beim Autofahren, Kartoffelschälen, Dosenöffnen etc., also meist leichte Dreh- oder Hebebewegungen der Hände. Beim Tippen selbst hat man zunächst keine Schmerzen, deswegen ist der Zusammenhang auch nicht sofort klar. Die Schmerzen können im Anfangsstadium auch wieder verschwinden, z. B. in weniger arbeitsintensiven Phasen oder auch durch Krankengymnastik oder im Urlaub. Schließlich werden sie aber chronisch und dann geht nichts mehr. Wird die Krankheit nicht rechtzeitig richtig diagnostiziert und die Arbeitssituation verändert, verlieren Menschen für ihr ganzes restliches Leben die Bewegungsfähigkeit der Hand. Es wird geschätzt, daß nach ungefähr fünf Jahren intensiver PC-Arbeit die ersten Schmerzen auftreten und nach insgesamt zehn in vielen Fällen Berufsunfähigkeit eintritt.

In den USA, England, Japan und Australien ist die Berufsunfähigkeitsrate von PC-Arbeitern dramatisch angestiegen, die Versicherungskassen drohten zusammenzubrechen. Deswegen werden z. T. radikale Maßnahmen ergriffen. So haben australische Mediziner festgestellt, daß bei einer Abschlagszahl von mehr als 1400 Zeichen pro Stunde bei fast 40 % aller PC-Beschäftigten schwere Verspannungen im Bereich Nacken, Arme und Hände auftreten. Inzwischen ist in Australien per Gesetz die Abschlagszahl auf 1000 Zeichen pro Stunde begrenzt. Für reine Schreibarbeit ist eine Begrenzung auf drei Stunden am Tag in der Diskussion. In der BRD gibt es keinerlei Abschlagsen, aber das australische Niveau ist hier das Prüfungsniveau für Berufseinsteiger. Als erste Gewerkschaften hat jetzt die IG Metall sich dieses Themas angenommen, nahezu gleichzeitig, denn auch im Ausland sind die großen Kampagnen von Beschäftigten der Zeitungskonzerns ausgegangen. Im Grunde aber muß die RSI-Diskussion in allen Gewerkschaften aufgenommen werden. — (mek)



**Hamburg.** Zwischen dem 3. und 6. Juni wurden in verschiedenen Hamburger Betrieben des Einzelhandels Urabstimmungen für Streik durchgeführt, so bei Horten in der Mönckebergstraße und im Kaufhof Altona. Mehrheiten von nahezu 100 % stimmten für Streik, was angesichts des lächerlich niedrigen Angebots des Einzelhandelsverbandes von 6,7 bzw. 6,43 % für Verkaufspersonal nicht verwundert. — (res)

## Mannheimer Stadtwerke im Ostgeschäft

MVV springt für Siemens ein — Gebührenerhöhungen vorprogrammiert

**Mannheim.** Die Mannheimer Versorgungs- und Verkehrsgeellschaft (MVV) wird sich mit einem Pilotprojekt am Aufbau einer kommunalen Strom-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung der Stadt Meißen im Freistaat Sachsen

beteiligen. Die Grundidee der Hilfe ist der Gedanke, daß mehr kommunale Selbstverwaltung bedeutet, wenn eine kommunale Gebietskörperschaft ihre eigene Energie- und Wasserversorgung samt Nahverkehr aufbaut.



Hamburg. Am 29.5. bekam Senator Runde Besuch von einer ÖTV-Delegation. Ca. 20 Vertrauensleute und Reinigungskräfte brachten 3200 Protestunterschriften gegen die Privatisierungspläne des Landesbetriebes Krankenhäuser. Runde erklärte, noch nie für die Privatisierung der Reinigung gewesen zu sein, aber um die Privatisierung der übrigen Bereiche würde man auf Dauer nicht herumkommen. — (flm/AGG)

### Aus Ländern und Gemeinden

#### Frauenveranstaltung: Kein § 218 in Ost und West

Berlin. „Kein § 218 in Ost und West“, an dieser Veranstaltung von verschiedenen Frauenorganisationen nahmen am 8. und 9. Juni ca. 1.000 überwiegend Frauen teil. Mit Sketchen, Liedern und Beichten von Frauen wurde auf einem Tribunal Anklage gegen den Staat und Abtreibungsgegner erhoben. Bei der Diskussion um Positionen zur künftigen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs fanden Positionen der SPD Politikerinnen für eine mehrheitsfähige Lösung im Parlament keine große Unterstützung. Die Mehrheit war für die ersatzlose Streichung des § 218 und für den verstärkten Kampf außerhalb des Parlaments. Die Auseinandersetzung mit den „Lebensschützern“ wurde von vielen als wichtig erachtet. „Die Entscheidung für oder gegen eine Schwangerschaft kann nur von Frauen selbst getroffen werden.“ heißt es in einer Erklärung, in der auch die Forderungen des Frauenpolitischen Runden Tisches u. a. nach „Streichung der §§ 218 und 219 ... die jeweils schonendste Abbruchmethode ... ein ausreichendes Angebot von kostenlosen Abbruchmöglichkeiten“ erhoben werden. — (msb)

#### NRW: Roma-Familie aus Kirchenasyl abgeschieden

Lüdenscheid. Erstmals wurde in NRW ein Kirchenasyl unter Polizeieinsatz am 31.5. in Herscheid geräumt. Der Flüchtlingsrat protestierte gegen die Abschiebung der Roma-Familie nach Zagreb. Entgegen gängiger Praxis wurde die Abschiebung nicht ausgesetzt, obwohl über den Asylantrag der Frau noch nicht entschieden war. Das Vorgehen signalisiert, daß die Landesregierung anstehende Massenabschiebungen mit Gewalt durchsetzen will. Auf dem Kirchentag bekräftigte Minister Clement, daß es in NRW kein Bleiberecht für die 3.200 jugoslawischen Roma geben wird. Die Duldungen laufen am 30.6. ab. Nur die am „Reintegrationsprogramm“ beteiligten Roma dürfen bleiben, bis das Programm steht. — (syb)

#### OVG: Abwicklung an der HUB rechtswidrig

Berlin. Das OVG Berlin hat am 10.6. entschieden, daß die von Seiten des Senats durchgeföhrte Abwicklung an der Humboldt-Universität teilweise rechtswidrig ist, nämlich dann, wenn weiterhin Lehr- und Forschungsaufgaben erfüllt werden. Die Richter beriefen sich dabei auf das „Warteschleifen-Urteil“ des BVG, das Abwicklung nur im Sinne der Auflösung anerkennt. Die auch vom Gericht für notwendig befundene Neuordnung der Wissenschaftslandschaft könnte auch anders als durch Abwicklung erfolgen. Instrumente zur personnel Erneuerung seien im Eingangsvertrag vorgesehen. Der laut Rektor Fink erforderliche Personalabbau soll nun über Einzelkündigungen — im wesentlichen aus betriebsbedingten Gründen, wie im Eingangsvertrag erlaubt — erfolgen. Die Rede ist von über 700 Beschäftigten. Man werde sich an die Empfehlungen der Personalstrukturkommission halten. Diese haben in letzter Zeit mit selbstgebastelten rechtswidrigen Fragebögen Anhörungen von Beschäftigten durchgeführt und aufgrund dessen Vorschläge zur Entlassung oder Weiterbeschäftigung abgegeben. — (har)

#### Keine Wohnförderung — Verkauf städtischen Bodens rächt sich

Konstanz. Keine Chance hatte die Stadt, in ein vom Land Baden-Württemberg aufgelegtes „Wohnungsbau-Schwerpunkt-Programm“ aufgenommen zu werden. Damit hätte sofort der Bau von mindestens 500 Wohneinheiten gefördert werden können. Der Stadt fehlt jedoch „das benötigte Gelände“, so Bürgermeister Fischer. Nicht zum ersten Mal rächt sich damit die Politik der Verwaltung, städtischen Grund und Boden zu verschleudern, um Finanzlöcher zu stopfen. Allein in den letzten zwei Jahren wurde für 4,2 Mio. DM städtischer Boden verklopft. Der Verzicht auf Nobelprojekte und Subventionen für Großunternehmen hätte nicht nur mehr gebracht, sondern jetzt auch einen wichtigen Schritt gegen die Wohnungsnott ermöglicht. — (jüg)

#### Aktion der „Initiative für kulturelle Stadtgestaltung“

Stuttgart. Am 6. Juni führte die Initiative, die an einer Vernetzung örtlicher kultureller Einrichtungen arbeitet, vor dem Rathaus eine Aktion gegen die Mittelstreichungen, die verschiedenen Einrichtungen drohen, durch. Gefährdet war vor allem die Fortexistenz des gewerkschaftlichen stadtteilbezogenen Kulturzentrums „das WERK“. Eine „Jury“ lehnte alle nicht marktgerechte Kultur ab. Gefallen fand das „bürgernahe und marktgerechte“ deutsche Volkslied. Einige Tage später teilte das Kulturamt mit, daß der jährliche Zuschuß von 20.000 DM an das WERK wieder bezahlt wird. — (evc)

#### Eckpunkte für ein niedersächsisches Kitagesetz

Hannover. Nach Befassung mit den verschiedenen Kindertagesstätten-Gesetzentwürfen der Landtagsparteien auf einem Seminar am 25.5. hält die provisorische Landeselternvertretung für den Elementarbereich in Niedersachsen in einem Brief an Kultusminister Wernstedt noch einmal fest, worauf es ihr an Inhalten für ein niedersächsisches Kindertagesstättengesetz ankommt:

- Kindertagesstätten müssen einen eigenständigen Bildungs- und ErziehungsAuftrag haben. Daraus folgt, daß sie nicht in ihrem Zweck auf die „Ergänzung und Unterstützung der Familienerziehung“ (SPD-Gesetzentwurf) eingeschränkt werden dürfen.
- Ganztagseinrichtungen im Elementarbereich müssen Regeleinrichtungen sein. Dazu gehört, daß das Recht eines jeden Kindes (auch der Kinder unter drei Jahren) auf einen Kita-Platz garantiert wird. Eine vorrangige Aufnahme von Kindern „aus besonderen sozialen und pädagogischen Gründen“ — wie im SPD-Entwurf vorgesehen — gehört nicht in ein Gesetz, bestenfalls in eine Übergangsregelung.
- Die gemeinsame Erziehung von behinderten und nicht behinderten Kindern in Regeleinrichtungen muß gesetzlich garantiert sein.
- Wird der Elementarbereich als Bestandteil des Bildungswesens betrachtet, muß der Besuch beitragsfrei sein.
- Es kann nicht ausreichen, jetzt „Plätze“ zu schaffen, ohne einen verbesserten Standard gesetzlich zu sichern.
- Die Elternrechte sind mindestens analog zu den Rechten der Eltern im Schulbereich zu sichern. — (rec)

## PDS-Bürgermeister sichert Arbeitsplätze

### Gewerbegebiete — gegenwärtig ein Zauberwort für die Gemeinden in den neuen Ländern

„Er ist ein gefragter Mann, Paul Reinicke, Bürgermeister der 950-Seelen-Gemeinde Gallinchen, Landkreis Cottbus, Mitglied der PDS. Geschäftsleute — sowohl aus den neuen als auch aus den alten Bundesländern — geben sich im Rathaus die Klinke in die Hand. Print- und elektronische Medien bemühen sich bei ihm um Interviews und Reportagen. Paul Reinicke kennt keinen geregelten Feierabend und der Tag müßte für ihn 36 und mehr Stunden haben.

Seit Dezember 1978 bekleidet er ununterbrochen das Bürgermeisteramt in Gallinchen. Klar war das Votum der WählerInnen in Gallinchen bei den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 sowie der im Ergebnis gewählten Gemeindvertretung für ihn.

Neben vier Mandatsträgern der PDS gehörten der Vertretung vier Abgeordnete des dfd e.V., drei der CDU (vormals Demokratischer Aufbruch) und jeweils zwei des Neuen Forum, der SPD und der FDP an.

Der Bürgermeister von Gallinchen stellt in seinem Handeln klar Bürgerinteressen über Parteiinteressen. Und die Ergebnisse, die er und die weiteren Gemeindevertreter aufzuweisen haben, sind beachtlich und verlangen Respekt. In Gallinchen wird kräftig investiert, die Auftragsbücher einheimischer Unternehmen der Bauwirtschaft und des Bau- und Nebengewerbes sind voll und deren Beschäftigtenzahlen ständig im Steigen begriffen. Arbeitslose gibt es in der Gemeinde nicht. Das kleine Dorf ist zu einer riesigen Baustelle geworden. Gallinchen weist eine wahrhaft magische Anziehungskraft auf Investoren aus. (...) Kernpunkt der Gallinchen Konzeption zur Errichtung eines großen Industrie- und Gewerbegebietes, zu dem die Polster-

möbelinvestition gehört, war die völlige Umgestaltung der vorher total vernachlässigten Infrastruktur.

Im Grunde ging und geht es um die Errichtung eines ganzen Systems von Straßen zu den künftigen Gewerbestandorten. Mit dem Bau des Straßennetzes zu Beginn der Produktionsinvestitionen wird nach den Worten von Paul Reinicke die in der Ex-DDR vielerorts übliche Praxis im Herangehen an Investitionsvorhaben nunmehr endlich vom Kopf auf die Füße gestellt.

Jetzt, Mitte Juni 1991, sind in Gallinchen bereits mehrere Kilometer asphaltierter Straßen zur künftigen Polstermöbelfabrik, aber auch zu anderen Gewerbeobjekten, fertiggestellt. Weitere Straßenbaumaßnahmen sowie die Umgestaltung des Wasser- und Abwassersystems in der Gemeinde werden vorbereitet. ... (aus „kommunalpolitisches Forum“ Informationsblatt, Heft 6)

Soweit das Fazit aus einem Besuch von Mitarbeitern des PDS-Parteivorstandes in Gallinchen und einer Beratung der Arbeitsgruppe Kommunalpolitik der PDS in Berlin. Doch so glatt wie ein Erfolgsbericht aus der sozialistischen Presse ist die Sache nicht. Auch in der Beratung blieben Fragen offen.

1. Geht man von dem Bericht aus, könnte man folgendes denken: Gebt in jede Gemeinde einen PDS-Bürgermeister und wir machen aus dem Kapitalismus ein „Schlaraffenland“, in dem keiner mehr Arbeitslosigkeit und ähnliches kennt.

Ohne Zweifel leisten die ca. 300 Bürgermeister mit dem PDS-Mandat, vor allem wenn sie auch heute noch zur PDS stehen, Beispielhaftes, und ihnen sollte durch die Partei jede nur mögliche Unterstützung zukommen. Es ist aber si-

cherlich verfehlt, sie zum Vorzeigebispiel der PDS-Politik zu machen.

2. Worin liegt das eigentliche Problem? Die Mehrzahl der Kommunen sieht in der Schaffung von „Gewerbegebäuden“ eine Möglichkeit, um langfristig die Finanzen aufzubessern. Ging früher ohne „Segen“ von oben nichts, versucht heute jede Gemeinde, ihr Selbstverwaltungsrecht auszunutzen, mit dem Ergebnis, daß man vom Gewerbegebiet der Gemeinde A in das der Gemeinde B bequem zu Fuß gehen kann, wenn es gebaut wird. Der Berater aus dem Westen und auch Projektanten gibt es genug, daran haben schon jetzt genug verdient. Das Problem ist nur, wo kommen die Gewerbetreibenden und Unternehmer in diesen Größenordnungen her. Wer hilft den Gemeinden, wenn sie sich beim Aufbau eines Gewerbegebietes hoch verschuldeten, ohne daß dann auch das Gewerbe spricht?

3. Den großen Gewinn machen die Unternehmen aus den alten Bundesländern, die sich rechtzeitig ein Stück Land besorgt und ein Zelt gemietet haben. Sie nutzen das bisher ungenügende Handelsangebot aus, bleiben zwar unter den Preisen der einheimischen Händler, aber trotzdem noch über den sonst in ihren Läden üblichen.

Zeltstätte wie auf dem Foto prägen gegenwärtig nicht wenige Gegenden der ehemaligen DDR. Und sie sind praktisch. Ist die Neugier der „Ossis“ auf die vielen neuen Produkte erst einmal gestillt und das Gesparte aufgebracht, kann man immer noch entscheiden, ob sich eine dauerhafte Investition lohnt. Außerdem kann man natürlich bei der hohen Arbeitslosigkeit auch noch mit der Lohnpolitik und Teilzeitbeschäftigung Gewinn machen. — (sta)



Bild: af/mz

## Ein guter Beschuß — wenig dahinter

### Die Stadtverwaltung unternimmt nichts zur Beseitigung der Kindergartenmisere

Norderstedt. Schon seit ungefähr einem Jahr wird von der Stadtverwaltung die Kindergartenmisere untersucht. Ziel ist, eine genaue Analyse zu erstellen, wie sich der Bedarf an Kindergartenplätzen in den kommenden Jahren entwickeln wird und wo dringender Handlungsbedarf besteht. Berücksichtigt werden dabei Kriterien wie die Entwicklung der Einwohnerzahl, Anteil der Kinder, Frauenberufstätigkeit, Scheidungsrate usw. Erste Ergebnisse wurden im Februar bekannt.

Zu diesem Zeitpunkt fehlten in Norderstedt gemessen am Bedarf laut Wartelisten etwa 50 % der vorhandenen Kindergartenplätze (1376). Bekannt ist seit langem, daß vor allem Krippen- und Hortplätze fehlen, auf der Warteliste stehen 160 Krippen- und 58 Hortkinder.

In der letzten Zeit wurden zwar viele Einrichtungen erweitert, tatsächlich konnten damit aber nur verhältnismäßig wenige Kinder neu aufgenommen werden. Schon allein der interne Bedarf erforderte in den meisten Einrichtungen

eine Erweiterung, weil entweder die Gruppenräume zu klein sind oder Mehrzweckräume fehlten. Hinzu kommt, daß in fast allen Einrichtungen in letzter Zeit der Anteil der Schulkinder erheblich angestiegen ist. Die Anzahl der Hortplätze ist aber begrenzt, die Schulkinder bleiben dann also in ihren alten Gruppen, die dann in „familiennahe“ umgewandelt werden. Das schafft Probleme, die das Ganze bald zum Platzen bringen, weil die Einrichtungen dafür nicht ausgestattet sind, und Schulkinder haben nun einmal andere Interessen als 3-Jährige.

Weitere Folge: Es können keine neuen Kindergartenkinder mehr aufgenommen werden. Das Problem zieht sich dann durch bis zu den Krippenkinder. Der Sozialausschuß faßte im Februar den zunächst lobenswerten Beschuß, bis 1995 den Versorgungsgrad im Krippen- und Hortbereich auf jeweils 15 % (z. Z. 3,6 % bzw. 5,3 %) und im Kindergartenbereich auf 85 % zu erhöhen. Erreicht werden soll dies langfristig mit neuen Einrichtungen in ökologischer

Schlichtbauweise, kurzfristig soll der nötigste Bedarf (Wartelistenabbau) per „Container“ gedeckt werden.

Immer offensichtlicher wird aber inzwischen, daß dieser Beschuß auf dem Papier hängen bleibt. Die Beschußfassung über laufende Anträge der Träger — fast alle stammen aus dem letzten Jahr — zur Erweiterung von bestehenden Einrichtungen wird in die Länge gezogen. Im Haushalt und offensichtlich auch im ersten Nachtragshaushalt sind keine Gelder für neue Einrichtungen vorgesehen. Selbst für die billige Containerlösung soll offensichtlich kaum mehr Geld locker gemacht werden. Das Subsidiaritätsprinzip — die Stadt sucht und sucht nach Trägern — bietet die beste Entschuldigung, nichts tun zu müssen.

Hinzu kommt, daß für den öffentlichen Dienst inzwischen ein Einstellungsstopp verhängt wurde, damit wird fraglich, ob für neue Gruppen in städtischen Einrichtungen überhaupt ErzieherInnen eingestellt würden. — (aid)



## Chile: Kampf um Demokratie, Gerechtigkeit, Freiheit

Interview mit Manuel Cabieses Donoso, Chefredakteur der chilenischen Zeitschrift *PUNTO FINAL*

Manuel Cabieses Donoso, Chefredakteur der Zeitschrift *PUNTO FINAL* aus Santiago de Chile, 59 Jahre, war in den Jahren 1973 bis 1975 in verschiedenen Gefangenengelänen in Chile inhaftiert, ging dann ins Exil nach Cuba. Anfang 1989 kehrte er nach Chile zurück und arbeitete an der Wiederherausgabe der Zeitschrift *PUNTO FINAL*, die seit dem Militärschlag 1973 verboten war.

**Frage:** Wie stellt sich die politische Situation in Chile nach einem Jahr Aylwin-Regierung dar?

**Antwort:** Hinter der Fassade augenscheinlicher institutioneller Stabilität und Solidität verbirgt sich ein überhaupt nicht festgefügtes tragfähiges Gebäude. Die Zivilregierung stützt sich auf ein in sozialer und politischer Hinsicht sehr wackliges Fundament. Auf der einen Seite auf die Verfassung von 1980 mit einer ganzen Reihe von Gesetzen, Dekreten und Vorschriften, ausgearbeitet in Anlehnung an das bekannte nordamerikanische Modell für Lateinamerika, das sich aus der Doktrin der „Nationalen Sicherheit“ ableitet, auf der anderen Seite steht da das orthodoxe und streng neoliberalen Wirtschaftsmodell, das die Freiheit des Marktes über alle Freiheiten und Rechte des Volkes stellt. Im Spannungsfeld zwischen diesen beiden Stützpfeilern — einer zur institutionalisierten Unterdrückung des Volkes geschaffenen Verfassung und einem auf die erbarungslose Ausbeutung der Arbeitenden ziellenden Wirtschaftspolitik — bewegt sich die gegenwärtige Regierung. Der politisch-soziale Pakt, welcher den „Übergang zur Demokratie“ möglich gemacht hat, schreibt der Aylwin-Regierung die Rolle des Verwalters eines undemokratischen, repressiven Systems zu, der an der Substanz desselben nicht rütteln darf, will er nicht in eine Konfrontation mit den Streitkräften und der Monopol- und Finanzbourgeoisie geraten, den Schöpfern dieses Systems.

Die Instabilität des politischen Systems ist also vorgezeichnet und wird anhalten. Bei verschiedenen Gelegenheiten ist sie in diesem 1. Regierungsjahr offenbar geworden; so z.B. im Dezember letzten Jahres, als Pinochet die Mobilmachung des Heeres anordnete, um seine Nicht-Übereinstimmung mit einigen Maßnahmen der Zivilregierung zum Ausdruck zu bringen. Oder jetzt im April, anlässlich der Ermordung des (ultrarechten) Senators Jaime Guzman. In beiden Fällen rettete die Aylwin-Regierung die Situation, indem sie sich dem Druck des Heeres und der äußeren Rechten beugte und ihre Distanz zum Volk verdeutlichte.

**Frage:** Welchen wirtschaftspolitischen Kurs verfolgt die Aylwin-Regierung, und welche Auswirkungen hat dieser auf die breiten Massen?

**Antwort:** Die Wirtschaftspolitik jetzt ist dieselbe wie unter der Diktatur, und alles, was auf diesem Gebiet durchgesetzt wird, richtet sich diametral gegen die Interessen des Volkes und einen tatsächlichen Übergang zu demokratischen Verhältnissen. In gewisser Hinsicht erfüllen die für die Wirtschaftsführung zuständigen Minister der Aylwin-Regierung ihre Aufgabe noch gewissenhafter als ihre Vorgänger, die Anhänger der Chicagoer Schule und ihres Meisters Milton Fried-

*PUNTO FINAL* ist eine 14-tägig erscheinende Zeitschrift, es gibt sie seit 1965. Sechs ihrer Redakteure wurden während der Diktatur in Chile ermordet bzw. starben im Exil; einige weitere wurden verhaftet und gefoltert; fast alle Überlebenden des ursprünglichen Redaktionsrates lebten lange Jahre im Exil. *PUNTO FINAL* versteht sich seit der Gründung als eine „Tribüne des revolutionären

Denkens“ und bringt als solche die auf eine Änderung der Gesellschaft zielende Meinung verschiedener politischer Strömungen in Chile und Lateinamerika zum Ausdruck, von marxistischen Tendenzen bis hin zu solchen christlicher Prägung. Das Interview wurde im Mai 1991 für die Zeitschrift der deutsch-cubanischen Freundschaftsgesellschaft *CUBA LIBRE* durchgeführt. — (M.D.)

des folge für Angehörige der Streitkräfte und Sicherheitskräfte unter der Diktatur angeklagt wurde. Aus Anlaß der Ermordung von Guzman hat Aylwin bekräftigt, daß er keinen der besagten Gefangenen begnadigen wird; ebenso wenig die gefangenen Aktivisten derjenigen Organisationen, die nach wie vor an der Gültigkeit des bewaffneten Kampfes festhalten, d.h. die FPMR — die Patriotic Front Manuel Rodriguez, die MJL Lautaro und der MIR — Militärische Kommission. Die Mehrheit der politischen Gefangenen gehören den genannten Organisationen an, deswegen besteht keine Hoffnung, daß die Regierung sie freiläßt, wie viele noch vor einem Jahr glaubten. Ein zäher Kampf wird nötig sein, um die Freiheit der 220 politischen Gefangenen zu erreichen, die heute in chilenischen Gefängnissen inhaftiert sind. In der schlechtesten Lage befinden sich die 45 Frauen und Männer, die unter der jetzigen Regierung verhaftet worden sind. Niemand erkennt sie als politische Gefangene an, weder die Kirche, noch die Menschenrechtsorganisationen, geschweige denn die Regierung. Sie sind in der Penitenciaria (Zuchthaus) von Santiago zusammen mit sozialen Gefangenen inhaftiert, ihnen wird nicht einmal das gemeinschaftliche Besuchrecht gewährt wie den „alten“ politischen Gefangenen im öffentlichen Gefängnis von Santiago und in anderen Haftanstalten. Für ihre Belange setzen sich ausschließlich die Angehörigen und das Komitee zur Verteidigung der Rechte des Volkes (CODEPU) ein; eine breitere öffentliche Mobilisierung zur Situation der politischen Gefangenen gibt es nicht mehr.

**Frage:** In welcher Situation befindet sich die chilenische Linke (die parlamentarische wie auch die außerparlamentarische)?

**Antwort:** Sie ist außerordentlich zerstört, gespalten und hat die politische Fähigkeit verloren, die Bedürfnisse und Forderungen des Volkes zu artikulieren und die Massen dafür zu mobilisieren. Es gibt 28 linke Gruppierungen und Organisationen. Einige Parteien haben sich mehrfach gespalten. Die jetzige Situation ist das Resultat einer komplexen Vielfalt von Bedingungsfaktoren: einer von ihnen ist die Krise des sogenannten „realen Sozialismus“ in Osteuropa. Die Hauptursachen liegen jedoch in den zahlreichen Irrtümern und der fehlerhaften Vermittlung/Verbindung zwischen der Untergrundarbeit und dem Widerstand gegen die Diktatur einerseits und den neuen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen andererseits, die neue Kampftaktiken und veränderte Organisationsformen erfordern.

**Frage:** Gibt es im linken Lager Versuche, eine Machtalternative zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen zu entwickeln?

Antwort: Ja, es gibt Anstrengungen in dieser Richtung, z.B. das „Komitee für die Einheit der Linken“ (CUI) wurde am 3. November vergangenen Jahres gegründet. Zum damaligen Zeitpunkt wurde ein Papier mit dem Titel „Aufruf an das Volk von Chile“ veröffentlicht, unterschrieben von führenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei, der Christlichen Linken, der Sozialistischen Partei „Salvador Allende“, der Sozialistischen Volkspartei, Teilen der Bewegung der Revolutionären Linken — MIR und von anderen sozialen Organisationen. Der ehemalige Wirtschaftsminister der Unidad Popular, Pedro Vuskovich Bravo, tritt als Koordinator dieses Komitees auf. Das CUI versucht, die Tendenz zu weiterer Spaltung und Zersplitterung der Linken entgegenzuwirken, indem es zur Sammlung auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms aufruft, das sich als alternativ zum herrschenden Wirtschaftsmodell und zur von der Diktatur geprägten Institutionellität begreift. Das CUI arbeitet jedoch ungeheuer langsam, weil unter anderem bei einigen Parteien wie der KP noch Zweifel bestehen und gezögert wird im Hinblick auf die im Juni 1992 anstehenden Kommunalwahlen. Die KP hat sich bisher noch nicht entschieden, ob sie einen Bündnisblock mit der außerparlamentarischen Linken bildet und sich von der Regierungskoalition „Concertación por la Democracia“ abwendet oder ob sie mit diesem Parteienbündnis — das die KP seinerseits jedoch ablehnt — ein Bündnisabkommen zu treffen versucht. Ähnliche Überlegungen stellt der sogenannte „MIR politico“ an, der nach seiner Abspaltung vom MIR vor drei Jahren eine politische Wende vollzogen hat, den bewaffneten Kampf ablehnt und sich ganz der parlamentarischen Arbeit im derzeitigen institutionellen Rahmen widmet. Eine andere Strömung orientiert sich in diesem Bemühen um einen stärkeren Zusammenschluß der Linken eher auf die Bildung einer politischen und sozialen Bewegung hin, die die radikaleren Teile der Linken umfaßt.

**Frage:** Es gibt einige Gruppierungen, die den bewaffneten Kampf — auch gegen diese Regierung — weiterführen. Was für Aktionen machen sie und welchen Widerhall finden sie damit im Lande?

**Antwort:** Ja, es gibt drei Organisationen, die den bewaffneten Kampf befürworten und führen. Das sind die FPMR, die MJ Lautaro und der MIR — Militärische Kommission. Die beiden erstgenannten sind die aktiveren. Die FPMR hat gerade eine Umfrage und Diskussion an ihrer Basis durchgeführt und ist zu dem Ergebnis gelangt, daß gegenwärtig die politische, soziale und die ideologische Auseinandersetzung in den Vordergrund tritt und die bewaffneten Aktionen die sozialen Kämpfe und Forderungen unterstützen müssen. Der MIR — Mili-

tärische Kommission vertritt eine ähnliche Position. Die MJ Lautaro dagegen ist für uneingeschränkte Fortsetzung des bewaffneten Kampfes und teilt nicht die Einschätzung, daß die Bedingungen und Umstände sich wesentlich geändert haben.

Die Reaktion der Gesellschaft auf die sporadischen bewaffneten Aktionen ist im allgemeinen so, daß diese Formen des Kampfes gegenwärtig nicht befürwortet werden. Dem politischen und sozialen Kampf wird derzeit der Vorrang gegeben.

**Frage:** Welche Auswirkungen haben die in Osteuropa stattgefundenen Ereignisse und Prozesse auf die chilenische und lateinamerikanische Linke (gehabt)?

**Antwort:** Sie haben in der Krise, in der die lateinamerikanischen kommunistischen Parteien — so auch die chilenische KP — stecken, eine wichtige Rolle gespielt und wirken sich auch auf das Befinden der Aktivisten und Mitglieder anderer linker Organisationen aus. Ich meine aber, daß im Fall Chile die Krise der sogenannten realsozialistischen Länder kein ausschlaggebender Faktor ist. Diese Krise wird letztendlich positive Konsequenzen für die lateinamerikanische revolutionäre Bewegung haben. Sie zwingt uns, unser eigenes revolutionäres Projekt auszuarbeiten, das gewiß vor allem einen lateinamerikanistischen und „3. Welt“-Charakter haben wird.

**Frage:** Inwieweit hat die Perestroika Einfluß genommen auf die chilenische KP?

**Antwort:** Mir scheint, insofern, als sie hauptsächlich interne Differenzen zugespielt und verdeutlicht hat, was zum Auscheiden zahlreicher Mitglieder geführt hat. Einige von ihnen sind der an der Regierungskoalition beteiligten Sozialistischen Partei beigetreten und verteidigen dementsprechend heute das neoliberalen Wirtschaftsmodell. Andere haben sich in einer neu gebildeten Organisation zusammengefunden. Die Perestroika hat allerdings die Intellektuellen innerhalb der KP beeinflußt, sehr viel weniger deren Basis in der Arbeiterschaft und im Volk. Das gilt auch für andere Parteien der chilenischen Linken.

**Frage:** Man spricht von einem „Demokratisierungsprozeß“ in Lateinamerika und meint damit das offizielle Ende von diktatorischen Regimen wie z.B. in Chile, Paraguay, Brasilien usw. Wie ist Ihre Meinung zu dieser Frage?

**Antwort:** Obwohl in dieser Behauptung ein Körnchen Wahrheit steckt, besonders was die formalen Aspekte der „demokratischen Regierungen“ angeht, so sind dennoch die besagten „Demokratisierungsprozesse“ eher fiktiv. Sie stützen sich auf eine undemokratische Ordnung in politischer, wirtschaftlicher und

Hinsicht. Deswegen steht der Kampf für eine tatsächliche Demokratie verstanden als eine Regierungsform, die die Gerechtigkeit und umfassende Beteiligung des Volkes an den Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen gewährleistet, beginnend mit der souveränen Entscheidung des Volkes über seine institutionelle Ordnung — immer noch auf der Tagesordnung. Der Kampf um Demokratie, Gerechtigkeit und Freiheit ist eine uns alle angehende Aufgabe in Ländern wie Chile, in denen sich der Übergang von den alten Militärdiktaturen zu neuen Zivilregierungen vollzieht, die aber immer noch dieselben Interessen vertreten.

Frage: Was für eine Bedeutung hat Cuba für die chilenische und lateinamerikanische Linke?

Antwort: Die Bedeutung und der Einfluß der cubanischen Revolution auf die lateinamerikanische Linke haben — gemessen an ihrem Grad in den 60er und 70er Jahren — beträchtlich abgenommen. Das hat selbstverständlich mit dem Niedergang des sogenannten Sozialismus in Osteuropa zu tun. Dennoch ist die cubanische Revolution auch heute noch für breite Bevölkerungsschichten in Lateinamerika eine Hoffnung und ein Orientierungspunkt, hat eine tatsächliche Bedeutung, die zur Kenntnis genommen und besser verarbeitet werden müssen. Ich glaube, viele Menschen in Lateinamerika machen sich große Sorgen hinsichtlich einer möglichen Krise in Cuba. Sie wissen, daß der Imperialismus der cubanischen Wirtschaft allmählich die Schlinge um den Hals zuzieht und daß Cuba nach dem Zusammenbruch des europäischen Realsozialismus mehr denn

je isoliert und in die Enge getrieben wird. Aktive Solidarität mit Cuba zu üben, ist eine weitere, in letzter Zeit ziemlich vernachlässigte Aufgabe in Lateinamerika. In Chile z.B. ist ein Jahr vergangen, ohne daß die Aylwin-Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Cuba wiederhergestellt hätte. Dahinter steckt natürlich die Tatsache, daß die USA diesbezüglich Druck ausüben, was eine Schande für die chilenische Zivilregierung und eine Herausforderung für die chilenische Linke ist.

Frage: Hat der bewaffnete Kampf, wie er 1956-59 in Cuba und später u.a. von den Sandinisten in Nicaragua geführt worden ist, nicht seine Gültigkeit in Lateinamerika?

Antwort: Der bewaffnete Kampf wird insofern weiterhin eine Gültigkeit haben, als der Befreiungskampf auf unserem Kontinent unausweichlich die Konfrontation mit dem Imperialismus und seinen lokalen militärischen, polizeilichen, wirtschaftlichen und politischen Stathaltern impliziert. Die andere Frage ist, zu welchem Zeitpunkt und wie der bewaffnete Kampf angewendet wird. Es erscheint zweifelhaft, ob er unter den gleichen Bedingungen geführt werden kann/wird, wie es die „Bewegung 26. Juli“ in Cuba und die Sandinistische Befreiungsfront in Nicaragua getan haben.

Aber in einer fortgeschrittenen Etappe des Kampfes um die Befreiung Lateinamerikas müssen bewaffnete Formen der Auseinandersetzung angewendet werden; da gibt es gar keinen Zweifel.

Frage: In Cuba ist vor einigen Jahren ein Prozeß der „rectification“ (= Brichtigung von Fehlern) eingeleitet wor-

den. Zum Teil basiert er auf den Gedanken und der Praxis des Che Guevara. Welche Perspektiven hat Ihrer Ansicht nach der Prozeß der „rectification“ in Cuba, und übt er Einfluß auf das politische Selbstverständnis und die Handlungsweise der Linken in Lateinamerika?

Antwort: Selbstverständlich hat der Prozeß der „rectification“ Auswirkungen, und zwar erhebliche. Für uns ist die Art und Weise, in der Cuba versucht, Fehler und Schwächen des Sozialismus zu überwinden, von größter Bedeutung. Die lateinamerikanische Linke befindet sich — wenn auch in nicht sehr organisierten Form — in einem notwendigen Reflexionsprozeß, um eine, sagen wir mal, eigene „revolutionäre Theorie“ zu entwickeln, die dem aktuellen Kräfteverhältnis Rechnung trägt und den lateinamerikanischen Standpunkt bzw. den der „3. Welt“ reflektiert.

Der Prozeß der „Brichtigung von Fehlern“ in Cuba und die zu erwartenden Resolutionen des augenblicklich verschobenen 4. Kongresses der KP Cubas sind wichtige Beiträge bei der Suche nach einer neuen volksdemokratischen und revolutionären Alternative auf unserem Kontinent. Cuba ist, um es so auszudrücken, „unsere“ Revolution, die lateinamerikanische Revolution selbst. Cubas Erfahrungen und Lehren aus Irrtümern sind für uns in Lateinamerika von fundamentalem Interesse.

Frage: Eine der Haupteinnahmequellen Cubas ist gegenwärtig der Tourismus. Welche Konsequenzen hat er Ihrer Meinung nach?

Antwort: Nach Ansicht mancher Leute

Werner Thümmler

Anzeige

## Der Zerfall des »realen« Sozialismus, das Werk von Marx und Engels?

Der »reale« Sozialismus zerfällt, und die einfachen Leute, die eine bessere, hellere, menschenwürdigere Gesellschaft vom Sozialismus erwarteten, wurden enttäuscht. Der Kampf, die Opfer, die Leiden, die die Menschen für die Idee des Sozialismus auf sich genommen haben, alle sinnlos, umsonst?

Das Buch ist ein Versuch, Antworten auf diese Fragen zu finden. Ob er zu dem erhofften Beitrag führt, kann nur der Leser bestimmen. Ein Erfolg wäre es schon, die Diskussion zu beleben und voranzubringen.

Bestellungen sind ab sofort beim GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76 möglich. Bis zum 5. Juli kann das Buch (ca. 240 Seiten) zum Subskriptionspreis von 13,40 DM bestellt werden, danach kostet es 16,80 DM. Die Auslieferung beginnt im August 1991.

### Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.  
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226, Tel.: 0221/21 64 42

Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Huseyin Celebi (über: Kurdistankomitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stasch (über: Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, 07144 Schkeuditz).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel.: 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 114 439 3600.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26, DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52, DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rudiger Lötzter; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbindungen und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Spezialberichter: Alfred Küster.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverbund niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverbund baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverbund bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGM, des NH Chemische Industrie AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

### Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM  
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM  
Herausgebkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM  
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M  
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM  
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM  
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM  
AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

### Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.  
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czerninski 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen

Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistankomitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM Jahresabo: 52 DM

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM Halbjahresabo 28,60 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

## Dokument: PDS/LL im Bundestag zu Bundeswehreinsatz im Ausland

Deutsche Soldaten an die Front? — Nein! Gegen jegliche Grundgesetzänderung zur Erweiterung des militärischen Handlungsspielraums!

(Erklärung der Abgeordnetengruppe PDS/Linke Liste im Bundestag vom 31. 5. 1991)

Kurz nach dem Bremer Parteitag der SPD hat die PDS/LL im Bundestag eine Erklärung veröffentlicht, in der sie ihre prinzipielle Ablehnung jeglichen Bundeswehreinsatzes im Ausland festhält. Im folgenden veröffentlichten wir das Dokument im Wortlaut. — (rül)

Die PDS/LL lehnt jegliche Erweiterung des militärischen Handlungsspielraums der BRD ab. Weder die Beteiligung der Bundeswehr an sog. Blauhelm-Missionen und anderen Einsätzen der UNO noch viel weniger die Beteiligung an multinationalen bzw. europäischen Eingreiftruppen dienen einer friedlichen Entwicklung, sondern ausschließlich einer weiteren Militarisierung der Außenpolitik.

Die Gruppe PDS/Linke Liste im Bundestag fordert vielmehr ein Verbot des Einsatzes deutscher Soldaten außerhalb des deutschen Territoriums.

Allenthalben ist die Rede von der neuen weltpolitischen Verantwortung der Bundesrepublik. Nach der Wiedererlangung der vollen Souveränität durch den Anschluß der DDR und den 2 + 4-Vertrag

ist ausgerechnet die erhebliche Ausweitung des militärischen Handlungsspielraums der BRD zentrales Objekt der Begehrte. Tatsächlich wird eine neue Ära deutscher Großmachtpolitik eingeleitet. Die wirtschaftliche und politische Vormachtstellung der BRD in Europa soll nun demnach durch militärische Möglichkeiten unterfüttert werden.

Der Bundesregierung geht es um zweierlei: Die weltweite Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr unter UNO-Ägide wie auch die Beteiligung der Bundeswehr im europäischen Rahmen an multinationalen Eingreiftruppen — und zwar hier abgekoppelt von den USA mit der Möglichkeit ihres weltweiten Einsatzes.

Die SPD hat sich auf ihrem Bremer Parteitag mehrheitlich für die scheinbar softe Variante einer Ausweitung der Bundeswehreinsatzmöglichkeiten über UNO-Blauhelm-Missionen ausgesprochen. Das ist weniger, als maßgebliche Politiker der Führungsriege unter dem Stichwort „mehr UNO wagen“ — die Zustimmung zur Beteiligung an allen möglichen, auch kriegerischen UNO-Einsätzen — durchzusetzen versuchten, aber immer noch mehr als genug, um die Tür zu künftiger Beteiligung an kriegerischen Aktionen ein Stück weit aufzustößen.

Die Gruppe PDS/Linke Liste lehnt die deutsche Beteiligung an Blauhelmtruppen ab, weil

\* die Prämisse, einer weltpolitischen „Verantwortung“ Deutschlands durch Erweiterung des militärischen Handlungsspielraums gerecht werden zu wollen, grundsätzlich falsch ist, einem militärischen Denken entspricht, und sie völlig außer Betracht läßt, daß aus der Verantwortung Deutschlands für zwei verheerende Weltkriege in diesem Jahrhundert völlige Zurückhaltung in militärischen Fragen und Pflicht zur Abrüstung resultieren und geboten sind,

\* die Zulassung von Blauhelmtruppen Türöffnerfunktion für weitere militärische Möglichkeiten der Bundeswehr bietet,

\* eine Trennung zwischen friedenssichernden und kriegerischen Einsätzen in der Vergangenheit und noch mehr in der Zukunft kaum oder schwer möglich war und sein wird,

\* die Bundesrepublik einer der ökonomisch und politisch mächtigsten Staaten der Welt ist, dessen Einfluß in Kriegs- und Krisengebieten eskalierend statt de-escalierend wirkt, deshalb aus gutem Grund bislang kleine und neutrale Staaten die Blauhelmtruppen gestellt haben,

\* friedenspolitische Verantwortung nicht in weiterer Militarisierung, sondern nur in radikaler Abrüstung und Entmilitarisierung bestehen kann.

Ein Junktim zwischen UNO-Reform und Blauhellemeinsätzen, wie es von Teilen der SPD und Vera Wollenberger vom Bündnis 90/Grüne vorgeschlagen wird, übersieht, daß

\* eine UNO-Reform in weiter Ferne ist, da bislang alle Vorschläge vor allem von Ländern aus der sog. Dritten Welt von den bestimmenden Staaten abgelehnt wurden,

\* mit diesem Junktim die Stimmung zugunsten einer Akzeptanz neuer militärischer Möglichkeiten der Bundeswehr gefördert wird, ohne daß die Türöffnerfunktion für weitere militärische Ambitionen berücksichtigt wird.

Deutsche Wüstenstürmer in der „Kaserne Europa“

Unter dem Deckmantel der Beteiligung an UNO-Einsätzen wird zudem eine weitaus gefährlichere Entwicklung in die Wege geleitet:

Mit hochmobilen, technologisch perfekt ausgerüsteten Spezialeinheiten, teilweise in binationalen, teilweise in multinationalen Truppen sollen deutsche Soldaten künftig den Vorwurf, Drückeberger zu sein, Lüge strafen und sich an der Durchsetzung der „neuen Weltordnung“ als deutsche Wüstenstürmer beteiligen.

Bereits während des Golfkrieges wurden Fakten geschaffen: Bundeswehr an der türkisch-irakischen Grenze, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, massive finanzielle Beteiligung am Golfkrieg und nun ein WEU-koordinierter Minen-suchbooteinsatz.

Die Schließung zahlreicher Truppenstandorte in der BRD bedeutet eine zwar quantitative Verringerung, gleichzeitig wird aber an der qualitativen Erhöhung einer flexiblen Einsatzfähigkeit gearbeitet. Die Reduzierung der Bundeswehr auf 370000 Mann geht einher mit einer technischen und personellen Umstrukturierung, die künftig prognostizierten Konflikten und Kriegen besser gerecht werden soll. Das gilt sowohl für einen weltweiten Einsatz — unter welchem Kommando auch immer — als auch für europäische Konflikte insbesondere im osteuropäischen Raum. Nicht übersehen werden darf, daß die Bundeswehr im Falle der Mobilmachung auf ca. 900000 Mann aufgestockt werden kann.

Die Gruppe PDS/Linke Liste im Bundestag wird sich konsequent jeder Erweiterung des militärischen Handlungsspielraums verweigern, ob dieser Vorschlag nun als UNO-Friedensmission oder europäische Sicherheitspolitik bezeichnet wird.

Die Gruppe PDS/Linke Liste im Bundestag fordert vielmehr eine verfassungsrechtliche Regelung, die

\* den Einsatz deutscher Soldaten außerhalb des deutschen Territoriums in welcher Form auch immer verbietet,

\* die Verankerung einer strikten Friedenspflicht,

\* das Verbot jeglichen Rüstungsexports wie auch der Rüstungsproduktion,

\* das Verbot von ABC-Waffen.“

Quelle: PDS/Linke Liste im Bundestag, 31. Mai 1991

## Rassismus auch im Kino?

Nach Erscheinen des Bestsellers „Nicht ohne meine Tochter“ von Betty Mahmoudy im September 1988 erschien nun die Leidensgeschichte dieser Frau auch im Kino. Daraus wurde ein spannungsgeladener US-Thriller folgenden Inhalts:

Betty (gespielt von Sally Field) ist seit sieben Jahren mit dem iranischen Arzt Moudy (gespielt von Alfred Molina) verheiratet. Sie haben eine fünfjährige Tochter, Mahtab, und leben in Michigan. Dort arbeitet Moudy in einem Krankenhaus als Arzt. Er muß hier den Spott einiger Kollegen ertragen, die ihn wegen seiner Nationalität nicht akzeptieren. Ihm wird schließlich gekündigt und er überredet seine Frau,

mit ihm und der Tochter zu seinen Verwandten nach Teheran zu fliegen. Dabei enthält er ihr aber die Information vor, daß ihm gekündigt wurde, und läßt sie in dem Glauben, es handle sich um einen 14-tägigen Urlaub.

Von Anfang an unternimmt Betty keinen Versuch, die ihr fremde Kultur kennenzulernen; sie sieht nur die Straßen Teherans während der Chomeini-Ära. So kommt es zu keiner Verständigung zwischen seinen Verwandten und Betty. Als er ihr dann die Wahrheit sagt, daß er im Iran bleiben wolle, wird das Leben für sie zur Qual. Weil sie wieder in die USA will, sperrt ihr Mann sie ein, überwacht sie und schickt die Tochter in eine

Koranschule. Durch Zufall bekommt Betty Kontakt zu einer Fluchthilfeorganisation. Von da ab versucht sie, jede Gelegenheit zur Flucht zu nutzen. Eines Tages gelingt sie. Die Flucht führt über das kurdische Gebirge bis in die Türkei, wo sie glücklich ankommen.

Der Film selber ist technisch perfekt gemacht, fast schon steril. Es wird bewußt eine Spannung aufgebaut, die sich langsam entlädt. Sieht man den Film, hat man den Eindruck, daß iranische Ehemänner nichts anderes zu tun haben, als ihre (z.B. amerikanischen) Frauen zu schlagen. Es werden grauenhafte Verletzungen gezeigt. Daß aber Männer ihre Frauen schlagen, ist doch

kein Spezifikum des islamischen Kulturkreises, dieses Phänomen ist uns doch leider allzu geläufig. Der Film erzeugt jedoch ein Vorurteil gegenüber allen iranischen Männern; durch diese unerlaubte Pauschalisierung kommt der gesamte islamische Kulturkreis in Mißkredit. Somit wird die Kluft zwischen der westlichen Kultur und der islamischen ständig größer und eine Völkerverständigung schwerer möglich.

Betty hält anscheinend die amerikanische Kultur für die höchste und interessiert sich demzufolge für die dortige nicht. Hochmut ist hier aber nicht angebracht, denn eine fremde Kultur ist insgesamt nicht besser oder schlechter als die eigene, sondern insgesamt eben vollkommen verschieden. Man kann zwei Kulturen pauschal nicht

miteinander vergleichen, weil es kein übergeordnetes Kriterium gibt. Es ist zwar richtig, daß speziell die amerikanische Kultur nicht nur aus Hamburgern und Cola besteht, aber es muß die Frage erlaubt sein, ob westliche Wertvorstellungen, die den Menschen nicht immer, dafür Luxus und Egoismus oft in den Mittelpunkt stellen, auf andere Kulturkreise übertragen werden können. Vergleicht man den Film mit dem Buch, so betreibt das Buch die Hetze gegen den islamischen Kulturkreis in voller Schärfe, während im Film doch auch auf die Schwierigkeiten von Menschen anderer Nationalität in den USA kurz eingegangen wird. Man kann Bettys Mann am Anfang des Films durchaus verstehen, daß er in seine Heimat

möchte, die er lange Jahre gesehen hat.

Abschließend ist zu sagen, das Problem der Männer gegen Frauen gar nicht explizit berührt wurde, sondern bestens in ein Verständigungsproblem zwischen zwei verschiedenen Kulturkreisen transformiert wurde. Die Frage der Gewalt in allen Kulturkreisen ein Problem. Die persönliche Erfahrung ist Betty nicht abzusprechen, aber mußte sie wegen ihres Mannes eine ganze Kultur angreifen. Der Film paßt natürlich gut in die jetzige Stimmung in den westlichen Ländern, ein Kassenschlager mit dem Etikett „selbst erlebt“. — Aber sollte ein Film nicht einen höheren Anspruch haben als nur die Kassen zu füllen? — (joe)

## Fiktive Psychopathen

Der Titel „Das Schweigen der Lämmer“ deutet auf einen hintergründigen Film hin. Hauptfiguren des Films sind eine junge FBI-Agentin und zwei Psychopathen, die jeweils — gelinde gesagt — sehr eigenwilligen Mordpraktiken nachgehen. Die Psychopathen unterscheiden sich jedoch grundlegend, der erste, ein Arzt, ist sehr intelligent und kann mit seinen Umgangsformen auch durchaus höflich sein, während der zweite eher den herkömmlichen Vorstellungen eines „Irren“ entspricht.

Die FBI-Agentin versucht, dem zweiten Täter auf die Spur zu kommen, während sie mit dem einsitzenden Arzt tiefe Gespräche führt. Sie hatte den Auftrag, mehr über ihn herauszufinden. Ihm gelingt es aber von Anfang an, eher in die FBI-Agentin zu dringen, als sie in ihn. Trotzdem erhält sie durch die Gespräche Stück für Stück Hinweise auf den zweiten, weiter mordenden Täter. Am Schluß gelingt es ihr sogar, ihn im Alleingang zu überwältigen.

Der Film ist technisch und schauspielerisch von hoher Qualität. Eine Schwäche ist aber, daß über die beiden Psychopathen zu wenig bekannt wird, wie sie dazu werden konnten. So ist es unvermeidlich, daß FBI, Justiz und Polizei in positiven Licht erscheinen, auch trotz einiger zweifelhafter Methoden. Die Handlung läuft nur auf den einen Weg hinaus: die mordenden Psychopathen müssen isoliert oder eliminiert werden. Angesichts der fast nicht schilderbaren Mordpraktiken in diesem Fall unterstützt auch der Zuschauer zwangsläufig diese „Lösung“, die aber an sich keine ist. Denn wer verhindert das Auftauchen von neuen Massenmördern?

Die beiden Massenmördner werden nur als Einzelproblem, nicht als gesellschaftliches Problem gesehen. Das ist schade, wird ansonsten doch durchaus in den Abgründen der Seele gewählt. So reduziert sich der Film letztendlich auf eine lediglich spannende und etwas interessante Geschichte. — (chl)



Notlandung von Walter Faber

Sabeth seine und Hannas Tochter ist, stirbt das Mädchen nach einem Schlangenbiß. Die Statistik, daß Schlangenbisse nur zu wenigen Prozenten tödlich sind, nützt ihm nichts; Todesursache ist nicht das Gift, sondern ein Sturz infolge des Schlangenbisses.

Faber steht der wissenschaftlich-technischen Entwicklung,

an der er teilhat, einerseits und grundlegenden Problemen gesellschaftlichen Lebens andererseits hilflos gegenüber. Er wünscht sich schließlich „nicht gewesen zu sein“. Insgesamt eine gelungene Literaturverfilmung, ein Besuch lohnt sich auch dann, wenn man den Roman gelesen hat. — (evc)

## Green Card

Green Card — so heißt in den USA das Papier, das Einwanderern die Tür zur Existenzsicherung öffnet, weil es Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis gewährt. Wie in allen reichen Ländern ist diese Erlaubnis für Einwanderer nur schwer zu bekommen. Eine Möglichkeit, die auch bei uns praktiziert wird, ist das Eingehen einer Scheinehe mit einem Partner, der die gewünschte Staatsbürgerschaft besitzt. Im Film ist er Franzose, (glänzend gespielt von Gerard Depardieu), sie Amerikanerin, die nur deshalb einen Trauschein braucht, um eine von ihr gewünschte Wohnung zu erhalten.

Geschildert wird auch die Schnüffelpräxis der Ausländerbehörde, die bis in die intimsten Angelegenheiten kontrolliert, ob eine Ehegemeinschaft besteht. Da wird die Wohnung inspiziert und ein getrenntes Verhör durch-

## Kanada: „Unter Fremden“

Sie wollte keinen Film über „alte Leute“ machen, sondern „über Menschen, die alt sind“, sagt die kanadische Regisseurin Cynthia Scott über ihren Film „Unter Fremden“. Sie suchte ihre Darstellerinnen, sieben alte Frauen, in Altersheimen. Gestützt auf ihre Erinnerungen, ihre Erfahrungen und Wünsche und ihr Nachdenken über ihr Leben, hat sie sie in eine ungewöhnliche filmische Umgebung versetzt. Bei einem Ausflug bleibt der Bus mitten in der Wildnis stecken. Die alten Frauen und ihre junge schwarze Fahrerin finden ein leerstehendes Haus und begeben sich an die Arbeit, ihr Überleben zu sichern. Dabei erweisen sie sich als sehr erfindungsreich und tüchtig. Sie bauen Angelzeug und Reusen, fangen Frösche und Fische und sammeln Gras für Betten. Um Hilfe herbeizuhören, geben sie sogar Rauchzeichen

unter Anleitung von Alice, einer Mohawk-Indianerin. Eine von ihnen, eine Nonne, versucht, den Bus zu reparieren. Als das misslingt, macht sie sich zu Fuß auf, um Hilfe zu holen.

Bei ihrer Arbeit und in ihren Pausen befragen sich die Frauen gegenseitig über ihr Leben. Nur selten erscheinen die Darlegungen über ihre Erfahrungen, ihre Ansichten und ihre jetzigen Erwartungen als geplante Interviews. Ihre menschlichen Empfindungen haben immer Vorrang. Die Regisseurin vermeidet alle sentimental Naturerlebnisse, indem sie die Frauen über die Tiere, die sie hören und sehen, sprechen läßt, aber diese nie deutlich vor die Kamera bringt. Die Frauen gehören unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten an. Das wird sichtbar, ist aber nicht Thema des Films. — (anl)



Rauchzeichen

## Homo Faber

Der Film des Regisseurs Volker Schlöndorff wurde nach dem Roman von Max Frisch gedreht. Es ist 1957, die Zeit beginnender Technologisierung. Für den erfolgreichen Schweizer Ingenieur Walter Faber, der keine Romane liest und nie träumt, ist alles, auch menschliches Verhalten und gesellschaftliches Leben, technisch regulierbar und statistisch messbar. Er läßt sich durch nichts, auch nicht durch einen Flugzeugabsturz, dessen Wahrscheinlichkeit sich ja berechnen läßt, aus der Fassung bringen außer durch eine Verkettung von Zufällen. An einer solchen scheitert er dann. Faber will zunächst an „Zufälle im Bereich des Wahrscheinlichen“ glauben,

wenn die Statistik nicht weiterhilft, bleibt ihm nur die Religion, und er beginnt über „Fügung“ nachzudenken. Zufällig erfährt er von seinem 20 Jahre nicht gesehenen Freund Joachim, besucht ihn und wird mit dessen Selbstmord konfrontiert. Dann begegnet er seiner Tochter, hat eine Liebesbeziehung mit ihr, lernt während einer gemeinsamen Reise auch, sich für Geschichte und Kultur zu interessieren. Oft erinnert er sich während der Reise an seine 1936 gescheiterte Beziehung zu der Jüdin Hanna, die damals schwanger war, während Faber einen Staudamm bauen wollte und die dann Joachim heiratete. Kurz nachdem ihm klar wird, daß

## Informationen über Zenzl Mühsam

Zu dem Artikel „Das Schicksal der Zenzl Mühsam“ (Politische Berichte 12/91, S. 12), haben wir die Zuschrift eines Genossen der Redaktion der Zeitschrift „Schwarzer Faden“ erhalten, durch die einige der offen gebliebenen Fragen beantwortet werden. Wir drucken den Brief daher hier ab. — (anl)

### Kreszentia Elfinger

In dem begrüßenswerten Artikel aus den Politischen Berichten Nr. 12/1991 über Zenzl Mühsam blieben einige Fragen offen, und es wurden zum Teil fehlerhafte Informationen weitergegeben. Es ist durchaus nicht so, daß Zenzl (quasi typisch für ein Frauenschicksal) in der anarchistischen Bewegung heute in Vergessenheit geraten ist. So wurde ihre Broschüre „Der Leidensweg von Erich Mühsam“ schon in den 50er Jahren durch die Überlebenden der anarchosyndikalistischen Freien Arbeiter Union (FAUD), die sich unter dem Namen Föderation Freiheitlicher Sozialisten (FFS) neu organisiert hatten, wiederveröffentlicht. (Verlag Die Freie Gesellschaft, Darmstadt). Mit der neuen Rezeption des Anarchismus nach 1968 wurde auch diese Broschüre neu entdeckt, erweitert und unter dem Namen „Der Leidensweg von Erich und Zenzl Mühsam“ neu veröffentlicht (Anarchia Verlag, Wetzlar).

Auch der Jugendname Zenzl ist geläufig. Sie hieß vor ihrer Heirat mit Erich Mühsam am 15. September 1915 Kreszentia Elfinger und wurde am 28. 7. 1884 in Haslach, B. A. Rottenburg, geboren. Als Beruf lernte sie Näherin. Von 1909 bis 1914 war sie mit dem Kunstmaler Ludwig Engler befreundet, ebenfalls ein Bekannter Mühsams aus der Schwäbinger Boheme. Als sie Mühsam heiratete, konnte sie ihren dreizehnjährigen Sohn Siegfried Elfinger, der bei den Großeltern gelebt hatte und dessen Vater ihr Geheimnis blieb, zu sich nehmen.

Zu der Amnestie von 1924, mit der Erich Mühsam frei kam, sollte nicht vergessen werden, daß es sich um eine Lex Hitler handelte. Um die Freilassung Adolf Hitlers zu kaschieren, wurden auch die gefangenen Räterepublikaner amnestiert.

Zenzls Aktivitäten in der Roten Hilfe während Mühsams Haftzeit und danach führten auch zu Mühsams Vortragsreisen für diese Organisation und zum Streit mit einigen anarchistischen Genossen, die eine Betätigung für die Rote Hilfe ablehnten, solange russische Anarchisten bei den Bolschewiki in Gefängnissen oder Lagern saßen. Mühsam hat sein Engagement lange verteidigt, weil es ihm um alle revolutionären Gefangenen ging und nicht um die Organisation. Auch versuchte er (erfolglos), in Gesprächen mit Lunatscharski in Berlin die Freilassung der russischen Anarchisten zu erreichen. Als die Rote Hilfe mehr und mehr ihren überparteilichen Charakter aufgab und Wahlaufrufe für die KPD verfaßte, sah sich Mühsam gezwungen, von der Organisation abzurücken. Wenn Zenzl, die sich weiterhin engagierte, sich 1934 enttäuscht über die Mehrheit der anarchistischen Freunde äußerte, so mag diese Vorgeschichte eine nicht unwichtige Rolle gespielt haben. Für manchen puristischen Anarchisten war Zenzl gerade nicht das weibliche Anhängsel Mühsams, sondern dafür verantwortlich, daß er sich nicht ausschließlich für die anarchistische Bewegung einsetzte, sondern — ohne Verleugnung seiner Identität als Anarchist — auch mit Kommunisten zusammenarbeitete, ob im Schutzbund Deutscher Schriftsteller (SDS), in der Roten Hilfe, ob an der Piscator-Bühne oder als Redner bei politischen Versammlungen.

Dennoch ist der Eindruck, daß Zenzl nach Mühsams Ermordung seitens der anarchistischen Bewegung völlig im Stich gelassen worden wäre, wie er in dem Artikel erweckt wurde, nicht ganz zutreffend. Zenzl wurde nach 1933 mit Geldbeträgen von der illegalen FAUD unterstützt und erhielt die erwähnte Unterstützung durch Emma Goldman und Rudolf Rocker. Diese „Doppelunterstützung“, so wenig es auch gewesen sein mag, erregte unter den extremen Bedingungen von 1934 sogar den Neid anderer (internationale unbekannter) geflohener FAUD-Aktivisten, die ohne Arbeitserlaubnis in Holland oder Paris lebten und von der knappen Unterstützung der dortigen anarchosyndikalistischen Organisationen abhängig waren.

Als letzte Korrektur oder offene Frage soll es noch um den Nachlaß gehen (die Rechte im deutschsprachigen Bereich liegen momentan übrigens bei der Erich-Mühsam-Gesellschaft in Lübeck), den Alfred Kantorowicz als Mikrofilm nach Berlin geholt hat. Im Artikel steht, daß dort „u.a. die vollständigen Tagebücher“ Mühsams enthalten seien. Nun bestünde die Möglichkeit, daß Euer AutorIn den Nachlaß zu einem sehr frühen Zeitpunkt gesehen hätte, dann würde es sehr spannend. Denn lange Jahre war der Nachlaß für westliche Historiker unzugänglich. Heute können wir feststellen, daß gut ein Viertel der Tagebuchblätter fehlt! Da die Blätter von Mühsam durchnummert worden waren, kann sogar genau gesagt werden, welche fehlen.

Es stellen sich spannende Fragen: Wer ließ hier frühzeitig „seine Aktennotizen“ verschwinden? (Auslassung durch die Red. anl.) und ist dies — was wahrscheinlicher ist — schon vor der Mikroverfilmung am Original in Moskau vorgenommen worden oder erst später? Zuletzt: Gibt es heute eine Chance, den Nachlaß vom Maxim-Gorki-Institut zurückzubekommen, das ihn unter so fragwürdigen Bedingungen erworben hat, wie dies richtig im Artikel dargestellt wurde? — (W.H., Redaktion Schwarzer Faden)

„Deutschland wieder handlungsfähig machen“.....	Seite 1
II. Parteitag der DKP.....	Seite 1
EG-Binnenmarkt '92: Grenzenloser Markt oder eher die Grenzen der Marktwirtschaft?.....	Seite 3
Golfkrieg und Neue Weltordnung.....	Seite 5
Deutschland, einig Autoland.....	Seite 6
ERNK: „Unser Ziel ist ein neuer Oktober“.....	Seite 8

## Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Für die Beilage werden Beiträge aus dem Widerstand gegen den Imperialismus und die Herrschaft des Kapitals gesammelt. Sie ist aus dem Bedürfnis entstanden, unterschiedliche Ansätze und Positionen der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft über die Grenzen der einzelnen Organisationen und Arbeitszusammenhänge hinaus zugänglich zu machen und zur wissenschaftlichen Klärung beizutragen. Die Beilage will damit auch die Zusammenarbeit erleichtern.

Diese Beilage liegt folgenden Zeitungen bei:  
Aufsätze zur Diskussion (Kommunistische Gruppen)  
Politische Berichte (Arbeitskreis Politische Berichte)  
Sozialistische Zeitung (VSP)

## „Deutschland wieder handlungsfähig machen“

*Mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Marxistischen Blätter veröffentlichten wir im folgenden einen Artikel von Martin Bennhold aus den Marxistischen Blättern 2/91.*

### I.

Am 4. März, wenige Tage nach der Waffenruhe im Golfkrieg, hat die SPD über die Vorlage „In Frieden leben“ debattiert: es ging nicht mehr um das Ob, sondern nur noch um den Umfang der Beteiligung deutschen Militärs an UN-Aktionen — entgegen dem noch strikt ablehnenden Parteitagsbeschuß von 1988.

Ebenfalls am 4. März ging der Generalsekretär der CDU, Volker Rühe, noch einen Schritt weiter. Zum Schutze „europäischer Interessen“ sollten deutsche Militäreinheiten auf keinen Fall nur als Blauhelme eingesetzt werden, sondern innerhalb einer „reformierten UNO“ auch an weitreichenden Einsätzen teilnehmen, so für „europäische Interessen“ innerhalb einer europäischen Organisation.

Nach sechs Wochen Krieg gegen den Irak haben Kriege, so soll die Lehre sein, einen neuen Charakter bekommen: Sie sind wieder führbar geworden, sie sind legitimierbar geworden, und sie sind wieder einfügbar geworden in die Normalität des täglichen politischen Geschäfts. Davon profitiert die politische Klasse in der BRD: zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Militärmacht der BRD gefragt, erwünscht, politisch aufs höchste aufgewertet. Es trifft nicht zu, daß die BRD-Politik in den letzten Wochen dilettantisch, schwankend und unberechenbar gewesen sei: sie war vielmehr zielstrebig auf militärischen Einsatz ausgerichtet, nur diesmal noch etwas zurückgehalten durch Restbestände einer Vorsicht gegenüber der Weltöffentlichkeit und gegenüber dem damals noch laufenden Verfahren der Ratifikation der Zwei-Plus-Vier-Verträge in Moskau. Keineswegs nur mit milliardenschweren finanziellen Unterstützungen wurden die Alliierten von deutscher Seite gestärkt, nicht nur durch massenhafte Lieferungen von Kriegsmaterial auch außerhalb bestehender völkerrechtlicher Verpflichtungen — nein, die BRD hat deutsche Einheiten in die Türkei, in die Nähe der irakischen Grenze verlegt — ohne Rechtsgrundlage, nämlich ohne daß dabei ein Fall der „Verteidigung“ im Sinne des Grundgesetzes vorgelegen hätte: zum ersten Mal nicht zu Übungs-, sondern zu Kriegszwecken: sie hat gemäß dem Wartime-Host-Nation-Support-Abkommen von 1982 die USA massiv unterstützt und diese Unterstützung unvermindert fortgesetzt in den Schluttagen des Krieges, in denen die Militäraktionen der Alliierten ihre rechtliche Deckung durch Sicherheitsratsbeschlüsse immer mehr verloren hatten — bei weiterer Fortsetzung des Krieges wäre sie somit voll unter der Aggressionsdefinition der Entschließung der UN-Generalversammlung vom 14. 12. 1974 gefallen, gemäß Art. 3 Buchstabe f.

Gleichzeitig mit der rechtlichen Legitimation des Krieges — und seine Einsetzung entsprach dem formalen UNO-Recht — wurde eine rapide Militarisierung der Kommentierung des Rechts angeleitet. Vorbereitet war dies freilich schon in den vorangegangenen Monaten des Jahres 1990, so z. B. in der „Europäi-

ischen Wehrkunde“ (seit 1. 1. 1991 „Europäische Sicherheit“!) vom Oktober 1990 in einem Artikel von General Gerd Schmückle: so auch im Europa-Archiv (Folge 24, S. 727 ff) in einem Artikel des früheren Mitglieds des Politischen Planungstabes des State Department der USA, F. S. Wyle, der es als eine „Tatsache“ bezeichnet, „daß die Vereinigten Staaten neben der von anderen Mittelmächten gewährten Unterstützung auch den Beistand der größten Mittelmächte, Japans und Deutschlands, brauchen ... Mit dem Trittbrettfahren ist es so gut wie vorbei“.

Wyle geht auch ausdrücklich auf das neue Verhältnis zwischen „Legalität und Realität“ ein, nennt die „verfassungsbedingten Hindernisse“ (obwohl so von ihm selbst bezeichnet) „vorgeschoben“ und hebt lobend hervor, wie in der japanischen Verfassung das Verbot der Unterhaltung von Streitkräften „in den 50er Jahren ... neu interpretiert“ wurde mit der Folge, daß die japanischen Streitkräfte heute mit dem „wahrscheinlich drittgrößten Verteidigungshaushalt der Welt“ finanziert werden. So bestreitet er auch für Deutschland nicht verfassungsrechtliche Begrenzungen für den Streitkräfteinsatz in der oben beschriebenen Art, zieht daraus jedoch folgenden Schluß: „Alle derartigen juristischen Probleme können gelöst oder interpretiert oder durch Gesetzesänderung aus der Welt geschafft werden. Es geht um eine politische Frage ...“

Solche Gedanken finden sich zunehmend auch in den Massenmedien. Die FAZ und andere Zeitungen, überdies zahlreiche Kommentatoren in Rundfunk und Fernsehen nennen die juristischen Hindernisse bereits „Spitzfindigkeiten“ und zeigen dabei mit erstaunlicher Klarheit, welch radikalen Umschwung im Verhältnis zu „Rechtspositionen“ die Bundesregierung seit dem Anschluß der neuen Bundesländer einnimmt: bis 1990 galten die insbesondere deutschlandpolitisch aufgebauten Rechtspositionen auch dann als unumstößliche Grundlage der Politik, wenn sie völkerrechtlich auf dünnste Weise gestrickt und international überhaupt nicht anerkannt waren.

Immer unverblümter wird in der BRD auch die Begründung für die Notwendigkeit weltweit möglicher militärischer Maßnahmen genannt: Ein Staat mit so weltweitem ökonomischen Engagement, so weltweit gestreuten Investitionen und massiven Handels- und anderen wirtschaftlichen Engagements muß für den Schutz dieser weltweiten Verflechtungen sorgen — es geht also um Interessen, um die notfalls militärische Verteidigung von Interessen.

Immerhin hat diese Diskussion geklärt, was der „Verteidigung“ bedarf, was ein „Verteidigungs“-Auftrag ist und was ein „Verteidigungs“-Ministerium.

### II.

Umso wichtiger mag es sein, einige rechtliche Festlegungen zu klären. Für die Frage des Einsatzes deutscher Truppen sind vor allem bedeutsam — die Charta der Vereinten Nationen — der NATO-Vertrag — der Vertrag über die Westeuropäische Union (WEU) — das Grundgesetz.

Die UNO-Charta sieht im Kapitel VII Maßnahmen im Sinne eines kollektiven

Sicherheitssystems (im strengen Sinne) vor, d. h. eines Systems von Staaten und anderen Völkerrechtssubjekten, das unter anderem bei Friedensbruch eines der an dem System teilnehmenden Staaten dessen Disziplinierung durch die Gemeinschaft selbst ermöglicht. Nur in Anlehnung an diese Bestimmungen wurde die Resolution vom 29. November 1990 im Sicherheitsrat beschlossen und wurden daraufhin die militärischen Maßnahmen ergriffen; die Resolution sah nicht die UNO selbst als Träger der Militäraktionen vor, sondern nur eine „Ermächtigung“ an bestimmte Staaten und ein „Ersuchen“ an weitere Staaten.

Für die Frage des Einsatzes deutscher Truppen, insbesondere die nach einer Verpflichtung der BRD, ist der Unterschied zwischen dem Verfahren nach Kapitel VII und der Praxis im Golfkrieg von erheblicher Bedeutung.

Aus drei Gründen ist es rechtlich falsch, von einer Verpflichtung — wie sie häufig behauptet wird — von UNO-Mitgliedstaaten auszugehen, Truppen z. B. für den Golfkrieg zur Verfügung zu stellen:

a) Art. 42 der UNO-Charta sieht vor, daß die UNO selbst, über einen Beschuß ihres Sicherheitsrats, die militärischen Maßnahmen durchführt — gemäß eben den Prinzipien eines kollektiven

Sicherheitssystems. Dem entspricht der Einsatz am Golf nicht; die Sicherheitsrats-Resolution Nr. 678 vom 29. November 1990 nimmt zwar Bezug auf Kapitel VII der Charta, wendet aber keine seiner Bestimmungen direkt an: Es wird nicht das Tätigwerden des Sicherheitsrats gemäß Art. 42 beschlossen, sondern nur eine Ermächtigung an „die Mitgliedstaaten, die mit der Regierung Kuweits kooperieren“, und ein Ersuchen an „alle Staaten“ ausgesprochen, die entsprechenden Maßnahmen „zu unterstützen“. Aus diesem Beschuß kann also keine Verpflichtung hervorgehen.

Fortsetzung Seite 2

## 11. Parteitag der DKP

Vom 10. bis 12. Mai 1991 fand in Bonn der 11. Parteitag der DKP statt. Allein diese Tatsache ist keine Selbstverständlichkeit, lagen doch noch auf dem 10. Parteitag im März 1990 Anträge auf Überführung der DKP in die PDS, Auflösung bzw. Umbenennung vor. Eine solche Diskussionsrichtung war auf dem 11. Parteitag nicht mehr feststellbar. Angesichts der Situation der Linken bestand vielmehr Übereinstimmung darin, die DKP nicht aufzugeben und „als Kommunistinnen und Kommunisten in die Zukunft zu gehen“, wie es in einem Antrag hieß. 146 Kreiskonferenzen hatten 298 Delegierte nach Bonn geschickt, die etwa 9000 zahlende sowie eine schwer quantifizierbare Anzahl am Rande der Organisation stehender Mitglieder vertraten.

Während andere kommunistische Parteien in Europa aufgrund ihrer schwierigen Lage zur Zeit ohne internationale Gäste tagen, nahmen am DKP-Parteitag Delegationen von 22 kommunistischen Parteien sowie eine von der stellvertretenden Vorsitzenden Marlies Deneke geleitete Abordnung der PDS teil. Statt der früher üblichen Grußworte wurden an zwei Abenden Diskussionsforen des Parteitages mit den Gästen veranstaltet.

Das Referat der SprecherInnen, vorgetragen von Rolf Priemer, analysierte zunächst die „reaktionäre Wende in der Weltpolitik“ nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus, die sich in der Offensive zur Schaffung einer „Neuen Weltordnung“ ausdrückte, bei der es um vollständige Wiederherstellung der Macht des Imperialismus in allen Teilen der Welt gehe. Gerade der Golfkrieg mache deutlich, daß die globalen Menschenprobleme „in einem un trennbar zusammenhang stehenden globalen gesellschaftspolitischen Problem, nämlich dem imperialistischen Streben nach weltweiter Beherrschung, Unterdrückung und Ausbeutung anderer Völker“. Die ökonomische Katastrophe in der ehemaligen DDR sei nicht auf das Versagen einzelner Personen oder Instanzen zurückzuführen, sondern auf das Wesen des Kapitalismus, „daß nicht die Interessen der Menschen, sondern die Interessen einer möglichst profitablen Kapitalverwertung, die Interessen des Maximalprofits den Ausschlag geben“.

Ansatzpunkte einer sozialistischen Gegenstrategie sah Priemer vor allem dort, wo sich „reale Widersprüche und Konfliktpotentiale zwischen dem Kurs der Herrschenden und größeren Teilen der Bevölkerung tatsächlich entwickeln“. Die DKP halte an einem grundsätzlich antikapitalistischen, revolutionären Standpunkt fest, spreche sich aber gegen Konkurrenzverhalten und Alleinvertretungsansprüche innerhalb der Linken aus: „Eine Gegenstrategie kann es unserer Meinung nach heute mehr denn je nur im Zusammenwirken aller kommunistischen, sozialistischen und anderen linken Kräften in Deutschland geben — oder es wird sie überhaupt nicht geben.“

Ohne eine gründliche Analyse des Scheiterns des realen Sozialismus, so Priemer, könne es „nicht gelingen, uns eine neue politische Identität als revolutionäre Partei zu erarbeiten und der Idee des Sozialismus in unserem Land neue Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft zu geben“. Erklärungen wie „ideologische Aufweichung“, „imperialistische Verschwörung“ oder „politischer Verrat“ greifen laut Priemer zu kurz und „würden nur darauf hinauslaufen, daß wir den ganzen Umfang und die Tiefe der in den sozialistischen Ländern entstandenen wirtschaftlichen und politischen Krisenprozesse verdrängen“. Es handele sich vielmehr um ein ganzes Bündel von Ursachen, die von Unfähigkeit zur ausreichend raschen Entwicklung der Produktivkräfte durch eine von Entfremdung des sozialistischen Eigentums geprägte administrative Kommandowirtschaft bis zu einer deformierten Art und Weise der Beziehungen zwischen Partei, Staat und Bevölkerung reichen. Über all diese Fragen müsse in der Partei weiter umfassend diskutiert werden.

Die Frage der politischen Macht und die Eigentumsfrage blieben weiterhin „zwei unverzichtbare Eckpfeiler einer marxistischen Sozialismus-Konzeption“, doch müsse erkannt werden, daß eine auf diese Punkte reduzierte Sicht „zugleich auch eine beschränkte und verengte Sicht ist“.

Der DKP sei es noch nicht gelungen, sich „wirklich zu stabilisieren und ihre politische Handlungsfähigkeit wiederzugeben“. Sie gehe von einem „notwendigen Prozeß der Neuformierung der kommunistischen, sozialistischen und anderer linker Kräfte in Deutschland“ aus und halte dabei eine kommunistische Partei für notwendig, wobei es nicht um den Namen, sondern um die Inhalte gehe. Erstens sei notwendig die Stabilisierung der DKP dort, wo es sie gebe, zweitens biete das vorläufige Statut allen, die in Deutschland leben, die Möglichkeit zur Mitgliedschaft, drittens

gehe es um Überarbeitung und Neubestimmung der Programmatik der DKP, viertens müsse das Erscheinen der UZ gesichert werden, fünftens solle geprüft werden, mit wem ein Zusammenschluss möglich sei, und sechstens gehe es um „Aktionseinheit und die Intensivierung der Kontakte mit der PDS und anderen Linkskräften“.

In der anschließenden allgemeinen Diskussion gaben eine Reihe von Diskussionsbeiträgen wertvolle Hinweise für weiteres theoretisches Nachdenken, so der Beitrag von Yves Doresta (Hamburg) über die Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie im imperialistischen Herrschaftssystem oder die Rede Leo Mayers (München) über Struktur und Bedeutung der modernen Arbeitersklasse.

In der Debatte vorherrschend war jedoch die Auseinandersetzung um Forderungen, auf dem Parteitag organisatorische Festschreibungen über den Charakter der Partei zu treffen.

### Die Ergebnisse

Welche Ergebnisse hatte nun die Diskussion?

Erstens beschloß der Parteitag eine „Aufgabenstellung für die Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms“ (Antrag I-01) und gab diesem Antrag den Vorrang vor der Behandlung eines Antrages I-09, der organisatorische Festschreibungen vorsah. Die Delegierten lehnten dabei ab, wesentliche Formulierungen dieses Antrages I-09 in die Präambel zu übernehmen, formulierten allerdings mit 133 zu 124 Stimmen, daß angesichts der Folgen des Anschlusses der DDR und des Zusammenbruchs der sozialistischen Länder sowie angesichts einer drohenden imperialistischen Weltordnung deutlich werde, „wie dringend die arbeitenden Menschen in Deutschland eine kommunistische Partei brauchen“, was eine Reihe Delegierter als für die offene programatische Diskussion schädliche Vorwegnahme betrachteten, da ihrer Meinung nach die im ersten Teil des Satzes genannten Sachverhalte eine Überprüfung auch des bisherigen organisatorischen Selbstverständnisses notwendig machen.

Zweitens wurde eine politische Handlungsorientierung für 1991 / 1992 verabschiedet und dabei abgelehnt, einen von H. P. Brenner (Bonn) vorgeschlagenen Punkt 5, „Stärkung und organisatorische Weiterentwicklung der DKP“ auf-

Fortsetzung Seite 2

b) Selbst wenn vom Sicherheitsrat ein zur Beteiligung an militärischen Maßnahmen verpflichtender Beschuß gefaßt worden wäre, hätte er nur Gültigkeit haben können, wenn der Sicherheitsrat selber die militärischen Maßnahmen „durchgeführt“ hätte. Dies hätte vorausgesetzt, daß ihm nach Art. 47 ein „Generalstabsausschuß“ zur Beratung und Unterstützung zur Verfügung gestellt worden und ihm damit seine Regie über die gesamten Militäraktionen erhalten geblieben wäre.

c) Selbst wenn sowohl die Verpflichtung der Staaten zur militärischen Unterstützung als auch die Durchführung der militärischen Maßnahmen unter der Regie des UNO-Sicherheitsrats beschlossen worden wären, hätte dies noch keine verpflichtende Wirkung in bezug z. B. auf die Bundesrepublik haben können. Denn die Verpflichtung, Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, oder auch nur die Verpflichtung, militärische Maßnahmen zu unterstützen, setzt nach Art. 43 der UNO-Charta zweierlei voraus:

aa) das Vorhandensein eines „Sonderabkommens“ über die in solchen Fällen zu leistenden Unterstützungen (Unterstützung nur nach „Maßgabe eines oder mehrerer Sonderabkommen“ zwischen der UNO und dem betreffenden Staat, Art. 43 I) und

bb) eine ausdrückliche Anforderung des Sicherheitsrats, gemäß jenem Sonderabkommen Beistand zu leisten bzw. Streitkräfte zur Verfügung zu stellen.

Freilich ist jedes Mitglied, das wird oft hervorgehoben, prinzipiell an Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrats gebunden, wie es der Art. 25 der Charta in deren Kap. V festgelegt; aber Art. 43 in Kap. VII ist eindeutig eine lex specialis, eine Spezialregelung gegenüber jenem allgemeinen Prinzip und daher eine vorrangig geltende abschließende Regelung für jene militärischen Maßnahmen.

Sonderabkommen im Sinne des Art. 43 der UNO-Charta sind bisher noch mit keinem Staat abgeschlossen worden, auch nicht mit der Bundesrepublik. In bezug auf militärische Maßnahmen ist also jeder Staat frei in seiner politischen Entscheidung darüber, ob und in welchem Umfang er sie unterstützt.

Die NATO ist ein Bündnis mit Grundstrukturen, die durch Offenheit und besondere Rücksichtnahme auf die Souveränität ihrer Mitgliedsstaaten gekennzeichnet ist. Darin unterscheidet sie sich grundlegend von der WEU. Der Vertrag über die Westeuropäische Union sieht in Art. V für den Fall eines bewaffneten Angriffs auf einen ihrer Vertragsstaaten die Verpflichtung vor, „alle in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung“ zu leisten. Eine solche sowohl umfassende als auch automatische Verpflichtung sieht der NATO-Vertrag nicht vor.

a) Zum einen bedarf es hier einer Feststellung des Angriffs durch den NATO-Rat; dieser NATO-Rat beschließt einstimmig. Teilt also ein Mitglied nicht die Einschätzung eines Vorganges als eines „bewaffneten Angriffs auf einen oder mehrere der Parteien“ im Sinne des Art. 6 des Vertrags (darunter können auch Angriffe auf Streitkräfte oder Militärmaterial außerhalb des eigenen Mutterlands fallen) nicht, so kommt jener Feststellungsbeschuß nicht zustande.

b) Selbst nach einstimmiger Feststellung des bewaffneten Angriffs ist jeder

Mitgliedsstaat, ist jede der Vertragsparteien nur insoweit zum Beistand verpflichtet, als sie selbst zu entscheiden hat, (nicht ob, aber) in welchem Umfang sie „Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten“ (Art. 5 I). Es ist also ihrem „Erachten“ überlassen, in welchem Umfang und mit welchem Charakter (insbesondere „einschließlich der Anwendung von Waffengewalt“) sie ihren Beistand leistet.

Diese Struktur der NATO spiegelt das originäre Interesse der USA bei Abschluß des Vertrags 1949 wider, nicht gegen ihren Willen in innereuropäische Querelen einbezogen zu werden. Seitdem hat sich die daraus resultierende Struktur des NATO-Vertrags nicht geändert.

Das Grundgesetz legt in Art. 87a II in einer strikten Formulierung folgendes fest: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.“ Im unmittelbar darauffolgenden Satz ist vom „Verteidigungsfalle“ die Rede, für dessen Zustandekommen der Art. 115a Festlegungen trifft.

Dennoch wird von einer zunehmenden Zahl von Staatsrechtichern der Bundesrepublik, die sich wohl anschicken, eine herrschende Lehre zu etablieren, die Position vertreten, außer im Verteidigungsfall und in den im Grundgesetz ausdrücklich zugelassenen Fällen (eines Einsatzes im Innern) sei die Bundeswehr auch im „Bündnisfall“ einzusetzen. Dieser „Bündnisfall“ sei, so wird argumentiert, in dem Begriff der „Verteidigung“ in Art. 87 Abs. 2 enthalten, mit der freilich merkwürdigen Folge, daß diese „Verteidigung“ dann etwas ganz anderes bedeutet als in dem im folgenden Satz genannten „Verteidigungsfall“:

In der Tat setzt Art. 115a des Grundgesetzes für den „Verteidigungsfall“ strenge Maßstäbe und Begrenzungen: Es wird nicht nur die Zustimmung von Bundestag und Bundesrat vorausgesetzt, sondern auch die objektive Bedingung, „daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall)“. Aus dem NATO-Vertragsrecht wird hier also weder der ausschließliche Angriff auf Bündnispartner noch der Angriff auf im Ausland stationierte Streitkräfte und Militärmaterien abgedeckt. Freilich geht Verfassungsrecht einem solchen Völkervertragsrecht vor — und dies ist im NATO-Vertrag in Art. II Satz 1 am Ende sogar ausdrücklich hervorgehoben. Wie ist dieser Widerspruch zu verstehen, zumal die Regelungen der Notstandsvorlesung, also auch die Art. 87a und 115a des Grundgesetzes, im Jahre 1968 nach besonders intensiven, z. T. jahrelangen Debatten und Vorklärungen zustande gekommen, also keineswegs nachlässige Gesetzgebungsprodukte sind?

Historisch läßt sich dieser Widerspruch leicht auflösen: Die NATO wurde 1949 als Militärbündnis gegen die nicht-kapitalistischen osteuropäischen Staaten gegründet, mit eindeutiger West-Ost-Frontstellung. Keinesfalls sollte die NATO für den Kampf gegen die Entkolonialisierungsbewegungen instrumentalisiert werden; vor allem die USA hatten ein Interesse daran, nicht in solche (nach heutigen Kriterien „Nord-

und auch selbst mitgemacht haben, notwendigen Meinungsstreit mit disziplinären Mitteln zu unterbinden und so die Diskussion möglicher und notwendiger Alternativen zu verhindern. Diese negative Traditionslinie reicht von der KPD der 20er Jahre, in Inhalt und Form der damaligen Auseinandersetzung mit „Abweichlern“ in ihren Auswirkungen bis in die jüngste DKP-Geschichte.“

Mit klarer Mehrheit lehnte es der Parteitag ab, den letzten Satz dieser Passage aus dem Beschuß zu streichen.

Sechstens wurden die ohne GegenkandidatInnen gebliebenen SprecherInnen mit Stimmenergebnissen zwischen 82 % (Heinz Stehr) und 63 % (Helga Rosenberg) wiedergewählt.

Siebents wählten die Delegierten einen neuen Parteivorstand, in dem sowohl ausgewiesene VertreterInnen der Gedankenführung des Antrages I-09 vertreten sind, als auch (mit besseren Stimmenergebnissen) erklärte Gegner dieser Richtung.

Achtens wurde das vorläufige Statut der DKP bis zum nächsten Parteitag zur weiteren Erprobung bestätigt.

#### Starke Belastungen

Der Parteitag stand im Zeichen der Aus-

Süd-“) Konflikte hineingezogen zu werden. Dies hat zu jener Struktur der NATO geführt, nach der die souveränen Entscheidungskompetenzen in beiden o. g. Hinsichten den Staaten überlassen bleiben. Und innerhalb der somit reinen West-Ost-Orientierung der NATO war es auch 1968 undenkbar, daß ein Angriff auf Westeuropa nicht zugleich ein Angriff auf das Bundesgebiet sein würde. Nach der Eliminierung des „Ost-West-Gegensatzes“ im Laufe der 80er Jahre hat sich der Charakter der NATO notwendigerweise geändert. Freilich hat sie sich auch jetzt nicht auf den schon immer mit ihr zugleich verbundenen Charakter beschränkt, den Charakter eines Systems kollektiver Sicherheit zwecks Verhinderung militärischer Austrags der scharfen Rivalitäten zwischen den Mitgliedsstaaten selbst. Im Gegenteil:

Sie wurde nunmehr zur Nord-Süd-Operationsbasis umgewandelt, für die Bundesrepublik beginnend mit dem o. g. Wartime-Host-Nation-Support-Treaty von 1982, abgeschlossen noch unter der sozialliberalen Koalition. Mit der neuen Ausrichtung der NATO aber ist nun etliches schwer mehr zu vereinbaren. Anstatt die völkerrechtlichen Strukturen dieser Nord-Süd-Ausrichtung anzupassen — was freilich zu vieles vielleicht offenlegen würde —, soll nun, per Uminterpretation, das herrschende Verständnis des Verfassungsrechts der BRD geändert werden!

Allerdings ist das Ergebnis einer solchen Uminterpretation, wonach der Begriff der „Verteidigung“ („... außer zur Verteidigung“ — Art. 87a Abs. 2 GG) sowohl den „Verteidigungsfall“ erfasse, als auch den (nirgends im Grundgesetz erwähnten) „Bündnisfall“, auch wenn sie sich anschickt zur „herrschenden Lehre“ zu werden, so extrem undemokratisch wie kurios:

Im „Bündnisfall“ könnten dann die Streitkräfte ohne jede Beteiligung eines parlamentarischen Organs durch bloßen Beschuß der Bundesregierung eingesetzt werden; dies gilt sowohl für die ganze Zeit des Streitkräfteeinsatzes als auch für seine Beendigung. — In diesem Fall hätte das Parlament also nicht einmal die Möglichkeit, eine Beendigung der Maßnahmen durchzusetzen, während in dem weniger eingreifenden „Spannungsfall“ (Art. 80a Abs. 3), der selbst schon in höchst problematischer Weise ausdrücklich von NATO-Rat und Bundesregierung gemeinsam festgestellt werden kann, der Bundestag wenigstens noch das Recht besitzt, den Spannungsfall aufzuheben. Je gravierender die Maßnahme sein soll, desto geringer also die parlamentarische Beteiligung? Und desgleichen wäre nach dieser Interpretation ein Einsatz „fern in der Türkei“ ohne jede Beteiligung des Bundestags möglich, während im Falle des unmittelbaren Angriffs auf das Bundesgebiet normalerweise erst Bundestag und Bundesrat, auch noch mit qualifizierten Mehrheiten, den entsprechenden Verteidigungsfalls festzustellen hätten. Nach demokratischen Maßstäben äußerst skurrile Ergebnisse! Zwei kurze Bemerkungen seien schließlich zu Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes gemacht, auf den ebenfalls in diesem Zusammenhang häufig hingewiesen wird.

Es wird behauptet, diese Bestimmung zum „System gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ habe z. B. durch Abschluß

des NATO-Vertrages automatisch eine Übertragung entsprechender Hoheitsrechte auf die NATO selbst bewirkt mit der Folge, daß im „Bündnisfall“ das Parlament ohnehin nichts mehr mitzureden habe. Selbst wenn man die Frage außer acht läßt, ob die NATO wirklich den Charakter eines „Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit“ habe, so geht aus der ganzen Struktur der NATO hervor, daß diese kein Bündnis mit Abtretung von „Hoheitsrechten“ ist. Zu schonend geht der NATO-Vertrag eindeutig mit den Souveränen seiner Staaten um (s. Tomuschat, in: Bonner Kommentar zu Art. 24 — Zweitkommentierung).

Anderes mag für den Beitritt der BRD zur UNO 1973 gelten. Nur müssen hier eben im Hinblick auf den Streitkräfteeinsatz die oben genannten besonderen Voraussetzungen der Art. 43 und 44 UNO-Charta erst einmal erfüllt sein, das ist längst nicht der Fall.

#### III.

Alle Interpretationskünste und ebenso die geforderten Grundgesetzänderungen zielen auf zweierlei:

a) Auf die Ausweitung möglicher Anlässe für den Einsatz von Bundeswehrstreitkräften einschließlich der Ausweitung regionaler Begrenzungen, die bisher für ihren Einsatz vorausgesetzt wurden, bis hin zur Globalisierung, also Grenzenlosigkeit.

b) Auf die weitestgehende Befreiung solcher Einsätze von jeglichen parlamentarischen Kontrollen, am deutlichsten in der Konstruktion des „Bündnisfalls“. Auf welchem Niveau eine dementsprechende Praxis läge, auf welchem Niveau insbesondere der Formierung im Hinblick auf eine der wichtigsten politischen Entscheidungen, die in einem Staat überhaupt zu treffen sind, das zeigt der historische Rückblick: Nicht nur in der Weimarer Republik, sondern bereits in der Schlußphase des Deutschen Kaiserreichs hatte über Krieg oder Frieden das Parlament selber zu entscheiden. Es wäre also gleichsam ein Rückfall hinter das noch im Kaiserreich erreichte Verfassungsniveau.

Genutzt wird dabei oft der Nebel, der um den Begriff „UNO-Friedenstruppe“ verbreitet wird. Zwei völlig unterschiedliche Arten von Einsätzen haben sich im Rahmen der UNO herausgebildet: zum einen die unter der Führung des Sicherheitsrats gemäß Art. 42 ff (Kapitel VII) der UNO-Charta operierenden Truppen, eingesetzt frontal gegen z. B. einen Okkupanten, zum anderen die „Blauhelme“, in freier Vereinbarung von Staaten zur Verfügung gestellt für den schlichtenden, Widersprüche dämpfenden Einsatz prinzipiell zwischen den Fronten, z. T. auch verbunden mit politizistischen Aufgaben. Dieser Einsatz ist nirgends in der Charta geregelt; er stellt eine Form frei vereinbarter Kooperation zwischen den Staaten unter dem Dach der Vereinten Nationen dar.

So können wir verschiedene Ebenen von projektierten Strukturen für Einsätze der Bundeswehr außerhalb der Grenzen der BRD unterscheiden:

1. (am wenigsten aggressiv) der Einsatz in der Form der UN-Blauhelme: dies ist die zurückhaltendste Forderung innerhalb der SPD — und dennoch eine hervorragende Einstiegsebene für weitreichende Formen des militärischen

Einsatzes.

2. der Einsatz als Teil förmlicher UN-Truppen, wie sie nach Art. 42 ff der UN-Charta vorgesehen sind: freilich steht das Gewicht dieser Forderung innerhalb der gegenwärtigen Debatte in einem Gegensatz zu der Tatsache, daß eine solche Truppe in der bisherigen Geschichte der UNO noch niemals aufgestellt worden ist, eben auch nicht vor und im Golfkrieg, wo die alliierten Oberbefehlshaber, insbesondere die der USA, sich niemals vom Sicherheitsrat die politische und militärische Führung haben aus der Hand nehmen lassen.

3. der Einsatz innerhalb eines kombinierten NATO-vertraglichen und europäischen „Sicherheitssystems“, z. B. in den Strukturen der Westeuropäischen Union (WEU), von dieser wissen wir bereits, daß sie — völlig anders als die NATO — eine umfassende und automatische militärische Beistandsverpflichtung für ihre gegenwärtig sieben Mitgliedsstaaten vorsieht.

Würde dies verwirklicht und würde über eine Grundgesetz-Änderung der grenzenlose Bundeswehreinsatz prinzipiell ermöglicht, dann wäre die Bundesrepublik in eine hochdifferenzierte Einsatzstruktur eingebunden.

— in die UNO, deren Friedensordnung in eine „Neue Friedensordnung“ überführt werden soll, in welcher Einsätze wie im Golfkrieg erleichtert werden sollen (Volker Rühe zu der „glücklichen“ Konstellation zwischen den großen Mächten kurz vor dem Golfkrieg: „Die Wiederholung — einer solchen Konstellation — ist nicht wahrscheinlich“); — in die NATO als Bündnis- und Einsatz-Organisation der Mehrzahl der mächtigsten imperialistischen Staaten der Erde, ein Vorherrschafts-Organisation, deren Stärke gerade in ihren flexiblen, rivalitätsdämpfenden inneren Strukturen liegt;

— in die spezifisch europäische „Sicherheitsorganisation“, z. B. die WEU, als rechtlichen Rahmen und militärische Struktur, die für militärische Einsätze die Souveränität der Bündnisstaaten aufhebt.

Dieses differenzierte System soll innerhalb des sich zusätzenden „Nord-Süd-Gegensatzes“ die Vorherrschaft der reichsten Staaten — auch innerhalb der UNO — auf Dauer zur Geltung bringen. In diesem Rahmen will die BRD „Deutschland wieder handlungsfähig machen“ (Volker Rühe), d. h. entsprechend den weltweiten imperialistischen Engagements den weltweiten militärischen Einsatz ermöglichen — nur eben nicht isoliert und allein; davor warnt die deutsche Geschichte der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts auch die forschesten Militärpolitiker. Sollte es ein Zufall sein, daß zeitgleich nicht nur die deutsche, sondern auch die japanische Verfassung, beide mit ihren jeweiligen antimilitaristischen Reststrukturen, die sie den Kriegserfahrungen und Niederlagen ihrer Länder ab 1945 verdanken, mit heftigen Uminterpretations- und Änderungsdebatten überzogen werden?

Wie hat doch Wyle in dem o. g. Artikel das Interesse an weltweitem militärischem Einsatz so schön begründet: „Eine Lebensader ist eben eine Lebensader“ und, so sei hinzugefügt, deren wirkungsvollste Verteidigung eben der Angriff. — Darum geht es.

Martin Bennholz

hen“. Von H. P. Brenner wurde die PDS als „Partei neuen sozialdemokratischen Typus“ qualifiziert und vor allem der Aufbau der DKP in der ehemaligen DDR verlangt. Diese Richtung konnte ihre Forderungen auf dem Parteitag nicht durchsetzen, bleibt aber personell stark in der Parteführung vertreten.

Am Morgen des 3. Tages erklärte der Sprecher der DKP Nürnberg, Reinhold Brunner, den Protest seiner Richtung gegen die Nichtbefassung des Antrages I-09, bezeichnete sie als „Ausgrenzung des Nordbayern“ und kündigte an, dieses Verhalten des Parteitages werden eine „entsprechende Würdigung in der Auswertung“ erfahren.

Diese Richtung wurde in der Diskussion als Richtung der „revolutionären Phrase“ charakterisiert. Dies bezog sich auf eine Einschätzung Lenins von 1918 gegenüber einer Richtung, die in Zeiten der Schwäche einen revolutionären Krieg verlangt hatte: „Die revolutionäre Phrase besteht in der Wiederholung revolutionärer Lösungen ohne Berücksichtigung der objektiven Umstände bei der jeweiligen Wende der Ereignisse und beim gegebenen Stand der Dinge, wie sie gerade zu verzeichnen sind

Wunderbare, hinreißende, berausende Lösungen, denen der reale Boden fehlt — das ist das Wesen der revolutionären Phrase.“

Umgekehrt empfanden vor allem Delegierte aus Rheinland-Westfalen und Hessen die Annahme des zitierten Satzes aus der Präambel zum Programmamt als organisationspolitische Festschreibung und Richtungsbeschuß, was für manche den weiteren Verbleib in der Partei zeitweise in Frage stellte und etwa Marita Salm und Rudi Maurer aus Hessen bewog, nicht wieder für den Parteivorstand zu kandidieren.

Dieser Parteitag war also starken Belastungen ausgesetzt und stand mehrfach an kritischen Punkten. Daß er dennoch mit den genannten Ergebnissen abgeschlossen werden konnte, verdankt die Partei der Mehrheit der Delegierten, die eindeutig gemeinsam als DKP des schwierigen Prozeß der programmatischen Erarbeitung kommunistischer Politik, des Eingreifens in politische Prozesse, der Aufarbeitung der Vergangenheit und, wie Heinz Stehr in seinem Schlußwort sagte, des „Eingreifens in linke Debatten und Aktionseinheiten“ angehen wollten.

Jürgen Köster, DFG

Derzeit erscheint kaum eine Informationsbroschüre für Klein- und Mittelbetriebende, eben für „Unternehmer“ oder solche, die es werden wollen, ohne Hinweis auf die Segnungen des geplanten EG-Binnenmarktes. Eine ihrer Verbandstagungen ohne Beiträge zur neuen Zukunft im Europa-92. Auch die IG-Metall konnte es sich nicht verkneifen, zu ihrer 100-Jahresfeier neben Kanzler Kohl auch gleich den EG-Kommissionspräsidenten Deitors und den Kanzler des noch-nicht EG-Landes Österreich einzuladen. Die tatsächlichen Entscheidungen für die Organisation der geplanten europäischen Großraumwirtschaft verlaufen dagegen weitgehend abgeschirmt vom Parlament und dem was gemeinhin als „Öffentlichkeit“ bezeichnet wird. Die stattfindenden Verlautbarungen von Regierung, Verbänden und Parteien aber haben größtenteils Propagandafunktionen. Damit entsteht um die ganze Europafrage eine seltsame Mischung von hauptsächlich ideologiekleiner öffentlicher Stammischichtdebate und brutal wirksamer, weitgehend verborgener Konferenzpolitik von Konzernen, EG-Kommission und Regierungsspitzen.

Da eine auch nur annähernd zutreffende Übersicht über den tatsächlichen Stand der Dinge nur reichlich mühsam zu erhalten ist, herrschen „Eindrücke“ vor, die sodann bei x-beliebigen Anlässen – Staatsbesuch hier, Firmengründung dort, internationale Konferenz da und dort – durch die Medien nach Bedarf mal hierhin, mal dorthin verstärkt werden können. Meist sollen damit neue Maßnahmen begründet werden, um propagierte „Versäumnisse europäischer Politik“ abzustellen. Die Propaganda vom angeblichen Verfall Europas bereitete die Beschlüsse zum Binnenmarkt 92 vor, das „mangelnde Eingreifen im Nahen Osten“ ruft nach gemeinsamen Eingreiftruppen usw.

Einer dieser „Eindrücke“ ist, die ganze Europafrage sei reiner Propagandarummel, und die Bildung z.B. eines „geschäftsführenden Ausschusses“ (F. Engels) für besondere, gemeinsame Interessen des europäischen Kapitals gar nicht möglich.

Ein anderer „Eindruck“ ist, Europa sei „unaufhaltsam auf dem Vormarsch“, die USA eine absteigende Weltmacht und die wirtschaftlichen Aussichten für das BRD-Kapital und alle, die daran mit profitieren, nichts als glänzend.

Ein weiterer „Eindruck“ ist, die EG sei im europäischen Maßstab, was die alte und neue BRD angeblich immer war: wirtschaftlich riesig, politisch zergänglich, also außenpolitisch, militärisch und überhaupt keine Friedensmacht.

Wir möchten mit dem folgenden Beitrag einige Hinweise auf den aktuellen Stand der Dinge geben und die Aufmerksamkeit auf absehbare Entwicklungstendenzen und Folgen lenken, die sich aus den geplanten, bereits in voller

## EG-Binnenmarkt '92: Grenzenloser Markt oder eher die Grenzen der Marktwirtschaft?

### Kapitalkonzentration als Quelle des Fortschritts?

Umstrukturierung befindlichen hochkonzentrierten EG-Großraum-Marktwirtschaft ergeben.

Der EG-Binnenmarkt, der „größte einheitliche Markt der Welt“ (mit 324 Mio. Einwohnern in den 12 EG-Staaten vor USA mit 244 Mio. und Japan mit 122 Mio. Einwohnern) erfordert die Zusammenballung von Kapital an einer, durch Vernichtung von Kapital an anderer Stelle. Eine gleichmäßige wirtschaftliche Entwicklung kann die kapitalistische Marktwirtschaft nicht erreichen. Die Entwicklung auf dem Gebiet der annektierten DDR, also in den sog. neuen Bundesländern, deutet an, was in der EG samt dem EG-Anschlußgebiet – also in den EG-, den EFTA-Ländern und in Osteuropa – entstehen kann: riesige Gebiete wirtschaftlicher Stagnation, Armut und Vereindlung durchzogen von einer „Schneise“ hochkonzentrierter, wirtschaftlich vereinseitigter, monopolierte Krisenhafter Kapitalanhäufung.

#### Konzern- und Regierungsprojekt Binnenmarkt 1992

Zum 25. Jahrestag der EG erschien die Zeitschrift „The Economist“ 1982 mit einem Grabstein. 1983 veröffentlichten die Vertreter europäischer halbamtlicher politischer Forschungsinstitute eine Studie, in der es u.a. hieß: „Die Existenz der Europäischen Gemeinschaft ist bedroht. Die Position Westeuropas scheint von allen Seiten in Frage gestellt. Falls nichts geschieht, sehen wir uns der Auflösung einer der wichtigsten europäischen Errungenschaften seit dem Zweiten Weltkrieg gegenüber.“ (Kaiser u.a., 1983) 1984 einigten sich die BRD, Frankreich und Großbritannien nach verschiedenen Verhandlungen über die Richtlinien einer sog. „gemeinsamen Agrarpolitik“. Anschließend bereiste der inzwischen zum Präsidenten der EG-Kommission bestimmte Delors verschiedene europäische Länder, hielt ausführliche Beratungen mit Konzern- und Regierungsvertretern in diesen Ländern und legte als Ergebnis im Sommer 1984 auf dem Treffen der Regierungschefs vier Vorschläge vor, die im Verlauf der kommenden Jahre weiter abgestimmt, ausgebaut und schließlich 1989 als sog. „Delors-Plan“ von den EG-Regierungen verabschiedet wurden.

Diese vier Vorschläge sahen vor:

- eine „institutionelle Reform“ der EG,
- einen Umbau der Zuständigkeiten der EG, die nichts geringeres als eine

gemeinsame „europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik“ zum Ziel hatten,

- die Bildung einer europäischen „Währungsunion“ und schließlich
- die Bildung eines „internen Marktes“.

So wie die europäischen Parlamente aus diesem Abstimmungsprozeß der Regierungen ausgeschlossen waren, so waren die Konzernvertretungen von Anfang an eingeschlossen. Das alleinige Initiativrecht für Entscheidungen, die zu quasi-europäischen Gesetzen werden sollen (näheres s.u.) hat die EG-Kommission. Die Kommission hat wiederum Ausschüsse, die alle Vorlagen mit sog. „Experten“ beraten. Zu diesen Experten gehören zuallererst die in Brüssel angesessigen Konzernvertretungen und Lobbyen.

Neben der Einflussnahme auf die Kommissionspolitik traten die Konzernvertretungen aber auch mit einem eigenen Binnenmarktprojekt auf den Plan. Ebenfalls 1984 veröffentlichte Wisse Dekker, Vorstandsvorsitzender der Firma Philips, den sog. „Dekker-Plan“, der die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes bereits 1990 vorsah.

Am 14. 6. 85 legte die EG-Kommission dem Ministerrat – dem Gremium zur Abstimmung der Kommissionspolitik mit den Regierungen – das sogenannte „Weißbuch“ über die Vollendung des Binnenmarktes vor. Bis Ende 92 soll danach durch Abbau der Grenzformalitäten, durch Beseitigung von steuerlichen Hindernissen ein einheitlicher Wirtschaftsraum entstehen, in dem die „Freizügigkeit von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital“ herrschen soll.

Zur Umsetzung der darin geplanten Maßnahmen war aber eine Änderung der Römischen Verträge, also der vertraglichen Grundlage der EG, nötig. Dies geschah im Februar 1986 mit der „Einheitlichen Europäischen Akte“ (EEA). Diese Einheitliche Europäische Akte enthält drei grundlegende Zielsetzungen mit einer Reihe dazu gehörender Maßnahmen.

**1. Der gemeinsame Binnenmarkt:** Als allgemeines Ziel wird in der Akte festgeschrieben, die Europäische Gemeinschaft durch einen Berg von Einzelmaßnahmen (die Rede ist von ca. 300 Einzelbeschlüssen und Regelungen) zu einer Europäischen Union zu entwickeln. Diese Union soll sich durch zwei Dinge auszeichnen, erstens eine Wirtschafts- und Währungsunion und zweitens eine politische Union, also insbesondere eine gemeinsame Außenpolitik. Der Binnenmarkt ist definiert als: „Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages gewährleistet ist.“ Um die Fortschritte zu kontrollieren, ist die Kommission verpflichtet worden, 1988 und 1990 dem Ministerrat zu berichten. Zur Vollendung des Binnenmarktes sind Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten anzugeleichen und Steuern und Abgaben zu harmonisieren. Für die Festlegung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften reicht eine Beschlusfassung des Ministerrates mit qualifizierter Mehrheit, während bei der Steuerharmonisierung eine einstimmige Beschlusfassung notwendig ist.

**2. Die Wirtschafts- und Währungsunion:** Wie der Tagespresse zu entnehmen ist, finden auf diesem Gebiet derzeit heftige Auseinandersetzungen zwischen den EG-Regierungen statt. Mit der EEA wurde das Ziel einer „Konvergenz“ der Wirtschafts- und Währungspolitik unter der „Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem Europäischen Währungssystem (EWS) und der Europäischen Währungseinheit (ECU)“ festgeschrieben. Diese Formulierungen zeigen, daß mit fortbestehenden Widersprüchen gerechnet wurde, deren Klärung der weiteren Auseinandersetzung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen zwischen den einzelnen Staaten bzw. in diesen Staaten überlassen ist.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, daß das ganze EG-Vertragswerk den Kapital- und Warenverkehr regelt und damit tief in die Arbeits-, Lebens- und Verhältnisse und die Bestimmung des

Lohnes eingreift, aber keinerlei Rechte der Lohnabhängigen gegen diese Politik beinhaltet. Ein bereits jetzt feststehendes Ergebnis dieser „Konvergenz“ der Wirtschaftspolitik ist die inzwischen konstant hohe Arbeitslosigkeit in den EG-Ländern. Nach den statistischen – sicherlich noch beschönigenden – Werten des Jahreswirtschaftsberichtes der EG betrug 1988 der Prozentsatz der Arbeitslosen an der „zivilen Erwerbsbevölkerung“ in der EG 10 %, in den USA 5 % und in Japan 2,5 % (1989: 10,9 % zu 5,5 % zu 2,6 %). Hinter der Durchschnittszahl von 10 % verborgen sich aber wiederum nationale Durchschnittszahlen in einer Bandbreite zwischen 19,6 % in Spanien und 6,4 % in der BRD.

**3. Organisatorische Änderungen der EG:** Der dritte Bestandteil der Einheitlichen Europäischen Akte besteht aus Bestimmungen über die Organe der EG. Diese Bestimmungen zielen auf eine weitere Beschleunigung des bereits jetzt durch und durch „unparlamentarischen“ Entscheidungsverfahrens in der EG. Mit den Beschlüssen zur Einheitlichen Europäischen Akte wurde erstmals das Mehrheitsprinzip durchgesetzt. Die wirtschaftlich vorherrschenden Staaten, die im Vorfeld wichtiger Entscheidungen ihre Interessen „bilaterale“ abstimmen – z.B. BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien – setzen also ihre Interessen durch wirtschaftlichen Druck gegenüber den wirtschaftlich schwächeren Ländern durch und verhindern auf der Ebene des Ministerrates die Möglichkeit eines Vetos dieser Staaten. Weiterhin wurde der vorherrschende Einfluß der EG-Kommission weiter gestärkt. Bereits jetzt hat bekanntlich das Europaparlament nur beratende Funktion gegenüber der Kommission und dem Ministerrat. Der Ministerrat wiederum tagt in wechselnder Zusammensetzung – je nach dem anliegenden Thema – als Abstimmungsgremium der beteiligten Regierungen bzw. ihrer Ministerien. Jetzt heißt es zu den Vollmachten der Kommission bereits: „Wird der Rat kraft dieses Vertrages auf Vorschlag der Kommission tätig, so kann er Änderungen dieses Vorschlagess nur einstimmig beschließen.“ Dazu muß man berücksichtigen, daß alleiniges Initiativrecht für bindende Entscheidungen sowieso die Kommission hat.

Nach dieser Beschlusfassung wurde ein aufwendiges, wissenschaftlich aufgezogenes Propagandamachwerk in Auftrag gegeben. Unter der Verantwortung des Vizepräsidenten der EG-Kommission Lord Cockfield und unter Federführung von Paolo Cecchini entstand mit Millionenaufwand – die Millionen wurden an verschiedenste Forschungseinrichtungen verstreut – der sog. „Cecchini-Bericht“ über den „Vorteil des EG-Binnenmarktes“. Mit wissenschaftlich mehr als fragwürdigen Methoden und u.a. deshalb auch kritisiert von nicht wenigen Forschungseinrichtungen und Wissenschaftlern (die wahrscheinlich keine Gelder bekommen hatten) wurden darin die Vorteile des Binnenmarktes und die Nachteile seiner Nicht-Verwirklichung „berechnet“. Tenor und Machart dieses Berichtes lassen sich bereits aus einer losen Aneinderrichtung von Zwischenüberschriften erkennen: „Der „Angebotsschok“ und seine Folgen“, „Schranken, die verschwinden müssen“, „Je kleiner das Unternehmen, desto größer die Belastung“, „Protektionismus im öffentlichen Auftragswesen, ein Schuß in den Ofen“ usw. usf. Der Bericht röhrt die Trommel für den „Angebotsschok“ und die sog. „Deregulierung“ in der EG und über die EG hinaus. Wie auch immer geartete staatliche Schutzmaßnahmen für besondere Kapitalinteressen und schon gar für kommunale und erst Recht für Lohnabhängigeninteressen sollen fallen. Alle Industrien müssen dem „freien Markt“ ausgesetzt werden, um ihre Produktivität zu „beweisen“ oder um vom Markt zu verschwinden. Das Ganze endet mit dem Aufruf: „Es liegt jetzt an den Unternehmern und Politikern, das Ziel des einheitlichen europäischen Binnenmarktes konsequent anzusteuern, damit seine Vorteile voll zur Geltung kommen können.“ (S. 136)

Über mehrere Gipfeltreffen von 1987, 1988 und 1989 wurden die Modalitäten der seit 1984 Zug um Zug festgeschriebenen Zielsetzungen weiter ausgehend und präzisiert und 1989 mit dem „Delors-Plan“ verabschiedet.

Mit der Annexion der DDR durch die BRD, der Krise der realsozialistischen Staaten, dem Vormarsch des westdeutschen und europäischen Kapitals nach Osten in den Jahren 1989/90 ergab sich aus der Berichterstattung der bürgerlichen Presse wieder ein neuer, vager „Eindruck“ in Sachen Europa, nämlich der, es gäbe ernstlichen Widerspruch in den herrschenden Klassen der europäischen Länder gegen die immer übermächtigere Vormachtstellung der BRD. Tatsächlich aber wurde die Führungsrolle der BRD bestätigt. Als im April 1990 der EG-Krisengipfel in Dublin tagen und über den Anschluß der DDR beraten sollte, hatte die Regierung Kohl die DDR-Annexion bereits vollzogen. Merklichen Widerstand innerhalb der BRD gegen die Anschlußpolitik gab es kaum. Kohl konnte sich zum Initiator der weiteren europäischen Einigung aufspielen. Gemeinsam mit Mitterand schrieb er einen Brief an die übrigen Regierungen, in dem die EG ermahnt wurde, sich jetzt aber der Europäischen Union anzunehmen und die europäische Währungsunion einzurichten. Die britische Regierung opponierte, Premierministerin Thatcher wurde abgesetzt, und unter dem neuen Premier Major war auch die britische Regierung auf EG-Kurs.

Bereits kurz nach der „Öffnung“ der Mauer waren US-amerikanische Zeitschriften mit der Schlagzeile von der „Supermarkt Deutschland“ erschienen. (Herald Tribune: „Supermarktstatus für Bonn“, Newsweek drei Monate später: „Ein geeintes Deutschland, die neue Supermarkt“). Die BRD war nach dem Anschluß der DDR nicht nur das Land mit dem größten Inlandsprodukt, den größten Außenhandelsüberschüssen, den größten Devisenreserven, der größten Militärmacht, sondern auch mit der größten Bevölkerungszahl in der EG. Diese Rolle nutzte die BRD jetzt auch als Vorreiter für die Ostexpansion und die Entwicklung der EG-Infiltrations-, Spaltungs-, Einmischungs- und Vorrherrschaftspolitik über die Länder Osteuropas.

Ein integraler Bestandteil der Europäische Union von Konzernen und Regierung seit Mitte der 80er Jahre ist die Entwicklung von Einfluss und Instrumenten zur Durchsetzung gemeinsamer außenpolitischer und militärischer Interessen. Die Durchsetzung außenpolitischer und militärischer Interessen der EG-Staaten im Rahmen der NATO und unter Vorrherrschaft der USA soll ersetzt werden durch eine EG-Außen- und Militäropolitik in Konkurrenz und Abstimmung mit den USA. Hierzu werden gegenwärtig hauptsächlich zwei „europäische“ Einrichtungen weiterentwickelt: die Westeuropäische Union (WEU) als Einrichtung gemeinsamer Militäropolitik der EG und die KSZE-Konferenz, verbunden mit der Forderung nach „Volksgruppenrechten“ für Deutsche überall im Osten als Legitimationseinrichtung für Einmischung und Eingreifen in den Ländern des östlichen Europas.

Parallel dazu findet der „innenpolitische“ Ausbau eines europaweiten staatlichen Unterdrückungsapparates statt. Die „Eurocops“ laufen nicht nur als Serie im Fernsehen, der Aufbau von einflussreichen Fahnungstruppen, Polizeinetze, Datenbanken ist auch in der Wirklichkeit in vollem Gange. BKA und GSG 9 stehen Pate beim Aufbau von innerpolitischen Eingreiftruppen in Europa. Mit dem Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bundespolizei in der BRD nach „Wegfall“ der Grenzen zur DDR steht bereits das Modell für die „Kompensation“ des geplanten Wegfalls der Grenzkontrollen in der EG.

Die Annexion der DDR durch die BRD hat aber noch in anderer Hinsicht „Vorbildcharakter“ für den weiteren „Ausbau“ der EG: nämlich für einen – jetzt aber konferenzmäßig abgewickelten – Anschluß der EFTA-Länder (Finnland, Island, Liechtenstein, Norwegen, Österreich, Schweiz, Schweden) an die EG. Seit 1989 verhandeln EG und EFTA über die Bildung eines „Europäischen Wirtschaftsraumes“ (EWR). Diese Verhandlungen finden nicht mehr zwischen den Regierungen der beteiligten Länder statt, sondern zwischen der EG-Kommission und der Vertretung der EFTA. Der von der EG-Kommission ausgearbeitete Plan des EWR besteht darin, den EFTA-Ländern die „Alternative“ zu stellen, entweder zu den bestehenden Bedingungen der EG

## Marxistische Blätter 3-91

**Staat und Demokratie: Zur Krise sozialistischer Vergesellschaftung**  
– Marx und Menschenrechte – Verfassungsdiskussion  
– Juristische Vergangenheitsbewältigung

### Die Themen im Einzelnen:

Zum Tode von Kurt Steinhaus  
Von Jupp Schleifstein

Zur Lage in Kurdistan  
Von J. Meyer-Ingwersen

II. Parteitag der DKP  
Von Jürgen Köster

**Staat und Demokratie: Zur Krise sozialistischer Vergesellschaftung**  
Von Uwe-Jens Heuer

Hatte Marx eine  
Menschenrechtstheorie?  
Von Hermann Klenner

Demokratie-Aspekte  
Von Robert Steigerwald

Die Diskussion um eine neue  
soziale Verfassung  
Von Eberhard Lieberam

Europäische  
Vergangenheitsbewältigung  
Von Friedrich Wolff

Der sozialistische  
Charakter der Perestroika  
Von Poloskov

Wider die Rede vom  
„Gorbatschowismus“  
Von Klaus Mähler

Einig Vaterland – gespaltene Nation  
Von Heinz Kallabis

Klio – Die Muse mit dem Januskopf  
Von Manfred Kosok

Das verlorene Ich – Frauen auf der  
Suche nach einer neuen Identität  
Von Florence Herve

Jugendpolitik – auch das noch?  
Von Patrik Köbele

Lukas und die Zukunft des Marxismus  
Von Werne Seppmann

Das Richtige nur im Notfall  
Von Klaus Herborn

Wege in die Abhängigkeit  
Von Manfred Szameitat

Der EGB will leistungsfähig werden  
Von Gerd Siebert

DKP-Thesen  
zur Einheitsgewerkschaft  
Von Werner Petschick

beizutreten oder als gesamtes EFTA-Gebiet angeschlossen zu werden. Die Bildung des EWR soll darin bestehen, daß die beteiligten Länder ohne irgendwelche Mitsprache auch nur der Regierungen — also ohne Vertretung im Ministerrat — das ganze Gesetzes- und Maßnahmenpaket für den Binnenmarkt 1992 pauschal übernehmen sollen. Streitigkeiten sollen vor dem EG-Gerichtshof geklärt werden. Am 24. Juni finden in Salzburg die nächsten EWR-Verhandlungen statt, auf denen auch das entsprechende Vertragswerk zwischen EG und EFTA unterzeichnet werden müßte, wenn der Anschluß zeitgerecht für den Binnenmarkt 1992 gelingen soll.

#### Zu einigen Rahmenbedingungen des Projektes „Binnenmarkt '92“

Die Forcierung des europäischen Binnenmarktes, der Entwicklung einer Wirtschafts- und Währungsunion, der Herausbildung einer gemeinsamen Außen- und Militärpolitik und die Umstrukturierung der EG zu einer neuen Form von übernationalem Exekutivstaat seit Mitte der 80er Jahre findet unter dramatischen Umbrüchen der Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Staaten und auf der Basis beschleunigter Monopolisierung und Kapitalkonzentration statt. Hierzu stichpunktartig einige Hinweise:

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben sich wesentliche Änderungen der imperialistischen Kräfteverhältnisse vollzogen. Die BRD steht ökonomisch, geographisch und politisch im „Mittelpunkt“ dieser Veränderungen. Die wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse zwischen USA, Europa und Japan haben sich verschoben. Die USA ist zur Schuldernation geworden, die BRD und Japan zu den wichtigsten Gläubigern und Finanziers. Die Salden der Handelsbilanz entwickelten sich zwischen 1981 und 1989 wie folgt: der jährliche Saldo der USA fiel von -27,98 Mrd. Dollar weiter auf -114,90 Mrd. Dollar, der jährliche Saldo der BRD stieg von +17,43 Mrd. Dollar auf +77 Mrd. Dollar, der Japans von +19,97 Mrd. Dollar auf 76,91 Mrd. Dollar. Die USA verzeichneten also eine beständige Verschlechterung ihrer Konkurrenzposition auf dem Weltmarkt, die BRD und Japan eine beständige Verbesserung.

Drei große imperialistische Einfluß-

zonen bilden sich heraus — von den imperialistischen Publizisten „Triade“ genannt — jeweils unter der Vorherrschaft einer imperialistischen Weltmacht: Nord- und Südamerika unter der Vorherrschaft der USA, Europa unter der Vorherrschaft der BRD, der Pazifik unter der Vorherrschaft Japans.

Die Verlängerung des — wenn inzwischen auch verlangsamt — „Wirtschaftswachstums“ der imperialistischen Staaten seit Anfang der 80er Jahre in diesen Zentren vollzieht sich auf den Grundlagen:

- einer drastischen Senkung der Rohstoffpreise, insbesondere der Ölpreise seit etwa 1986 (zwischen dem 1. Vierteljahr 1984 und dem 1. Vierteljahr 1990 fiel der Importpreis für ein Barrel Rohöl von 29,22 US-Dollar auf 19,45 US-Dollar),
- der Krise der realsozialistischen Staaten und des Vordringens der imperialistischen Wirtschaft in diesen Ländern,
- der gewaltsauslösenden Öffnung von neuen „Absatzmärkten“ im Osten und der Annexion der DDR.

Seit dieser Zeit verstärken die führenden westeuropäischen Staaten ihre Politik der Schaffung einer europäischen Großraumwirtschaft. Motor dieser staatlich organisierten Großraumpolitik sind die imperialistischen Konzerne, was den ehemaligen EG-Bevollmächtigten in Washington, Ray Denman, gleich zu der politischen Prognose beflog: „Der Grund, warum 1992 Erfolg haben wird, während jedes andere europäische Integrationsschema bisher gescheitert ist, liegt darin, daß dieses Mal die Geschäftswelt den Prozeß vorantreibt. Sie ist Brüssel mindestens einen Schritt voraus. Sie muß nicht ermahnt werden, einen gemeinsamen Markt zu errichten; sie tut es bereits.“ Die Sorte „Integration“, die die Konzerne betreiben, sind Übernahmen, Kooperation und Neuorganisationen ganzer Industriebanken durch wenige Konzerne.

Die Zentralisation des Kapitals und die fortschreitende Beherrschung dieser Großwirtschaftsräume vollzieht sich aber nicht nur innerhalb der drei imperialistischen Zentren. Vielmehr versuchen die großen Konzerne, über weltumspannende Kooperationen vorzugehen, wobei die Grundlage der Vorherrschaft in einer der drei oder in allen drei Wirtschaftsräumen offensichtlich die

Vorherrschaft auf dem heimischen Markt ist. So erzielen viele US-amerikanische Firmen inzwischen in Europa größere Umsätze als in den USA. Die japanischen Direktinvestitionen in Europa stiegen sprunghaft: bis 1985/86 ca. 2 bis 3 Mrd. Dollar pro Jahr, 1988 bereits 9 Mrd. Dollar, 1989 14 Mrd. Dollar. Weltkooperationen wie zwischen IBM und Siemens (Chip-Produktion) und Daimler-Benz und Mitsubishi (beides die führenden Kampfflugzeughersteller des 2. Weltkrieges mit Messerschmitt und Mitsubishi) werden getroffen. Die beiden letzteren Konzerne haben sich nichts geringeres als die Bestimmung der „Zukunft der Automobil, Raumfahrt und Elektronikindustrie der Welt“ vorgenommen.

Die BRD liegt im Zentrum des geplanten europäischen Wirtschaftsgroßraumes und seines Ausbaus zum weltbeherrschenden, bereits jetzt weltgrößten (an Bevölkerung, Produktion etc.) Marktes. Bereits jetzt ist die BRD die vorherrschende Macht in diesem Markt, jedes EG-Land ist z.B. im Handelsbilanzdefizit mit der BRD. Dank der fortgesetzten, auflaufenden Kapitalüberschüsse aus ihrer Handelsbilanz ist die BRD in der Lage, ihre Kanonenbootpolitik von gestern durch die moderne Kapitalexportpolitik von heute zu ersetzen.

Schaut man sich die Karte der Industriezentren, der sog. „wirtschaftlichen Ballungsräume“ in Europa an, so zieht sich eine Kette dieser Ballungsräume von Südenland und dem Großraum London über die Zentren Hollands, der Beneluxstaaten weiter über die gesamte BRD bis zur Industrieregion Norditaliens. Ein zweiter „Industriegürtel“ verläuft am Nordrand des Mittelmeeres über Norditalien, Südfrankreich mit dem Großraum Marseille und der Region Barcelona in Spanien. Ohne die BRD kein europäischer Markt, ohne europäischen Markt keine Vorherrschaft auf den anderen Weltmärkten. Das dürfte eine wesentliche Basis für die Bereitschaft der anderen imperialistischen Staaten sein, der „Lokomotive“ BRD nach Ost und West und überhaupt zu folgen.

#### Der entstehende, neue EG-Staat: konzernkontrolliert, gefährlich

Während innerhalb der Linken und zwischen Mitgliedern verschiedener linker und sozialistischer Organisationen da

und dort diskutiert wird, ob mit der EG eine neue Form der Staatsbildung entsteht, ist die tatsächliche Staatsbildung bereits weit fortgeschritten.

Am deutlichsten zeigt sich dies an der Rechtssetzung, die durch EG-Organe vorgenommen wird. Dazu nur einige Hinweise, ohne deren Berücksichtigung aber jede Beurteilung der offenen und verdeckten EG-Konferenz- und Kommissionspolitik problematisch wird.

Es gibt drei Arten von Rechtsakten, mit denen EG-Behörden unmittelbar oder mittelbar in die Rechte, damit die Interessen nationaler Kapitale und vor allem der Lohnabhängigen, Bauern und kleinen Selbständigen eingreifen: die „Verordnung“, die „Entscheidung“ und die „Richtlinie“. Schon der Begriff „Verordnung“ deutet die besondere Art von Exekutivstaat an, die mit der EG herausgebildet wird. Die „Verordnung“ — im landläufigen Sinne eine Ausführungsbestimmung auf Grund eines Gesetzes — ist im EG Sprach- und vor allem Rechtsgebrauch das Gesetz der EG. Nach dem „Verordnungsverfahren“ der EG kann sie nur auf Initiative der EG-Kommission zustande kommen. Sie wird vom Ministerrat — also der Regierungsvertretung der beteiligten Länder — verabschiedet, das EG-Parlament hat dabei lediglich beratende Funktion. Es gibt auch Sachgebiete und in Verträgen geregelte Durchführungsvorgänge, bei denen die Kommission eine eigene Verordnungskompetenz hat.

Was in der Entwicklung des bürgerlichen Parlamentarismus sich zunehmend durchsetzt — die Entmachtung des Parlaments durch die Regierung — und was ein wesentlicher Kritikpunkt der Bewegung der 68er-Jahre war (ein wichtiger Bezugspunkt dieser Kritik das Buch von Brückner/Agnoli „Transformation der Demokratie“) ist für den neuen EG-Staat von Anfang an das grundlegende Konstruktionselement. Gesetze werden von Regierungen verordnet und dem Parlament zur Akklamation vorgelegt. Die EG-Verordnung ist ein unmittelbarer und vorrangiger Rechtsakt des „Gemeinschaftsrechts“. „Die Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt ohne weiteren nationalen Akt der Zustimmung oder Publikation in den Mitgliedstaaten unmittelbar. In ihrem Anwendungsbereich setzt sie früheres entgegenstehendes nationales Recht außer Kraft, denn sie genießt im Verhältnis

zum nationalen Recht grundsätzlichen Vorrang.“ (Wege zum EG-Binnenmarkt, S. 19)

Die „Richtlinie“ ist das Rahmengesetz der EG. Mit Richtlinien wird ein unmittelbar innerhalb der beteiligten Staaten wirkendes Recht gesetzt, vielmehr werden die beteiligten Staaten zu eigenen Maßnahmen im Rahmen dieser Richtlinie verpflichtet. Dabei wird ihnen aufgetragen, innerhalb einer bestimmten Frist bestimmte Schritte zu unternehmen, Gesetze zu verabschieden, Verordnungen zu erlassen, die diesen Richtlinien genügen müssen. Die Richtlinie ist also das Instrument der Rechtsangleichung im Unterschied zur unmittelbaren Rechtssetzung durch die Verordnung. Keineswegs ist die Richtlinie als weniger durchgreifendes Instrument der besonderen, gemeinsamen Kapital-Interessen gegenüber den Mitgliedstaaten zu betrachten. Die nicht ausreichende oder nicht fristgemäße Ausführung einer Richtlinie kann vor dem Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden.

Die dritte Form eines EG-Rechtsaktes ist die „Entscheidung“. „Die Entscheidung kann sowohl an die Mitgliedstaaten als auch an einzelne gerichtet werden. Im ersten Fall kommt sie der Richtlinie nahe, im zweiten Fall als konkrete Einzelfallregelung dem nationalen Verwaltungskontakt. Der einzelne, der sich gegen eine ihn betreffende Entscheidung wenden will, kann unmittelbar den Gerichtshof anrufen.“

Der unparlamentarische Exekutivcharakter des entstehenden EG-Staates kommt auch im Verhältnis seiner Organe zum Ausdruck. Die wichtigsten dieser Organe sind die Kommission, der Ministerrat, der nach Bedarf in unterschiedlicher personeller Zusammensetzung von den beteiligten Regierungen besichtigt werden kann, das Parlament und der Gerichtshof. Die Kommission besteht aus 17 EG-Kommissaren, von denen die „großen“ Mitgliedsstaaten jeweils zwei und die „kleinen“ jeweils einen stellen. Die Kommission ist keine Exekutive im herkömmlichen Sinne, vielmehr eine neue Art „Heerführung“, die ihre Aufgaben unmittelbar aus dem „Vertragswerk“ schöpft, praktisch aus den „Expertenberatungen“, wobei diese Experten organisiert in verschiedensten Ausschüssen aus Konzernvertretungen und Regierungsbeamten bestehen. Der Ministerrat ist das Abstim-

„Präsident Bush hat uns eingeladen, „partners in leadership“ zu sein. Wir sind dazu bereit. Wir sind bereit, den Teil der innerwestlichen Lastenteilung (burden sharing) zu übernehmen, den wir entsprechend unserer Leistungskraft erbringen können — wirtschaftlich und politisch.“

Drei große Aufgabenfelder gilt es, in den neunziger Jahren zu gestalten: Erstens: Wir wollen die beiden über vier Jahrzehnte lang getrennten Teile meines Landes jetzt auch wirtschaftlich, sozial und kulturell zusammenführen.

Zweitens: Wir wollen mitwirken am Bau einer dauerhaften und gerechten Friedensordnung für Europa ... Drittens: Wir wollen unseren Beitrag leisten zu einer Weltfriedensordnung

(Helmut Kohl in Washington, 20. Mai 1991, Bulletin, 22. Mai 1991, S. 441 f.)

\* „Europa bleibt zentraler Schwerpunkt der amerikanischen Außenpolitik ... Die amerikanische Politik bleibt also eurontristisch ... Niemand erwartet die Wiederbelebung des Stalinismus. Das schiere Machtpotential der Sowjetunion ist jedoch eine zentrale Tatsache der Geopolitik ... Ein militärisches Gegen- gewicht im Westen wird deshalb benötigt. Dies gilt noch mehr, wenn die Reformen in Osteuropa scheitern ... (Die KSZE) kann jedoch die NATO nicht ersetzen. Das durch die tatsächliche Auflösung des Warschauer Pakts entstehende Sicherheitsvakuum kann nicht durch einen Stammtisch von 34 Nationen ausgefüllt werden. Wenn kritische Sicherheitsentscheidungen mit globalen Auswirkungen getroffen werden, sollten Länder vom Kaliber der Vereinigten Staaten nicht genauso behandelt werden wie beispielsweise Malta oder Bulgarien ... Die Vereinigten Staaten und Deutschland müssen die Grundlagen der europäischen Stabilität erhalten, auch während sie versuchen, die Herausforderungen und Probleme in den Griff zu bekommen, die über diesen Kontinent hinausgehen ... Unsere beiden Länder über Führungsrollen aus ...“

(US-Botschafter Walters im November

## Großraum EG: Politische Zielbestimmungen

1990 vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn, zitiert nach Europa-Archiv 22/90, S. 655 f.)

\* „... Frankreich hat dem Souveränitätsdenken keineswegs abgeschworen. Das ist schon daran erkennbar, daß es entschieden an seiner Autonomie im Bereich der Verteidigung festhält, also dort, wo es als Nuklearmacht überlegen bleibt. Gleichzeitig sucht es den deutschen Partner fester in die Gemeinschaft einzubinden, und zwar dort, wo dessen Überlegenheit besonders fühlbar ist, in der Währungspolitik ... Anders wieder Großbritannien: Seiner europapolitischen Tradition folgend, will es die Gemeinschaft zugleich auflockern und erweitern ... Welchem dieser beiden Wege soll man folgen? Mit gewissen Vorbehalten wohl dem französischen ... Die französische Forderung nach einer festgefügten Währungsunion ist daher logisch. Ihre Begründung ist auch politisch unüberlegbar. Es wäre eine politische Illusion zu glauben, die anderen EG-Mitgliedsstaaten könnten auf die Dauer bereit sein, sich einer deutschen Währungshegemonie zu beugen. Hier geht es um nicht mehr und nicht weniger als die Zukunft der deutsch-französischen Partnerschaft und damit der europäischen Integration. Eine Schwäche des französischen Ansatzes könnte darin liegen, daß er zu einseitig bleibt. Um das nachzuweisen, braucht man nicht einmal die enttäuschende französische Haltung in den Fragen der gemeinsamen Sicherheit und Verteidigung anzuführen ...“ (von Staden, ehemaliger Staatssekretär im Auswärtigen Amt, in Europa-Archiv 23/90, S. 685 f.)

\* „... Am Ende des Weges — als Endstufe von Wirtschafts- und Währungsunion — muß eine solche Zentralbank stehen. Und, meine Damen und Herren, wir Deutsche sollten den Ehrengiz haben, daß sie ihren Sitz in Deutschland hat.“ (Kohl am 13. März 1991 in Berlin, zit.

nach Bulletin der Bundesregierung, 22. 3. 91, S. 241 f.)

\* „Frage: Am 4. Februar 1991 haben Sie, Herr Minister Genscher, und Ihr französischer Amtskollege, Roland Dumas, in Brüssel einen deutsch-französischen Vorschlag zur Einführung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Zwölf im Rahmen der Politischen Union vorgelegt. Warum gerade jetzt eine solche Initiative? ... Genscher: ... Die zwölf Märkte der EG vereinigen sich zu einem Mega-Markt mit 340 Millionen Verbrauchern — mit einer leistungsfähigen Industrie — alles in allem zu einer Volkswirtschaft, mit der an Leistungsfähigkeit weltweit nur noch der amerikanische Binnenmarkt vergleichbar ist. Ein Europa ohne Grenzen entsteht. Wie ist es vorstellbar, daß dieses wirtschaftlich eine Europa außen- und sicherheitspolitisch mit zwölf Stimmen spricht? Ich jedenfalls kann es mir nicht vorstellen ... Was die EFTA-Länder angeht, so bin ich überzeugt, daß die meisten oder alle EFTA-Länder der Gemeinschaft über längere Frist beitreten werden ...“

(zit. nach: EG-Magazin 3/91, S. 28 f.)

\* „Ich wünsche mir, daß wir im Dezember dieses Jahres auf dem Europäischen Gipfel in Maastricht die Vertragsentwürfe zur Politischen Union sowie zur Wirtschafts- und Währungsunion unterzeichnen. Dann könnten sie im Jahre 1992 von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden und — eventuell stufenweise — in diesem Jahrzehnt in Kraft treten ... Die europäische Gemeinschaft ist nicht das ganze Europa. Sie muß grundsätzlich für andere europäische Länder offen sein ... Dies gilt in erster Linie für die Länder der EFTA, von denen sich einige bereits heute auf eine Mitgliedschaft in der Gemeinschaft vorbereiten, wie zum Beispiel Österreich und Schweden. Zur politischen

Verantwortung der Gemeinschaft gehört aber auch, daß wir jenen Ländern in Mittel- und Südosteuropa, die die entsprechenden Voraussetzungen erfüllen, nicht den Weg in die Gemeinschaft versperren ...“ (Kohl am 20. Mai 1991 in Washington, zit. nach Bulletin der Bundesregierung, 22. Mai 1991, S. 441 f.)

\* „Im Bereich der Sicherheit wird die Bedeutung der Atlantischen Allianz und der WEU für die Stabilität in Europa anerkannt und bestätigt. Sie müssen sich an die neuen Gegebenheiten anpassen ... Die Zeit ist herangereift, um nach neuen Lösungen für die Sicherheitsprobleme in Europa zu suchen und um insbesondere einen kooperativen Ansatz zu entwickeln ... daß ein Mechanismus für dringliche Situationen geschaffen werden muß, der schnelle Reaktionen im Krisenfall erlaubt. Das mit der Charta von Paris geschaffene Konfliktverhützungszentrum (Sitz: Wien, Anm. d. Red.) muß außerdem in den Stand gesetzt werden, die von ihm erwarteten Aufgaben wirksam zu erfüllen ...“ (Schlußfolgerungen der deutsch-französischen Botschafterkonferenz in Weimar, aus: Bulletin der Bundesregierung, 22. Mai 1991, S. 447 f.)

\* „... Zugleich stellen sich uns neue, gemeinsame Aufgaben. Die Sicherung politischer und wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Stabilität in jenem Teil Europas, der sich nach Jahrzehnten vom Joch der kommunistischen Zwangsherrschaft befreit hat ...“ (Kohl in Washington, nach Bulletin der Bundesregierung, 22. 5. 1991, a.a.O.)

\* „... Sie (die EG, d. Red.) muß sich in stand setzen, ihren vollen Beitrag zur Konsolidierung und Stabilisierung der neu errungenen Freiheiten in Osteuropa zu leisten.“

Dort ist im Ringen um die Freiheit ja zunächst nur die erste Runde gewonnen.

Ob auch die nächsten an die Freiheit gehen, wird davon abhängen, daß es gelingt, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch abzuwenden ... wäre es vermessen, die Demokratie selbst in Ländern wie der Tschechoslowakei, Polen oder Ungarn als endgültig stabilisiert anzusehen. Hier bedarf es der gesamten Kraft der Gemeinschaft als Kern Europas ... Auf die Gemeinschaft kommt ... nicht nur eine formidable Bewährungsprobe im Innern zu, sondern auch die Frage ihrer Erweiterung Österreich, Malta, Zypern, vielleicht Norwegen und Schweden stehen schoß vor der Tür. Und wenn es einmal so weit sein sollte, wird man auch die verbündete Türkei kaum schlechter behandeln können als Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn ...“ (von Staden, a.a.O.)

\* „Bis jetzt haben sich die Umrisse der neuen Gestalt internationaler Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in der Großregion Europa bemerkenswert friedlich herausgebildet. Abgesehen von der tief in die Strukturen und zwischenstaatlichen Beziehungen eingreifenden Veränderungen war dies nicht unbedingt zu erwarten ...“ (von Bredow und T. Jäger in „Europäische Wehrkunde“ 5/91, S. 261 f.)

\* „... So werden die Minderheitsspannungen in Osteuropa sicherlich noch für Jahrzehnte potentielle Gefahrenherde sein ...“ (B. Heuser, Institut für Geschichte der Internationalen Politischen Beziehungen, Paris, zit. nach Europa-Archiv 23/91, S. 50 f.)

\* „Was ist die Zukunft der Reformen? Wo werden sich Gleichgewichte etablieren? Kann Europas östlicher Teil eine Fragmentierung entgehen?“ Wir wissen es nicht ... Auf die Bevölkerung der neuen Demokratien kommen Spannungen und Belastungen zu ...“ (Generalsekretär Wörner, zit. Europa-Archiv 3/91, S. 61 f.)



Ein wichtiger Aspekt der Politik der Bundesregierung zum Anschluß der neuen Bundesländer an Westdeutschland ist in der Verkehrspolitik zu sehen. Diese hat in jüngster Zeit zu heftigen Protesten gegen den Bonner Zentralismus und gegen die fortgesetzte und beschleunigte Umweltzerstörung, die die konkreten verkehrspolitischen Vorhaben Bonns auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit sich bringen, geführt.

Der Bonner Zentralismus fand 1991 seinen Niederschlag in verkehrspolitischen Beschlüssen der Bundesregierung zur Beschleunigung des Baus neuer Verkehrswege. Mit diesen sollen die neuen Bundesländer auch verkehrspolitisch „angeschlossen“ werden. Gleichzeitig wurde ein neues Gesetz als Entwurf erarbeitet, das mal mit „Maßnahmengesetz“, mal mit „Beschleunigungsgesetz“ oder auch mit „Investitionsmaßnahmengesetz“ umschrieben wurde und im Amtsdeutsch den Titel trägt: „Gesetz zur Beschleunigung der Planungen für Verkehrswege des Bundes in den neuen Ländern sowie im Land Berlin“. (1)

Im Zusammenhang mit dieser Verkehrspolitik kam es zu heftigen Vorwürfen gegen die Kohl-Regierung im allgemeinen und Bundesverkehrsminister Krause im besonderen, wobei vielfach Bezüge zur NS-Vergangenheit Deutschlands gezogen wurden. In Österreich wurde der deutsche Verkehrsminister von SPÖ-Seite als „Reichsverkehrsminister“ tituliert. Anlässlich des Geschwindigkeitswahns auch auf Autobahnen im Wilden Osten erinnerten Umweltverbände an eine der ersten Maßnahmen im NSDAP-Staat, die Aufhebung der Tempolimits mit den Ergebnis, daß 1938 ebenso viele Straßenverkehrs-tote gezielt wurden wie heute, obwohl es nur fünf Prozent so viele Autos gab. Bundesverkehrsminister Zimmermann ließ bereits im März 1990 erklären: „Ich gehe davon aus, daß sich unser bewährtes Verkehrsrecht durchsetzen wird. Dann wird es auch auf dem Gebiet der heutigen DDR kein Tempolimit 100 mehr auf Autobahnen geben.“ (2) Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) bezeichnete Justizminister Klaus Kinkel, der das neue Gesetz ausarbeiten ließ, als einen „Autobahn-Stalinisten“. (3) Der BUND bezeichnete das neue „Maßnahmengesetz“ als ein „verkehrspolitisches Ermächtigungsgesetz“. Am 7. April 1991 in Leipzig durchgeführte 1. Tagung der Verkehrs-Bürgerinitiativen und -Verbände der neuen Bundesländer schloß sich diesem Tenor an; in der Schlusserklärung heißt es: „Es ist bezeichnend für die Verkehrspolitik der Bundesregierung, daß durch ein Ermächtigungsgesetz, so wie es unsere Bürgerinnen und Bürger 40 Jahre lang erlebt haben, wieder über unsere Köpfe hinweg Entscheidungen getroffen werden sollen, mit ungeahnten Folgen für Mensch und Natur. Die erhofften demokratischen Rechte sollen sogleich wieder, wie in alter SED-Manier, eingeschränkt werden.“ (4)

Alle diese Vergleiche, so problematisch sie sein mögen, müssen gerade auch deshalb ernst genommen werden, weil sie von Seiten derjenigen vorgebracht werden, die von der Autowahn-Politik der Bonner Regierung und ihres Bundesverkehrsministers konkret betroffen sind und weil sich oft die Warungen aus dem Kreis derjenigen, die sich für Umwelt und Lebensqualität engagierten, im Nachhinein mehr als bestätigt haben.

Tatsächlich tut die Bonner Regierung und die hinter ihr stehende Auto- und Betonlobby bei ihrer verkehrspolitischen Fahrt in Deutschlands Wilden Osten so, als hätten wir eine zweite Welt im Kofferraum. Der Bau von Autobahnen und Straßen soll im Gebiet der ehemaligen DDR, aber auch in Westdeutschland, beschleunigt vorangetrieben werden. Viele der zuvor erreichten und zuvor noch von christdemokratischen und liberalen Politikerinnen und Politikern als „zukunftsweisend“ gesezten Bestimmungen und Gesetze zum Schutz der Umwelt sollen per Federstrich – mit „Maßnahmen“ und Gesetzen – beseitigt. Begründet wird dieses Verfahren, an dessen Spitze sich nicht nur das Verkehrs-, sondern paradoxerweise auch noch das Umweltministerium gestellt hat, mit einem „verkehrspolitischer Notstand“. Dieser wurde jedoch nachweisbar erst durch die konkrete Verkehrspolitik geschaffen.

#### Rückblick: Verkehr in der DDR

Die Durchsetzung der Autogesellschaft – der absoluten Dominanz von Pkw, Lkw und Bussen im Verkehrssektor, die Reduktion des nichtmotorisierten Ver-

# Deutschland, einig Autoland

Es war einer jener unschönen Momente im Leben eines Autofahrers, der Adrenalin unvermittelt und heftig durch die Adern treibt: eine grüne Ampel, auf die ein Trabi zutuckerte, dahinter wurde der Range Rover beschleunigt, um die Ampel noch bei grün passieren zu können. Da bremste der Trabi kurz, aber heftig – und stand. Die fast 2000 Kilogramm Kampfgewicht des Range Rovers schoben sich

beängstigend schnell auf das Plastikheck des Ost-Gefährts zu.

Doch das servounterstützte Zweikreis-Bremssystem mit Scheibenbremsen an allen Rädern brachten den Wuchtigen aus Großbritannien rechtzeitig zum stehen.

(Aus einem Fahrbericht über ein neues Range Rover-Modell in der Welt am Sonntag vom 14. Januar 1990)

#### Bonns verkehrspolitischer Zentralismus

Die neuen Bonner Maßnahmen zum Abbau des Umweltschutzes und von elementaren Rechten von Betroffenen, die 1991 erfolgen, kommen keineswegs aus heiterem Himmel. Sie zeichnen sich bereits vor dem Anschluß der DDR an die BRD ab. Die Wiedervereinigung war in erster Linie Vorwand für die neue Offensive der Auto- und Betonlobby. So wurde 1990 von der Öffentlichkeit fast unbemerkt das sogenannte – mit dem Titel bereits mißtrauisch machende – „Dritte Rechtsbereinigungsgesetz“ beschlossen. Bereits damals warnte der „Arbeitskreis Verkehr“ in Berlin, dieses Gesetz „dürfte erheblichen Einfluß auf die zukünftigen gerichtlichen Auseinandersetzungen um den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen haben.“ U.a. war es „in der Vergangenheit noch möglich, vor Gericht den Bedarf einer neuen Autobahn oder eines Ausbaus über fachliche Gutachten in Zweifel zu ziehen ... (Dies) ist seit dem 1.7. 1990 nicht mehr möglich.“ (6)

Der Inhalt der 1991 anliegenden „Maßnahmengesetze“ und des „Beschleunigungsgesetzes“ lautet zusammengefaßt:

**Erstens:** Über „die Linienführung“ wichtiger Verkehrswege in den fünf neuen Bundesländern entscheidet der Bundestag und nicht wie in der Verfassung vorgesehen die Länder bei Autobahnen bzw. die Bundesbahn bei Schienennwegen.

**Zweitens:** Wichtige Errungenschaften wie Anhörung betroffener Bürger und Bürgerinitiativen, Umweltverträglichkeitsprüfungen usw. werden abgeschafft oder massiv eingeschränkt. Klagen sind nur noch beim Bundesverwaltungsgericht oder Bundesverfassungsgericht möglich. Vor allem haben diese keine aufschiebende Wirkung – wenn ein Urteil zugunsten der Kläger gefällt wird, gilt: Operation gelungen, Patient tot.

**Drittens:** Das Gesetz wird nicht nur für das Gebiet der ehemaligen DDR gelten, sondern auch für angrenzende Regionen in Westdeutschland mit der Begründung, es handle sich um Verkehrsprojekte eben zum verkehrspolitischen Anschluß der neuen Bundesländer. Damit besteht die Gefahr, daß eine Reihe heftig und teilweise bisher erfolgreich bekämpfter Straßenbauprojekte in Westdeutschland jetzt mit Hilfe dieses neuen Gesetzes in die Landschaft betont und gleichzeitig der Protest von Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen übergegangen werden kann.

Im übrigen reicht die Bedeutung dieser verkehrspolitischen Maßnahmen und des Beschleunigungsgesetzes weit über das Gebiet der früheren DDR und über den – bereits zentralen – Verkehrssektor hinaus. Verkehrsminister Kause war so frei, offen im „Spiegel“ zu formulieren, daß mehr oder weniger jeder Verkehrsweg in Westdeutschland mit dem Hinweis, er diene dem verkehrspolitischen Anschluß der neuen Bundesländer, unter diese neuen Gesetze fallen kann. Auf die Feststellung des Nachrichtenmagazins: „Nach dem Beschleunigungsgesetz können auch im Westen neue Autobahnen gebaut werden, die durch Proteste jahrelang blockiert worden sind.“ antwortet der Verkehrsminister vage mit: „Das Gesetz ist in Westdeutschland nur auf Bauvorhaben anzuwenden, die in unmittelbarer Verbindung zum Beitrittsgebiet stehen.“ Da es sich um ein Straßennetz handelt, steht bei entsprechender Interpretation jeder Ausbau im Westen in unmittelbarer Verbindung zum Beitrittsgebiet. Dies gilt im besonderen Maß für so heiß umkämpfte Projekte wie die Autobahn durchs Rottaargebirge.

Im gleichen „Spiegel“-Gespräch äußerte der Verkehrsminister: „Ich will nicht verschweigen, daß wir die Erfahrungen mit einem beschleunigten Planungsrecht, die wir jetzt machen werden, später auch für die Planung in den alten Bundesländern auswerten wollen.“ Und er fügte zu Recht hinzu: ...

da bin ich mir mit allen Verkehrsministern einig.“ (7)

Tatsächlich haben alle Verkehrsminister der Bundesländer – auch die sozialdemokratischen und auch die der großsozialdemokratischen Koalitionsregierungen in Hessen und Niedersachsen – zugestimmt, eine solche „Beschleunigung“ der verkehrspolitischen Pläne realisieren zu wollen und das heißt die errungenen Rechte der Anhörung und Umweltverträglichkeitsprüfungen zu unterbauen. Darüberhinaus handelt es sich bei den neuen Maßnahmen um Verkehrssektor um ein Pilotunternehmen für alle Sektoren von Wirtschaft und Gesellschaft. Ist dieses auf Basis der altvertrauten Großen Autoallianz von FDP, CSU, CDU und SPD durch die parlamentarischen Instanzen gepeitscht, dann werden auf anderen Sektoren wie der Energiepolitik – neue AKW braucht das Land – ähnliche „Maßnahmen“ erfolgen.

#### Doppelinvestitionen und Autolobby

Parallel zum Autobahnbau wird der Ausbau der Binnenschifffahrt betrieben, so mit dem 1991 beschlossenen Ausbau des Mittelkanals und des Elbe-Havel-Kanals; allein hierfür sieht die Bundesregierung 1991 Investitionen in Höhe von vier Milliarden Mark – oder in Höhe eines Jahresetats der Bundesbahn-Investitionen – vor. Damit wird wieder ein altbekannter Fehler begangen (wenn es sich nicht gar um eine Strategie handelt, den Schienenverkehr zu zerstören): Indem parallel in Straßen, Binnenschifffahrt und Schiene investiert wird, wird die Konkurrenz vor allem im Güterverkehrssektor erhöht, erfolgt ein Preisdumping, profitiert letzten Endes der laufende Dritte, die private Industrie. Wenn hier Verkehrsminister Krause im selben „Spiegel“-Gespräch anführt: „Wir wissen nur, daß die Eisenbahnlinie nach Berlin hoffnungslos überlastet ist. Deshalb ist es wichtig, daß wir vor allem im Massengutbereich ... die Binnenschifffahrtsstraßen nutzen können“, so zielt dies harscharf an der Realität vorbei: Die Schienenwege könnten mit einem Viertel des Aufwands, der für den Ausbau der Binnenschifffahrtsstraßen betrieben wird, derart optimiert werden, daß die entsprechenden Güterverkehrsleistungen übernommen werden könnte. Auch zeitlich lassen sich viel schneller bereits vorhandene Schienenwege optimal ausbauen, als neue Straßen und Kanäle in die Landschaft fräsen.

In dieses Gesamtbild paßt, daß die bereits flächendeckend vorhandene und daher optimal für einen Ausbau geeignete Reichsbahn massiv abgebaut werden soll. Von den bisherigen über 20000 Bahnkilometern der Reichsbahn soll nur ein „Kernnetz“, das 6000 Schienekilometer umfassen soll, ausersehen sein für umfassende Modernisierungsinvestitionen. Das heißt, „der Rest“ verkommt zu einem gigantischen Abstieg. Allein in den kommenden drei Jahren soll die Reichsbahnbelegschaft um 50000 Mann und Frau abgebaut werden.

Schließlich und endlich wurde im Zuge der Vereinigung die Magnetbahn „Transrapid“ aus der Wundertüte Bonner Verkehrsminister geholt. Dieses Projekt, das vor allem von der deutschen Rüstungsindustrie um Krupp, Thyssen, Siemens gepuscht wird, konnte weder in der Praxis (Versuchsstrecke Emsland), noch in der kritischen wissenschaftlichen Diskussion überzeugen. Gegen geplante erste Pilotstrecken wie Hamburg-Hannover und Düsseldorf-Köln-Frankfurt/M. entwickelte sich massiver Protest von Bürgerinitiativen. Grüne, VCD, BUND u.a., so daß zumindest diese Strecken nicht mehr in der ernsten Debatte waren. Dennoch wurde das Projekt weiter gefördert – bisher mit 1,4 Milliarden Mark Steuergeldern. Nun plötzlich im Rahmen des Anschlusses entdeckte der technigläubige Verkehrsminister diese krause Technologie und macht sich selbst daran, aus ihr eine neue Riesenhüberei zu machen: Eine Strecke Berlin-Leipzig-Bonn wurde ins Gespräch gebracht. Sollte sie zustande kommen, dürfte sie ideal verkauft werden können, um die Doppelhauptstadt Bonn-Berlin verkehrspolitisch zu ermöglichen. Der neue Haushalt jedenfalls sieht eine weitere Förderung um 400 Millionen Mark vor, laut „Spiegel“ sollen im Bonner Verkehrsministerium bereits weitere 800 Millionen Mark für dieses neue Subventionsgrat vom Tvp Kalkar veranschlagt werden sein.

Nicht zu übersehen ist, daß diese Verkehrsminister keineswegs der pure Ausfluß von Borniertheit oder Technikgenauigkeit ist. Hinter ihr stehen mächtige

*Die Schwärme für die Natur kommt von der Unbewohnbarkeit der Städte.*

Für diese verlängerten Wege wurden jedoch zunehmend Pkw auch objektiv erforderlich (zur massenpsychologischen

Interessen: die der entscheidenden Industrien und Finanzgruppen dieses Landes, der Autoindustrie, der Mineralölkonzern und der chemischen Industrie, der Bauindustrie und der hinter allen stehenden Banken, allen voran die Deutsche Bank, die hinter dem führenden Autokonzern und hinter den führenden Bugruppen steht.

Der „Spiegel“ verweist hier den Verkehrsminister Krause süffisant auf die Koalition, in der er sich befindet: „Der Daimler-Benz-Vorstandsvorsitzende Edzard Reuter hat Sie ja schon erwartet, auf diesem Weg weiterzugehen.“ Und bei der Untersuchung der EG-weiten Pläne, den Straßengüterverkehr zu inflationieren, stellt sich heraus, daß ein Gremium hochkarätiger westeuropäischer Unternehmer installiert wurde, das den Ausbau der grenzüberschreitenden Autobahnen und Tunnelprojekte „begleitet“, wenn nicht realiter maßgeblich bestimmt. Andere EG-Großprojekte, die derzeit in Planung oder in Bau befindlich sind, und die die verbliebenen „Lücken“ im Verkehr schließen und den EG-Binnenmarkt mit seiner Verkehrsinfrastruktur vorbereiten sollen, sind: „Scanlink“-Verbindungen von Dänemark nach Schweden, Autobahnen und Normalspur-Höchstgeschwindigkeitstrecken über die Pyrenäen, Alpen tunnel in Österreich („Brennerbasistunnel“) und Schweiz („NEAT – Neue Alpentraversale“), Ausbau des jugoslawischen „Autoput“ Zagreb-Belgrad (Tessaloniki).

### Drei Voraussetzungen für den neuen Autowahn

Unter den gegenwärtigen Bedingungen und vor allem unter Bedingungen, wie sie, dem jetzigen Trend folgend, in rund eineinhalb bis zwei Jahren vorherrschen, erscheint eine Straßenbauorgie, wie sie das Bonner Verkehrsministerium plant, für das Gebiet der früheren DDR unausweichlich. Doch diese Bedingungen „reifen“ nicht „natürlich“ heran; sie sind auch keineswegs allein dem Wirken der „Marktkräfte“ geschuldet. Dahinter verbirgt sich eine konkrete Politik, die hier konkrete Voraussetzungen schafft. Drei davon seien hier aufgeführt.

Die erste – entscheidende – Voraussetzung für diese ausschließliche Orientierung auf den Individualverkehr besteht in einer umfassenden Politik der vollendeten Tatsachen. Spätestens seit Anfang 1990 wurde eine Verkehrspolitik verfolgt, die abzielt auf die massenhafte Neuzulassung von Pkw aus Westproduktion, die gleichzeitig gezielt den öffentlichen Verkehr ruiniert. Und die vor allem jegliche alternative Verkehrsplanung ignoriert. Sie ignoriert sogar die Kritik der Autogesellschaft, wie sie von aufgeklärten bürgerlichen Wissenschaftlern, einschließlich von Vertretern der Autolobby wie Peehr Gyllenhammar von Volvo, Goeudevert von VW oder Professor Frederic Vester in Talk shows vorgetragen wird, und die auf eine Art Reform der Autogesellschaft abzielt, um deren totalen Kollaps hinauszögern.

Die Aussage von Verkehrsminister Krause, „Es liegen weder im Westen noch im Osten Projekte für eine sofortige Verknüpfung (der Schienenwege)“ vor, ist schlicht die Unwahrheit: Solche detaillierten Pläne waren von Umweltverbänden und Fachleuten (siehe Andreas Klebers Vorschläge in der von mir herausgegebenen Arbeit im Frühjahr 1990) erarbeitet und – noch zu Zeiten der letzten Modrow-Regierung und dort an den zentralen Runden Tisch – präsentiert worden. Sie wurden schlicht ignoriert. (8)

Eine zweite Voraussetzung zur optimalen Durchsetzung von Deutschland einig Autoland bestand in der gezielten Schwächung des Eisenbahnverkehrs und in dem gezielt betriebenen Ruin des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Entscheidend hierbei war, daß eine Vereinigung von Reichsbahn und Bundesbahn verweigert wurde. Während überall großdeutsche Politik betrieben wurde, damit zusammenwuchert, was zusammen Profite bringt, wurde und wird auf dem Gebiet der Eisenbahnen Kleinstaaten betrieben. Dies kann in keiner Weise damit begründet werden, was offiziell angeführt wird: Es existieren unterschiedliche Standards, unterschiedliches Arbeitsrecht etc. Schließlich erfolgte eine Fusion der noch größeren Deutschen Post der DDR mit der Bundespost ebenfalls ohne Verzögerungen. Der entscheidende Grund dafür, daß Reichsbahn und Bundesbahn weiter getrennte Gesellschaften darstellen,

liegt in der Anwendung des Prinzips „getrennt fahren, vereint geschwächt werden“. Nur bei einem sofortigen Zusammengenhen der beiden Staatsbahnen, bei der schnellen Wiedereröffnung wichtiger Ost-West-Eisenbahnverbindungen und bei Vorlage eines klaren politischen Verkehrskonzepts, das vor allem den Güterverkehr auf die Schiene zieht bzw. dort hält, hätten der staatliche Eisenbahnverkehr eine Zukunft gehabt. Jetzt erfolgt allerdings das Gegenteil: der Bahnhverkehr auf dem Gebiet der früheren DDR geht rapide zurück; im Güterverkehr hat die Reichsbahn binnen zweier Jahre bereits zwei Drittel ihres Transportvolumens verloren. Stattdessen rollt die Lkw-Walze durch die Lande. (9)

Parallel erfolgt die Zerstörung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Denn so richtig es war und ist, auf den schlechten qualitativen Zustand von ÖPNV-Fahrzeugen und Fahrwegen in den neuen Bundesländern hinzuweisen, ebenso richtig ist, wenn – wie hier in einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ – die flächendeckende Präsenz und die teilweise Tag- und Nacht-Präsenz des ÖPNV, wie sie Mitte 1991 in diesem Gebiet noch vorlagen, unterstrichen wird: „Die Strukturen sind derzeit noch vorbildlich. Von einem Nahverkehrsangebot, wie es heute vielerorts in den neuen Bundesländern noch besteht, träumt man in den alten Bundesländern nur. In Erfurt beispielsweise fahren die Straßenbahnen auch nachts durch die Stadt. Zwölf Pfennig mußte man früher pro Fahrt zahlen – jetzt werden 60 Pfennig kassiert.“

Zum gleichen Zeitpunkt ist allerdings bereits vorgegeben, daß ein ebenso flächendeckender Abbau des ÖPNV in diesem Gebiet erfolgt. Die Betriebe des öffentlichen Nahverkehrs in den neuen Bundesländern, die, ähnlich den westdeutschen, defizitär betrieben werden und darüberhinaus umfassende Investitionen in die Grundausrüstung nötig haben, werden 1991 von der Treuhandanstalt den Kommunen – gegen deren Willen – übertragen. Auch wenn die bescheidenen Subventionen, die den neuen Eigentümern von den Ländern zufließen, eingerechnet werden, bleiben gewaltige Defizite, die die neuen Eigentümer völlig überfordern. Beispielsweise rechnen die Erfurter Verkehrsbetriebe (EVAG) für 1991 mit einem Subventionsbedarf von 58 Millionen (Vorjahr: knapp 80 Millionen), ihnen werden jedoch nur rund 10 Millionen an direkten Zuschüssen zugebilligt. Der Betrieb wird also am Jahresende auf einem Fehlbetrag von rund 48 Millionen Mark sitzen. In Jena liegt der entsprechende Fehlbetrag bei rund 20 Millionen. Auch wenn in manchen Fällen nachgebessert werden sollte, in der Gesamtbilanz bleibt, was der thüringische Landesbauauftrag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Hartwig Oswald, dazu formulierte: „Hier werden Strukturen zerschlagen, die später so nicht wieder hergestellt werden können.“ Der Aufsichtsratsvorsitzende der EVAG, Franz Birkenfeld, spricht zum selben Zeitpunkt – Mitte 1991 – von einer drohenden „Katastrophe“ und davon, daß „die Straßen in der Ex-DDR gar nicht für den massenhaften Individualverkehr ausgelegt“ worden sind. (10) Doch genau dies ist intendiert: das Unterbeweisen, daß das Land neue Straßen braucht und daß hierzu alte Strukturen abgerissen werden müssen, eben das, was vom Zweiten Weltkrieg und in der Ulbricht- und Honecker-Ära an gewachsenen Strukturen noch übriggeblieben ist.

Dazu ist als *dritte* Voraussetzung die anarchisch anwachsende individuelle Motorisierung erforderlich. Wurden auf dem Gebiet der DDR 1989 noch 3,8 Millionen Pkw gezählt, so waren es 1990 4,5 Millionen und sind es Ende 1991 bereits rund 5,8 Millionen; bis Ende 1993 wird eine Verdopplung des Pkw-Bestand gegenüber 1989 erreicht werden sein. Zusammen mit der systematischen Verlagerung des Güterverkehrs von der Schiene auf die Straße muß eine solche, in der Welt wohl einmalige, Verdopplung des Straßenverkehrs binnen vier bis fünf Jahren zu chaotischen Zuständen auf den Straßen führen – und die „Argumente“ der Auto- und Betonlobby „naturwüchs“ stärken. (11)

### Gründerboom und Privatisierung

Die Entwicklung in der gesamtdeutschen Ökonomie ähnelt in vielem einem Gründerboom, einer anarchisch gesteigerten Produktion, Schaffung von neuen Kapazitäten auf der letzten Bugwelle der

Konjunktur, Anlage von spekulativem Kapital z. B. bei Immobilien, Schaffung hunderttausender windiger „Existenzen“, die mit Sonderkrediten und Staatsknefe Zeugnis für das freie Unternehmertum ablegen sollen und zumeist im Dienstleistungsbereich angesiedelt sind. Und all dies vor dem Hintergrund einer gewaltigen Zunahme der Staatsverschuldung, die selbst den „Spiegel“ stöhnen läßt: „Die staatliche Pumpmaschine sorgt für eine hochtourig laufende Wirtschaft. Unfreiwillig betreibt Bonn das, was Ökonomen „deficit spending“ nennen: Geld, das der Staat sich kreditieren läßt, wird für Konsum und Investitionen ausgegeben. Die Rechnung, Zins und Tilgung, wird allerdings schon bald fällig. Optimistisch kann da nur gestimmt sein, wer nicht allzuweit in die Zukunft schaut.“ (Nr. 33/91)

In einem solchen Gründerboom-Klima, das an den frühen Kapitalismus erinnert, schieben auch Privatisierungskonzepte ins Kraut, wie weiland – bei einer früheren Reichsgründung – 1870 ff. Die größte dieser Privatisierungsaktionen ist diejenige, die unter der Ägide der Treuhandgesellschaft betrieben wird. Aber auch in Bereichen, die zumindest in Westeuropa traditionell als Angelegenheit des bürgerlichen Staates verstanden werden, soll massiv privatisiert werden. Auch hier ist die Verkehrspolitik ein Beispiel. Bereits die Umorientierung des Verkehrs in der früheren DDR von einem „modal split“ (anteilmäßige Aufteilung der verschiedenen Verkehrsarten), bei dem der Fußgänger und Fahrradverkehr und der öffentliche Verkehr noch einen relativ hohen Anteil auswiesen auf einen solchen, bei dem der motorisierte Individualverkehr völlig dominiert, kommt einer massiven Privatisierungsaktion gleich. Der insgesamt auf diese Art und Weise bei der privaten Industrie (Autoindustrie, Reparatur) und dem Finanzkapital (Banken durch Kaufkredite und Versicherungen) realisierte Mehrwert ist bedeutend größer als im Fall einer Ökonomie, in der – auch unter rein kapitalistischen Bedingungen – der modal split im Verkehr wie bisher erhalten blieb.

Das gilt auch für einzelne Privatisierungsprojekte im Verkehrssektor, die von dem Dreigestirn Krause (Verkehrsministerium) – Dürr (Bundesbahn) – Zimmermann (Ex-Verkehrsminister; neuer Reichsbahn-Chef) bereits in ihren Personen und mit deren Programm verkörpert werden. Das Verkehrsministerium hat bereits unter Minister Zimmermann Pläne für einen privaten Autobahnbau in Deutschlands Wildem Osten ins Gespräch gebracht; diese wurden von Verkehrsminister Krause übernommen und teilweise weiterentwickelt zu Modellen von privat betriebenen Autobahnen. Der Bundesbahnvorstand brachte die Möglichkeit ins Gespräch, es auf lukrativen Bundesbahnstrecken einzelnen Unternehmen zu ermöglichen, den Fahrbetrieb mit eigenen Fahrzeugen, aber auf staatlich getragenen Schienenwegen anzubieten. Vorbild ist dabei der von der Lufthansa betriebene und seit geraumer Zeit eingesetzte Lufthansaexpress zwischen Frankfurt/M.-Flughafen und Düsseldorf-Flughafen und zwischen Stuttgart- und Frankfurt/M.-Flughafen. Dieses „Modell“ ist aber so neu nicht – dies gab es vor allem in der Gründerzeit der Eisenbahnen in ganz Europa und in Nordamerika. Dort verkehrten Mitte des letzten Jahrhunderts auf ein und derselben Schienennstrecke oft unterschiedliche, konkurrierende private Unternehmen mit eigenen Zügen (was natürlich die Zahl von Unfällen enorm erhöhte).

Ebenfalls ins Gespräch gebracht wurde von dem neuen DB-Chef Dürr, daß die Bundesbahn insgesamt in eine Aktiengesellschaft verwandelt werden sollte und das Grundgesetz, das die Bundesbahn als Staatsunternehmen definiert, entsprechend geändert werden solle. Bereits in diesem Jahr werden die bereits seit einigen Jahren ausgeweiterten Gesellschaften der Bahnbusse privatisiert. Die GdED hat gegen diese Entwicklung zur fortgesetzten Privatisierung heftigen Protest eingelegt.

Im Rahmen dieser Privatisierungspolitik entwickelt sich im übrigen die grundsätzlich sinnvolle Forderung nach einer Trennung von Fahrweg und Betrieb im Schienennverkehr zu einem Bumerang. Bisher wurde sie von fortschrittlichen Verkehrsverbänden wie dem VCD und von der GdED erhoben, um auf diese Weise die erdrückende Schuldenlast der Bahn dem zu überantworten, der für sie gerade stehen muß: der bürgerliche Staat und auf diese Weise nicht weiterhin den normalen DB-

Kunden und Kunden die jährlich bei über drei Milliarden Mark liegenden Zins- und Tilgungszahlungen aus dieser DB-Schuld aufzuladen. Im Rahmen dieser falschen Privatisierungs- und Dezentralisierungspolitik im Bereich des öffentlichen Verkehrs läuft die Trennung von Verkehrsweg und Schienennbetrieb jedoch auf etwas anderes, auf ein klassisches Prinzip im Kapitalismus hinaus: auf die nochmals gesteigerte Vergesellschaftung von Verlusten beim Staat (dem die Kosten des Schienennetzes aufgebürdet werden) und auf eine entsprechende Privatisierung von Gewinnen bei den Privaten, die einzelne Strecken betreiben, oder Teile herausgliedern wie die DB-Ausbesserungswerke.

Im übrigen erfolgte just zum Zeitpunkt dieser Privatisierungsdiskussion im fernen Japan ein schweres Eisenbahnunglück, bei dem die Folgen dieser Politik eine entscheidende Rolle spielten. Denn Japan ist in diesem Punkt der westdeutschen Gesellschaft voraus: dort wurde 1987 die staatliche Eisenbahngesellschaft in 38 regionale und private Gesellschaften zerschlagen – auf massive Intervention der Autoindustrie, die nach der erfolgreichen, aber ins Stocken gekommenen Exportoffensive nun den Binnenmarkt zu erobern gedenkt. Seitdem geht der Anteil des öffentlichen Verkehrs – vor allem auf Schienen – massiv zurück. Und es kommt zu schweren Unfällen.

In der Provinz Shiga kam es am 14. Mai 1991 zu einem Eisenbahnunglück mit 38 getöteten Reisenden; zwei Züge waren auf einer eingleisigen Strecke aufeinander geprallt. Unter Verweis auf die 1987 erfolgte Zerschlagung der einheitlichen staatlichen Bahngesellschaft und ihre teilweise Privatisierung heißt es in einem Bericht: „Die Polizei gab an, die private Gesellschaft Japan Railways West habe im Gegensatz zu den Zugführern der halbstaatlichen Bahngesellschaft Shigaraki Kogen ihre Zugführer nicht mit Funk ausgestattet. Damit fehlte ihnen auch die Möglichkeit, gegenseitig Kontakt aufzunehmen.“ (12)

### Ökologie und Tote

Was auf der Schiene als Gefahr existiert, ist auf den gesamtdeutschen Straßen längst Wirklichkeit. Sprunghaft stiegen die Unfälle und die Todeszahlen insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR an. Gab es 1988 hier noch „nur“ 1441 Straßenverkehrstote, so waren es 1990 bereits 3130 – mehr als doppelt so viel. Interessant ist hier eine Beobachtung, die auch andernorts gemacht wurde: Im besonders starken Maß sind hier von den Schwächsten der Gesellschaft betroffen. So stieg beispielsweise die Zahl der Straßenverkehrstoten 1990 gegenüber 1989 auf dem Gebiet der Ex-DDR um rund 75 Prozent, die Zahl der im Straßenverkehr getöteten Kinder jedoch um über 80 Prozent. Insgesamt wurden auf deutschem Boden 1990 11000 Menschen im Straßenverkehr getötet. 1991 wird eine ähnlich hohe Zahl erreicht werden. Auch wenn es danach zu einer gewissen Reduktion kommen kann, so bleibt doch als Faustregel, daß rund 10000 Menschen in Deutschland jährlich im Straßenverkehr getötet werden – oder in zehn Jahren rund 100000 Straßenverkehrstoten. Dazu kommt die Zahl von rund einer Million Menschen, die in zehn Jahren im Straßenverkehr derart schwer verletzt werden, daß sie davon ihr Leben lang gezeichnet sind. (13)

Abgesehen von solchen Folgen sind vor allem die ökologischen Folgen der beschriebenen Verkehrs politik in einem Deutschland einig Autoland katastrophal. Ich schreibe Anfang 1990 hinsichtlich der sich abzeichnenden Automotorisierung der DDR: „Die Schadstoffemissionen, die aus dem Personenverkehr resultieren, werden sich bis zum Jahr 2000 und gegenüber 1985 verdoppeln.“ (14)

Ein gutes Jahr später berichtet der „Spiegel“ über eine noch unter Vertrag gehaltene Studie des IFEU-Instituts: „Die ökologischen Kosten der Automobilisierung in den neuen Ländern sind ... hochgerechnet. Zwar wird nach dem Ende der Trabi-Ära die Luft in den Ost-Städten weniger stinken – die Schadstoffbelastung wird jedoch dennoch steigen. Trotz qualmender Trabis war die gesamte Schadstoffbelastung aus dem DDR-Autoverkehr pro Einwohner im Ländervergleich deutlich niedriger“ (Ifeu-Studie) als in der Bundesrepublik. Die Werte für das Klimagask Kohlendioxid lagen – pro Personenkilometer – um mehr als ein Drittel unter dem westdeutschen Wert (158g/Pkm). Das Kohlendioxid in der vereinigten deutschen Luft ... wird um 26

Prozent zunehmen. Dem ostdeutschen Wald, bereits mehr als zur Hälfte geschädigt, droht vor allem Gefahr durch den erhöhten Stickoxidausstoß aus den Viertakt-Motoren der massenhaft gefahrenen Alt-Autos aus Westproduktion. Bis diese rollenden Luftverpler endlich schrottreif seien, so die Ifeu-Studie, ist „eine beschleunigte Zunahme der Waldschäden einer Art zu befürchten.“ (15)

Wir – VSP und Sozialistische Zeitung – haben seit 1989 einerseits die demokratischen und antibürokratischen Bewegungen dort unterstützt, wo sie sich gegen die SED-Herrschaft richteten und sich für demokratische Rechte engagierten. Wir haben aber andererseits gleichzeitig immer argumentiert, der Anschluß der DDR an die BRD im allgemeinen und die konkrete Form dieser Annexionspolitik im besonderen wären abzulehnen. Diesen käme ein reaktionärer Charakter zu, sie stärken ausschließlich das große Kapital im Westen und trügen zur Schwächung all derjenigen bei, die sich für Emancipation engagierten. Diese Bilanz hat sich – leider – in vollem Umfang bestätigt. Das gilt für die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Projekts Anschluß insgesamt, was in der Zahl von über fünf Millionen Erwerbslosen in Gesamtdeutschland im Herbst dieses Jahres kulminiert. Dies gilt aber auch für eine Reihe von zentralen Bereichen, wofür die Verkehrs politik und die Autogesellschaft stehen.

Winfried Wolf, VSP

### Anmerkungen

- (1) Die nachfolgenden Ausführungen zu diesem Gesetz beziehen sich auf den Entwurf des Gesetzes, wie Mitte Mai 1991 vorliegend.
- (2) Nach: Süddeutsche Zeitung vom 26.3.1990.
- (3) Nach der Presseerklärung 07/91 vom 22.1.1991 des VCD.
- (4) BUND-Zitat wiedergegeben in: Tageszeitung vom 12.12.1990; Zitat des Bürgerinitiativen-Treffens in Leipzig nach deren Presseerklärung vom 7.4.1991 (u. a. verantwortlich AK Verkehr und Umwelt (UMKEHR) in Berlin.)
- (5) Le Corbusier, Grundfragen des Städtebaus, Stuttgart o. J., (französische Erstausgabe 1945), S. 72 ff.
- (6) Nach: Süddeutsche Zeitung vom 18.5.1991.
- (7) „Lassen Sie sich überraschen“, Spiegel-Gespräch mit Bundesverkehrsminister Günther Krause in: Der Spiegel Nr. 21/1991.
- (8) Winfried Wolf (in Zusammenarbeit mit Prof. Manfred Rochlitz, Hochschule für Verkehr Friedrich List, Dresden), Neues Denken oder Neues Tanken? DDR Verkehr 2000, Frankfurt/M. 1990, ISP-Verlag. Vgl. im Rahmen dieser Arbeit die Studien von Ökolöwe, Leipzig, (S. 116 ff) und von Andreas Kleber, „Erforderliche Maßnahmen zum Ausbau des innerdeutschen Verkehrs auf der Schiene“ und „Innendeutsche Schienengrenzen von Nord nach Süd. Eine Bestandsaufnahme“ S. 126 ff und 128 ff.
- (9) Angaben zum gesamtdeutschen Schienennverkehr nach: Süddeutsche Zeitung vom 19.5.1991; Spiegel Nr. 14/1991; Welt am Sonntag vom 3.5.1991; Pressemitteilung des VCD vom 7.2.1991.
- (10) Anne Riedel, Oft reicht das Geld nicht einmal für den Sprit, in: Frankfurter Rundschau vom 7.5.1991.
- (11) Auf gesamtdeutscher Ebene rechnet das Kraftfahrzeugbundesamt in Flensburg Anfang 1991 damit, daß „in ganz Deutschland bald 50 Millionen Kraftfahrzeuge“ existieren; Anfang 1991 sind bereits 38.03 Kfz (Lkw und Pkw) auf westdeutschem und 8.84 Millionen Kfz auf Ex-DDR-Boden registriert. U.a. nach: Süddeutsche Zeitung vom 19.2.1991.
- (12) Züge prallten aufeinander, in: Frankfurter Rundschau vom 15.5.1991.
- (13) Angaben zu den Straßenverkehrstoten u. a. nach: Frankfurter Rundschau vom 28.2.1991 und Magdeburger Lokalanzeiger vom 12.1.1991.
- (14) Winfried Wolf, Neues Denken oder Neues Tanken, a. a. O., S. 47. Mein Vergleich bezog sich auf die voraussichtliche Schadstoffbelastung aus dem Autoverkehr im Jahr 2000 gegenüber 1985; die Ifeu-Studie vergleicht Werte um 1995 mit denen, die 1990 erreicht wurden. Insofern entsprechen sich die Prognosen weitgehend.
- (15) Ostdeutschland – Tausendmal zur Sonne, in: Der Spiegel Nr. 21/1991.



Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen,  
wir möchten Euch im Namen der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans und im Namen des kämpfenden kurdischen Volkes unsere herzlichsten Grüße aussprechen und unseren Beitrag damit beginnen, unsere besten Wünsche für einen erfolgreichen und konstruktiven Verlauf dieses Kongresses zu übermitteln.

Genossinnen und Genossen,  
unser Volk und Land, wie auch unsere gesamte Region durchleben derzeit eine historische Epoche, die für die zukünftige Entwicklung in der gesamten Welt von immenser Bedeutung sein wird. Wir wollen Euch heute keine ausführlichen theoretischen Abhandlungen über die Gründe dieser Entwicklungen vortragen. Der Golfkrieg und die späteren Entwicklungen in Kurdistans haben noch einmal gezeigt, daß der Mittlere Osten für das imperialistische Lager und seine weitergehenden Ziele von großer, wenn nicht sogar bestimmender Bedeutung ist. Trotzdem gibt es in der Bestimmung und der Definition der gesamten Situation derzeit viele Verwirrungen und viele ungenügende Bewertungen. Viele haben die Auseinandersetzung im Golf auf eine Petro-Dollar-Auseinandersetzung reduziert, viele haben den Schnittpunkt dieser Auseinandersetzung zwischen der USA und dem Irak bestimmt. Aber diese Bestimmung reicht nicht aus, um die Entwicklungen am Golf und die möglichen Perspektiven der Zukunft zu erklären, gerade die Ereignisse in unserem Land haben diese Tatsache noch einmal bewiesen. Die weltpolitischen Entwicklungen der letzten fünf Jahre haben in einem breiten Spektrum der fundamentalen Opposition zum imperialistischen System auf der gesamten Welt große Verwirrung und eine weitverbreitete Lethargie ausgelöst. Wir wollen nicht behaupten, daß die gesamte Lage leicht zu erklären ist, auch nicht, daß es einfache Lösungen gibt. Aber wir wollen hier noch einmal betonen, daß, wenn es überhaupt eine Lösung gibt, diese nur über die richtige Analyse und die richtige Verbindung der fundamentalen Opposition und der antiimperialistischen Bewegungen in der gesamten Welt führen kann.

In der Bewertung der Entwicklungen am Golf haben wir, die wir hier versammelt sind, weitgehend die gleichen Ansätze. Im Detail jedoch lassen sich wichtige Unterschiede erkennen. Wir widersprechen der Auffassung, daß der Golfkrieg eine reine Petro-Dollar-Auseinandersetzung gewesen ist. Wir widersprechen der Aussage, daß die Position des Irak antiimperialistisch gewesen ist. Und wir widersprechen der Aussage, daß der Imperialismus diesen Krieg gewonnen hat und seine neue „Weltordnung“ errichtet hat.

Die Widersprüche im Mittleren Osten sind eine Folge der Gestaltung dieser Region gemäß den Interessen des Imperialismus und der daraus folgenden Unterdrückung der inneren Dynamiken im Nahen Osten. Die Intervention des Imperialismus in diese Region zu Anfang dieses Jahrhunderts hatte zur Folge, daß die gesellschaftlichen Entwicklungen in dieser Region entweder stagnierten, oder aber in einer gelenkten Bahn verliefen. Das Eindringen von kapitalistischen Produktionsformen im Mittleren Osten war keine eigene innerdynamische Entwicklung, sondern eine von außen aufgezwungene Entwicklung in Form von Fremdkapitalismus. Diese Form des Eindringens hat z.B. in vielen Ländern den Feudalismus nicht liquidiert, sondern kompensiert. Diese imperialistische Intervention hat unsere Region zu einem Knäuel von Widersprüchen und kontroversen Interessen verwandelt, die immer wieder aufeinanderprallen und diese Region in ein ständiges Schlachtfeld verwandeln. Außerdem kann man die Wurzeln der Probleme unserer Region bis weit vor die Intervention des Imperialismus am Anfang dieses Jahrhunderts verfolgen. Der Kampf um die Vorherrschaft im Mittleren Osten hat eine historische Kontinuität. Seit dem zweiten Weltkrieg kommt hinzu, daß die Entstehung des sog. „Ost-West-Konflikts“ zu einer Verschärfung der Widersprüche geführt hat, indem sie die Stagnation weiter festigte und die Kompensation der bestehenden Verhältnisse weiter forderte. Kein anderes Volk hat die Folgen dieser Entwicklung so sehr zu spüren bekommen wie das kurdische Volk. Doch dazu etwas später.

Nun gibt es den „Ost-West-Konflikt“ in dieser Form nicht mehr. Niemand wird widersprechen, wenn heute gesagt wird, daß an seine Stelle der Nord-Süd-Konflikt gerückt ist. Aber dieser Konflikt ist

# „Unser Ziel ist ein neuer Oktober“

Redebeitrag der ERNK auf dem Internationalen Kongreß der Coordinamento nazionale antinucleare antiimperialista (CNAA) in Venedig vom 7. bis 9. 6. 1991

nicht erst seit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers entstanden. Konflikte und Widersprüche von dieser Dimension entstehen nicht von heute auf morgen. Trotzdem steht der Ausbruch dieses Konfliktes in Form eines Krieges in direkter Verbindung mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes. Die Stagnation im Ost-West-Konflikt ließ eine breit angelegte Veränderung des Kräftegleichgewichts auch zwischen dem Norden und Süden nicht zu. Erst als dieses Hindernis weg war, brach der Konflikt in Form eines Krieges aus. Bis hierher werden uns viele folgen und zustimmen. Doch, Genossinnen und Genossen, wir dürfen die Schärfe unserer Analyse hier nicht verlieren. In vielen Bewertungen des Golfkrieges durch Teile der antiimperialistischen Bewegung ist zu beobachten, daß an die Stelle der notwendigen Differenzierung auch in diesem Konflikt, eine Fetischisierung des sog. „Südens“ tritt. Wenn wir davon ausgehen, daß es Klassen gibt, und niemand mit Verstand wird dem widersprechen können, dann müssen wir den Süden genau definieren.

Ist der Irak antiimperialistisch, weil er gegen die USA und die anderen Imperialisten und Reaktionäre Krieg geführt hat? Die Genossinnen und Genossen, die diese Frage mit ja beantworten, wobei die Begründung für ihre Feststellung variiert kann, müssen die Konsequenz ihrer Begründung genau überlegen. Sie müssen sich gefallen lassen, daß wir ihnen sagen, daß es im Wesen kein Unterschied zwischen ihrer Feststellung und der Abschlachtung und Massakrierung ganzer Völker in Amerika und Afrika unter dem Vorwand des Fortschritts und der Zivilisation gibt. Die native Americans (Indianer) sind durch den Fortschritt und die Zivilisation (des weißen Mannes) vernichtet worden. Sie müssen sich sagen lassen, daß sie den Antiimperialismus des irakischen Regimes mit dem Blut von Tausenden von Kurden und Schiiten begründen.

Über Jahrzehnte hat das sog. „sozialistische Lager“ den Irak als antiimperialistischen Verbündeten betrachtet und gemäß der „Doktrin vom nichtkapitalistischen Weg“ unterstützt. Doch schon eine oberflächliche Betrachtung der wahren Verhältnisse des Irak zeigt, daß hier eine für die Region typische Widerspiegelung der historischen, sozialen und politischen Realitäten vorhanden ist. Die Baath-Ideologie und das Baath-Regime sind das typische Produkt einer unvollendeten national-demokratischen Revolution.

Es ist die Ideologie und das Machtinstrument einer Mittelschicht, deren soziale und materielle Basis im Grunde genommen schwach ist und deren Politik eine Vermischung aus sozialen Elementen mit offenen faschistischen Terrormethoden darstellt, mit der sie ihre Macht konsolidiert und ihre Macht als ökonomisch stärkste unter den Schwächen durchsetzt. Diese Schicht kann weder eine konsequente antiimperialistische Politik durchsetzen, noch durchhalten. Ihr Widerspruch zum Imperialismus ist abhängig von Umständen. Zur Zeit des Ost-West-Konfliktes war es der herrschenden Klasse im Irak sogar möglich, sich auf das sozialistische Lager zu stützen, um seine eigene materielle Basis zu stärken. In den 80er Jahren folgte eine Annäherung an das imperialistische Lager, und heute ist der Widerspruch mit dem Imperialismus keinesfalls antagonistisch, sondern lediglich umstandsbedingt.

Es ist kein Zufall, daß Bush seine Lösung von der „neuen Weltordnung“ im Rahmen der Golfkriege verkündet hat. Hierin sind die Ursachen zu suchen, die Besetzung Kuwaits war ein, wie inzwischen bekannt, gewünschter Anlaß. In dem Augenblick, da dem Imperialismus klar wurde, daß er mit seinem Krieg Geister gerufen hat, deren er nicht mehr Herr wurde, als ihm klar wurde, daß es keine soziale Basis für eine ihm genehme Regimealternative gibt, in dem Augenblick entschloß man sich dafür, das Saddam-Regime für die neue Ordnung zurecht zu stutzen.

In der neuen Situation, die jetzt entsteht, ist eine scharfe Analyse und eine genaue Definition und Differenzierung sehr wichtig. Heißt die Tatsache, daß das Baath-Regime nicht antiimperiali-

stisch ist, daß dieser Krieg irgendwie zu rechtfertigen ist? Auch diese Frage muß mit einem entschiedenen NEIN beantwortet werden. Der Widerspruch verläuft in dieser Auseinandersetzung zwischen den Völkern der Region, den Interessen der werktätigen, unterdrückten und ausgebeuteten Völker und Klassen und dem Imperialismus. Wenn wir sagen, daß die Okkupation des Kuwait lediglich ein Anlaß war, dann meinen wir damit, daß der Imperialismus in der neuen Phase nach dem Zerfall des sozialistischen Lagers, nach dem Wegfall des Status Quo im Ost-West-Konflikt, der jede Veränderung im Mittleren Osten verhinderte, sehr wohl gemerkt hat, daß der Druck der tiefgehenden Widersprüche in dieser Region zu einer Explosion der inneren Dynamiken führen kann. Die Haltung des Baath-Regimes war ein Beispiel für die Wucht dieser Explosion, der von den Fesseln der Stagnation und des Status Quo befreiten inneren Dynamiken, auch wenn das Baath-Regime für sich genommen nur eine deformierte, inkonsistente und nicht antiimperialistische Kraft unter den verschiedenen Kräften in der Region ist.

Deswegen haben wir als ERNK in dieser Auseinandersetzung eine Position eingenommen, die davon ausging, daß die eigentliche Gefahr von der imperialistischen Intervention ausgeht und die für eine gemeinsame Kampf der antiimperialistischen Kräfte der Region für die Interessen der Völker der Region eintritt. Wir sind davon ausgegangen, daß diese Haltung nur konsequent sein kann, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft stützt, also nicht das eine Übel gegen das andere Übel austauscht. Diese Konsequenz erforderte nach unserer Meinung den Kampf gegen die imperialistische Intervention und die einheimischen reaktionären Regime ...

Wir müssen, so glauben wir, hier nicht auf die Flüchtlingstragödie eingehen, jeder hat die Bilder noch frisch in Erinnerung. Auch in diesen Bildern zeigt sich, daß die klassische Linie der kurdischen Organisationen, wie sie von der Kurdistans-Front vertreten wird, angesichts der veränderten Lage versagt. Das fehlende Bewußtsein unter den Massen und die fehlenden modernen Organisationsformen, die Kurdistans-Front ist bis heute weitgehend auf der Basis des archaischen Stammeswesens organisiert, lassen noch nicht einmal zu, eine einigermaßen geordnete Verteilung der Hilfsgüter zu organisieren.

Heute bewegen die Weltöffentlichkeit die Verhandlungen, die zwischen der Kurdistans-Front und dem Saddam-Regime geführt werden. Gerade in kurdischen Kreisen wird diese Diskussion sehr emotional geführt. Wir gehen davon aus, daß diese Verhandlungen das konsequente Ende einer politischen Formation sind. Die geschlagenen kurdischen Opposition begibt sich in die Höhle des Drachen, der zwar auch geschlagen ist, für den aber die Zeit arbeitet. Diese Verhandlungen können nach unserer Meinung zu keinem Ergebnis führen.

Die Forderung nach Demokratie im Irak und Autonomie für Kurdistans können nur einheitlich erfüllt werden. Eine Demokratisierung der bestehenden Verhältnisse im Irak jedoch wäre das Ende des Baath-Regimes. Das Saddam-Regime versucht, mit diesen Verhandlungen Zeit zu gewinnen. Zeit, bis das internationale Interesse an der Kurdenproblematik abgeschwächt ist. Zeit, bis eine erneute Aufnahme in den Club der reaktionären Regierungen der Region erfolgt ist.

Ein weiteres Phänomen, daß in dieser Situation kurz erklärt werden muß, ist die „Einrichtung der Schutzzonen“. Unter dem Vorwand des Humanismus haben die Türkei und andere Reaktionäre die Errichtung einer Schutzzone vorgeschlagen, die dann später von den US-Imperialisten in Zusammenarbeit mit ihren Verbündeten durchgesetzt wurde. Wir wollen diese Schutzzone klar definieren. Die Schutzzone dient nicht zum Schutz der Menschen, sondern zum Schutz vor revolutionären Entwicklungen. Denn bekanntermaßen birgt jede ausweglose Situation eine Lösung in sich. Die Ausweglosigkeit der Flüchtlinge hätte in eine radikale Volksbewegung umschlagen können, die nie dagewesene Dimensionen erreicht hätte. Aufgrund

der besonderen Situation, mit dieser Flucht von einem Teil Kurdistans in einen anderen Teil Kurdistans, waren zum ersten Mal die künstlichen Barrieren zwischen unserem Volk aufgehoben. Die Internationalisierung der kurdischen Frage drängte ihre Lösung auf. In dieser Situation waren die Staaten, die Kurdistans kolonialisieren und unter sich aufteilen, nicht mehr in der Lage, dieses Problem wie bisher zu lösen. Die Politik der Vernichtung, der Vertreibung, der Assimilation und der Verleugnung war gescheitert. Und aus diesem Grund haben die Imperialisten diesen Schritt zum Aufbau einer Schutzzone aufgenommen, um die Kontrolle selbst zu übernehmen.

Natürlich dient der Aufbau dieser Zone auch weiteren Zielen. Weitere Ziele in Richtung des Kriegsziels, zum Aufbau einer neuen Weltordnung, die ja mit dem Ende des Golfkrieges nicht sofort erreicht worden war. Diese Schutzzone ist eine Art Geiselnahme des kurdischen Volkes, um den Irak zu erpressen und die radikale antiimperialistische kurdische nationale Befreiungsbewegung zu kontrollieren.

Was nun ist die Perspektive für unser Volk, was ist unsere Perspektive und welche Möglichkeiten der Verbindung gibt es mit der antiimperialistischen Bewegung, mit der fundamentalen Opposition, mit den neuen sozialen Bewegungen auf der gesamten Welt? Viele Jahrzehnte haben unsere Situation, die Bedingungen, die bei uns herrschen, und insbesondere auch der Sozialchauvinismus der linken Bewegung der uns beherrschenden Nationen eine Verbindung zwischen unserem Volk und der fortschrittlichen Menschheit auf der Welt verhindert. Zwischen den 20er und 70er Jahren haben die angeblich revolutionären Bewegungen in den Ländern, die uns kolonialisieren, die kurdische nationale Befreiungsbewegung als reaktionär denunziert und die Massaker ihrer Regime an unserem Volk mit der Einführung von Fortschritt und Zivilisation gerechtfertigt.

Es mag sein, daß die Führungen der Aufstände in Kurdistans rückständig waren, vielleicht sogar reaktionär, aber die Aufstände einer unterdrückten Nation gegen koloniale Besatzung und Vernichtung sind gerecht. Die Doktrin von der Opferung des kleinen Teils für die große Sache, wie sie in unserem Fall immer wieder benutzt wurde, hat der Dynamik des weltrevolutionären Prozesses einen großen Schaden zugefügt und ist einer der Hauptgründe für die Stagnation und den Zerfall des sozialistischen und revolutionären Systems.

Wir, die ERNK, sind in den 70er Jahren aus der Analyse und der Kritik an eben dieser sozial- bzw. metropolchauvinistischen Position entstanden. Wir sind das Produkt der gesellschaftlichen Veränderung, die der kapitalistische Akkumulationsprozeß für unser Land bedeutet hat. Das heißt aber auch, daß wir uns von der klassischen feudal-bürgerlichen Führung des kurdischen Widerstandes unterscheiden. Wir kritisieren ihre rückständige und kollaborierende Haltung.

Unsere Basis sind nicht die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. nicht die feudalen Stammesstrukturen, sondern die neuen sozialen Schichten, die im Laufe des Akkumulationsprozesses entstanden sind. Unsere Basis sind die sozialen Unterschiede, die nichts mehr zu verlieren haben und die aufgrund ihrer Position in den Produktionsverhältnissen als einzige in der Lage sind, eine konsequente revolutionäre, antiimperialistische Politik durchzusetzen und durchzuhalten.

Wir sind in Kurdistans und vielleicht auf der Welt eine der jüngsten revolutionären Befreiungsbewegungen. Die Gründe für unsere sehr späte Entstehung sind vielschichtig. Aber heute führen wir seit sieben Jahren einen bewaffneten Befreiungskampf. Dieser Befreiungskampf hat seit ungefähr zwei Jahren eine qualitative Entwicklung hinter sich gebracht, die die nationale Befreiungsbewegung in Kurdistans in 70 Jahren nicht erreicht hat. Für uns ist die Verbindung zwischen nationaler und sozialer Frage un trennbar miteinander verbunden. Nationale Befreiung bedeutet für uns Befreiung von kolonialer Besatzung

und ihren kollaborierenden einheimischen Strukturen. Die Epoche, in der wir leben, läßt eine Befreiung von kolonialen Ketten ohne eine Befreiung von einheimischen reaktionären Ketten nicht mehr zu.

Viele, insbesondere in der antiimperialistischen Bewegung auf der Welt, meinen heute, daß die Befreiung, die national beschränkt ist, keine Chance mehr hat und überholt ist. Sie begründen dies mit den internationalen Strukturen und dem Diktat des Imperialismus. Wir widersprechen dieser Aussage. Wir widersprechen ihr aus unserer Situation heraus und sagen den Genossinnen und Genossen, die diese Aussage treffen, daß sie uns von vorne herein aus dem revolutionären Prozeß herauswerfen.

Nein, Genossinnen und Genossen, wenn Ihr glaubt, daß die sozialen und antiimperialistischen Bewegungen in den Metropolen alleine den Kampf gegen die Beste bestehen werden können, dann täuscht Ihr Euch. Es geht nicht darum, daß dies eine Selbstüberschätzung der eigenen Kräfte ist, sondern auch darum, daß übersehen wird, daß der antiimperialistische Kampf ein weltweiter Prozeß ist. Die Welt ist aber größer als die Nordhalbkugel.

Die revolutionäre Dynamik braucht angesichts der gegenwärtigen Bedingungen in der Welt eine Vernetzung und eine gemeinsame Diskussionsgrundlage. Heute gibt es Widersprüche und Konflikte auf der Welt, die von universeller Natur sind. Diese können nur in einem konsequenten antiimperialistischen und befreierischen Kampf überwunden werden. Aus diesem Grund betrachten wir die neuen sozialen Bewegungen, die Frauenbewegung, die Umweltbewegung, die Antikriegsbewegung und die anderen Bewegungen, als unsere natürlichen und strategischen Verbündeten.

Hinzukommt, daß unser Kampf in Kurdistans in besonderer Weise eine zentrale Rolle spielt im weltweiten Befreiungskampf. Unsere besondere Situation der Verteilung, die besondere Konzentration der Widersprüche in unserer Region, führt dazu, daß jeder Kampf von revolutionären Kräften, deren Basis die antagonistischen Kräfte zum Imperialismus und zur Reaktion sind, nicht national beschränkt bleibt, sondern sich auf die gesamte Region auswirkt. Es gibt keine Befreiung in Nordwest-Kurdistans, ohne daß sich auch die Verhältnisse in der Türkei und den anderen Teilen Kurdistans verändern.

Dieser Charakter unserer Revolution verbindet uns mit den revolutionären sozialen Bewegungen in der gesamten Welt. Wir sagen, daß unser Ziel nicht nur die Befreiung unserer Heimat, nicht nur die Gründung eines neuen Staates ist. Ein freies Kurdistans ist eine Etappe auf dem Weg zu einem freien Nahen Osten. Deswegen ist unser Ziel ein neuer Oktober. Ein Oktober, der aus den Entwicklungen in den letzten 70 Jahren Lehren zieht, der sich nicht beschränkt auf die Errichtung einer nationalen Volksdemokratie, sondern auf die Errichtung einer Menschheitsrepublik orientiert.

Liebe Genossinnen und Genossen, Zum Ende unseres Vortrages möchten wir Euch noch sagen, daß wir in Kurdistans an der Schwelle einer neuen Stufe des Kampfes sind. Unsere Menschen kämpfen in Form des Guerillakampfes und der Volksaufstände. Diese beiden Kämpfe sind bei uns organisch miteinander verbunden. Wir sind eine neue revolutionäre antiimperialistische Bewegung, die im antagonistischen Widerspruch zu den Interessen des Imperialismus steht. Dies wird heute konkret in den Schutzzonen, wo uns die US-Imperialisten derzeit immer mehr bedrängen und mit Hilfe ihrer Kollaboratoren angreifen. Dies wird konkret in den Formen des Spezialkrieges, die die türkische Administration mit Hilfe ihrer imperialistischen Verbündeten und der Mitteln, die sich hier bewährt haben, bekämpft. Um diesen Kampf zu bestehen und erfolgreich fortzusetzen, sehen wir die Öffnung von notwendigen Luftröhren in die übrige Welt als lebensnotwendig an. Um zu verhindern, daß sie uns ersticken, ist die Solidarität, die Vernetzung und die Diskussion der Kämpfe auf der gesamten Welt für von immenser Bedeutung. Diese Feststellung verstehen wir als Auftrag und rufen Euch in diesem Sinne in unsere Hand, auf das wir gemeinsam den Imperialismus und sein System zerschlagen.

Venedig, den 7. Juni 1991